Wir müssen Widerstand, Aufstand und konstituierende Macht als einen untrennbaren Prozess denken.

(M. Hardt / A. Negri)

zeitschrift für linke theorie & debatte
nummer 02 2002 preis euro 4.80

grundrisse

Inhaltsverzeichnis

Die offenen Redaktionstreffen der **grundrisse** finden jeden 2. und 4. Montag im Monat im “Cafe Kafka”, 1060 Wien, Capistrangasse 8, ab 19 Uhr, statt. Interessierte LeserInnen sind herzlich eingeladen.

Ein **Abo** kostet für 4 Nummer Euro 18,-. Bestellungen bitte entweder unter **grundrisse@gmx.net** oder siehe hintere Umschlagseite.
Bankverbindungen:
Österreich: (K. Reitter), BAWAG Konto Nr. 03010 324 172, Bankleitzahl 14000.
Deutschland: (K. Reitter), Deutsche Bank 24, Konto Nr. 5057 120, Bankleitzahl 100 700 24

Impressum:

Medieninhaberin: Partei “grundrisse” Antonigasse 100/8, 1180 Wien
Herausgeberin: Redaktion “grundrisse” (Martin Birkner, Bernhard Dorfer, Robert Foltin, Marcus Gassner, Klaus Kindler, Karl Reitter), A-1180 Wien, Antonigasse 100/8.
MitarbeiterInnen dieser Nummer: Petra Karlhuber, Käthe Knittler, David Mum, Beat Weber, Eli Weber, Graphikkonzept: Harald Mahrer
Erscheinungsort: Wien
Herstellerin: Sabrina Melzer GesmbH, 1200 Wien, Handelskai 94 - 96
Offenlegung: Die Partei “grundrisse” ist zu 100% Eigentümerin der Zeitschrift grundrisse.
Grundlegende Richtung: Förderung gesellschaftskritischer Diskussionen und Debatten.

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Seit dem Erscheinen der Nummer 1 der **grundrisse** hat sich viel Positives getan. Die Redaktion hat sich personell vergrößert, neue Kontakte konnten sowohl in Österreich als auch in Deutschland geknüpft werden. In dieser Nummer finden sich nicht nur Beiträge der Redaktionsmitglieder, sondern ebenso Artikel und Buchbesprechungen von *Petra Karlhuber, Käthe Knittler, David Mum, Beat Weber* und *Eli Weber*. Ebenso freuen wir uns über eine steigende Zahl von AbonnentInnen, obwohl - die für das gesicherte finanzielle Überleben unserer Zeitschrift notwendige Anzahl ist noch nicht erreicht. Also: **grundrisse** abonnieren! 18 Euro für vier Nummern, inklusive Porto, sind ja wohl nicht die Welt. Die **grundrisse** sind ab sofort auch im Internet vertreten. Unter **www.grundrisse.net** wird jeweils beim erscheinen der aktuellen Nummer die vorhergehende ins Netz gestellt. Außerdem gibt´s dort Informationen zu Veranstaltungen, etc. Die email Adresse der Redaktion **(grundrisse@gmx.net)** ist hingegen gleichgeblieben.

Auf das Erscheinen der ersten Nummer hat es eine Reihe von positiven und einige negative Reaktionen gegeben. Wir möchten gleich mit einer wichtigen Kritik beginnen, die leider nicht ganz unbegründet ist. Auf Grund mangelnder Sensibilität als männliche Redaktion gegenüber den Geschlechterverhältnissen ist es uns „passiert", daß sprachliche Sexismen, die in der Redaktion sofort Widerspruch hervorrufen hätten müssen, nicht ausgebessert wurden. Wir hoffen, die Sensibilität in Bezug auf nichtsexistischen Sprachgebrauch ist größer geworden. Ebenso ist es uns noch nicht wirklich gelungen, die männliche Dominanz der Redaktion zu überwinden. Immerhin publizieren in dieser Ausgabe nicht nur Männer. Wir hoffen, für die nächsten Nummern der **grundrisse** weitere Autorinnen gewinnen zu können.

Die wichtigsten positiven Reaktionen bezogen sich aber auf das Konzept unserer Zeitschrift. Wir wollen bewußt keine Strömungszeitung sein, in der eine bestimmte Linie, ein bestimmtes Konzept dominiert, sondern ein offenes Forum für Diskussion und Debatte jener drängenden Fragen und Probleme, die die gesellschaftliche Entwicklung auf die Tagesordnung setzt. Die interessierte und mehrheitlich freundliche Reaktion auf das Erscheinen der **grundrisse** zeigt, daß innerhalb der Linken offenbar ein Bedürfnis nach dieser Debatte besteht. Eine derartige Diskussion kann jedoch nur sinnvoll geführt werden, wenn die TeilnehmerInnen nicht meinen, sie würden bereits die absolute Wahrheit besitzen, und es ginge nur darum, das Gegenüber von der Richtigkeit des eigenen Standpunkts zu überzeugen. Tatsächliche Kritik richtet sich nicht nur gegen gesellschaftliche Verhältnisse und deren Legitimation, sondern muß immer auch die eigene Position hinterfragen und deren Grenzen erkunden. Dabei geht es in den seltensten Fällen um ein simples „richtig" oder „falsch". Vielmehr geht es zumeist darum, die Grenzen wie auch die positiven Aspekte von Untersuchungen, Analysen und Ansichten zu bereifen und weiterzuentwickeln. Entscheidend ist vor allem die Bereitschaft, neue gesellschaftliche Phänomene (wobei die Frage immer offenbleibt, inwieweit es sich wirklich um etwas Neues handelt) erkennen zu wollen.

Nicht zufällig haben wir deshalb für diese Nummer als Schwerpunkt das Buch „*Empire*" von *Antonio Negri* und *Michael Hardt* gewählt. Ende März ist nun die Übersetzung von „Empire" auf Deutsch erschienen - früher, als wir erwartet haben und dadurch haben wir das Glück, dass diese Nummer mit dem Erscheinungsdatum (fast) zusammenfällt. Der „Operaismus", der in Italien, aber auch im deutschsprachigen Raum in den Siebzigerjahren rezipiert und (zumindest am Rande auch) diskutiert wurde, war für zwei Jahrzehnte (bis auf kleine Diskussionszirkel) verschwunden. Auch zur Blütezeit der „autonomen Bewegung" im deutschsprachigem Raum zwischen der HausbesetzerInnenbewegung 1980/1981 und dem Zusammenbruch des „Realen Sozialismus" sind mehr die Politik der ersten Person und die Militanz im Zentrum gestanden und nicht die theoretische Diskussion. Die „Autonomen" haben zu dieser Zeit berechtigterweise als theorielos gegolten. Mit dem Auftauchen der globalen Protestbewegung Ende der 90er Jahre ist der (Post)-Operaismus in modifizierter Form wieder auferstanden. In dieser vielfältigen Bewegung hat diese Theorie einen neuen Ansprechpartner gefunden, da sie eine (wenn auch eklektizistische) theoretische Analyse mit der Subjektivität der sozialen Bewegungen zu verknüpfen versucht. Seit der zweiten Hälfte der Sechzigerjahre hat es kein linksradikales Buch gegeben, das weltweit so breit rezipiert wurde wie „*Empire*". Wir warten mit Spannung darauf,

inwieweit das Erscheinen dieses Buches breitere Diskussionen in der linken Öffentlichkeit auch im deutschsprachigen Raum auslösen wird. Müßig zu sagen, dass innerhalb der Redaktion höchst unterschiedliche Meinungen über die Thesen von Negri und Hardt existieren. Aber es gibt insofern eine Übereinstimmung, als wir meinen, daß dieses Buch zumindest wichtige und notwendige Fragen aufwirft und in einer Weise geschrieben ist, daß daran eine kreative und fruchtbare Diskussion (vielleicht schon in den nächsten **grundrisse**n?) anknüpfen kann.

Der Hauptartikel *„Immaterielle Arbeit, Empire, Multitude, neue Begrifflichkeiten in der linken Diskussion“* von *Robert Foltin* hat den Anspruch, die Grundthesen des Postoperaismus, wie sie besonders in *„Empire“* vertreten werden, vorzustellen. Zwei weitere Beiträge befassen sich mit unserem Schwerpunktthema: (1) der *Beitrag „Ursprüngliche Akkumulation im Postfordismus“ von Beat Weber* und *Petra Karlhuber* bringt Beispiele, wo Ausbeutungsformen, die außerhalb des Wert/Arbeit-Verhältnisses in der postfordistischen Organisation des Kapitalismus bestehen und mit dem Konzept der „ursprünglichen Akkumulation“ begriffen werden können. (2) *Karl Reitter* zeigt in *„Repräsentation und Multitude“* auf, wie die OrganisatorInnen des Sozialstaatsvolksbegehrens mit traditionellen Mitteln der Repräsentation arbeiten und somit außerhalb jeder sozialen Bewegung agieren (oder agierten).

Marcus Gassner beschäftigt sich in seinem Beitrag *„Emanzipation als Maßstab für jegliche Organisation“* mit Elitentheorien und zeigt auf, dass bereits im Leninschen Konzept der revolutionären Organisation (und nicht erst durch die stalinistische Bürokratisierung) die Herrschaft einer kleinen Gruppe von Intellektuellen (oder Bürokraten) über die Klasse angelegt ist. Obwohl nicht explizit, wohl aber indirekt gibt es eine Verbindung der Thesen Gassners mit der Kritik an der Repräsentation bei Foltin und Reitter.

In *Martin Birkners* und *Käthe Knittlers* Beitrag *„Ehekrise. Zur Geschichte feministischer Marxkritik“* geht es um die Geschichte der feministischen Auseinandersetzung mit der (verkürzten) marxistischen Sichtweise auf die Reproduktionsarbeit. Auch hier existieren Verbindungslinien zu einigen Überlegungen bei Weber und Karlhuber. Geht es doch in beiden Aufsätzen um das Verhältnisses zwischen unmittelbarer kapitalistischer Produktion und Bereichen, die nur indirekt vom Kapitalverwertungsprozeß erfaßt werden, trotzdem aber für diesen von zentraler Bedeutung sind. Dieser Artikel soll Auftakt für weitere Beiträge zur Diskussion um weibliche Arbeit - und ihr ambivalentes Verhältnis zum Marxismus - sein.

Karl Reitter versucht in seinem Beitrag über das sogenannte *„Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate“* einführend die grundlegenden Thesen und Probleme dieses „Gesetzes“ darzustellen. Anhand aktueller Kritik von Bensch und Heinrich an diesem „Gesetz“ soll gezeigt werden, daß die Existenz eines notwendigen und automatischen Falls der Profitrate höchst fragwürdig ist, und die Überwindung kapitalistischer Verhältnisse in jedem Fall ein Werk revolutionärer Subjekte sein muß, mag mensch sie nun mit Negri „Multitude“ nennen oder nicht.

Wir wollen erneut auf unsere offenen **Redaktionstreffen** hinweisen. Natürlich gibt es neben (hoffentlich) auch in Zukunft interessanten und differenzierten Diskussionen auch organisatorische Kleinkram zu besprechen, aber eine Zeitschrift muß auch technisch produziert werden. So ist das eben, wenn die Trennung von Kopf- und Handarbeit praktisch überwunden wird. Schaut vorbei! Jeden zweiten und vierten Montag d.M. im Cafe Kafka, Capistrang. 8, 1060 Wien.

Wie versprochen, gibt es anläßlich des Erscheinens dieser **grundrisse**-Nummer eine **Präsentation- und Diskussionsveranstaltung** am Freitag, dem **17. Mai 2002** im Amerlinghaus in der Stiftsgasse 8, 1070 Wien. Beginn: 19.30 Uhr

Ebenfalls hinweisen wollen wir auf die - von den **grundrissen** unterstützte - offizielle **Buchpräsentation** der deutschen Übersetzung von *„Empire“* mit *Thomas Atzert* und *Jost Müller* am 10. Mai 2002 um 19 Uhr im „Depot“, Breitegasse 3, 1070 Wien. Zu den in „Empire“ vertretenen Thesen planen wir außerdem ein Seminar im Sommer. Nähere Infos in Bälde unter www.grundrisse.net.

Abschließend noch zum lieben **Geld**. Franz Schandl formuliert in den „Streifzügen“ immer wunderbare flammende Appelle, doch das „Börsl“ zu öffnen und großzügig zu überweisen. Wir sagen es ganz schlicht: Förderabos sind für die weitere Existenz der **grundrisse** lebensnotwendig.

In diesem Sinne wünschen wir euch wie immer eine anregende Lektüre und uns dementsprechendes Feedback und möchten uns auf diesem Wege noch recht herzlich bei Christiane für´s prompte Korrekturlesen bedanken.

Die **grundrisse** Redaktion



Auch jetzt noch packt der Tote den Lebenden

Pierre Bourdieu, wohl einer der bedeutendsten linken Soziologen der Gegenwart, ist am 24. Jänner dieses Jahres im Alter von 71 Jahren verstorben. Auch wenn er dem Marxismus durchaus kritisch gegenüber stand, so trug er dennoch sowohl mit seinen politischen, als auch mit seinen wissenschaftlichen Schriften viel zur Vertiefung emanzipatorisch orientierter Wissenschaft bei. Pierre Bourdieu hat die neuere Gesellschaftswissenschaft grundlegend mitgeprägt. Begriffe wie *„Habitus“*, *„soziales Feld“* oder *„kulturelles Kapital“* sind aus einer kritischen Soziologie nicht mehr wegzudenken. Die Vernachlässigung genau jener Fragestellungen durch marxistische DenkerInnen rächte sich bis weit in die politische Praxis vieler marxistischer, revolutionärer Organisationen hinein.

Seine wissenschaftliche Arbeit verstand Bourdieu immer auch als Auseinandersetzung mit dem System. Dies brachte ihm nicht immer das Wohlwollen der akademischen Gemeinschaft ein. Bourdieu jedoch ließ sich dadurch nicht beirren; sein Interesse galt der Erkenntnis gesellschaftlicher Zusammenhänge - auch, oder gerade, wenn dies „unerwünschte Nebenwirkungen“ produzierte. Seine Arbeiten untersuchten gesellschaftliche Macht und ihre Reproduktion via ökonomischer, kultureller, sozialer und rechtlicher Mechanismen.[1] Ohne die Wirkkräfte zu kennen, die Emanzipation verhindern, droht auch dem gewollten emanzipatorischen Denken und Handeln das (unbewusste) Gefängnis der Machtreproduktion, ja des Dogmatismus. Hier liegen die verdienstvollsten Beiträge Bourdieus und nicht zuletzt muss genau an diesen Punkten eine selbstkritische Erneuerung marxistischen Denkens ansetzen.

Zu den politischen Interventionen Bourdieus kann mensch durchaus geteilter Meinung sein: Wenngleich auch seine „Staatsfixiertheit“ als Teil seiner Gegenstrategie zur neoliberalen Globalisierung durchaus kritikwürdig ist, so sind zum Beispiel seine Rede zu den streikenden Eisenbahnern am Pariser Bahnhof „Gare de Lyon“ 1995, der Brief an die Oberschüler von Mureaux, oder auch seine harsche Kritik am Präsidenten der Deutschen Bundesbank Tietmeyer durchaus positiv zu beurteilen. Unbestritten ist, dass er einer positiven Tradition französischer Intellektuellen folgend, sich in die Politik einmischte, wie einst Sartre, als dieser die maoistische „Gauche proletarienne“ verkaufte, um sich gegen das drohende Verbot dieser Zeitschrift zu wenden. Davon sind bekannter Weise die deutschsprachigen (Ex-)linken Intellektuellen heutzutage weit entfernt.

Die **grundrisse** Redaktion

1 Stellvertretend für die zahllosen Arbeiten Bourdieus seien hier zwei genannt: zum einen die 1984 erschienene bahnbrechende Analyse des „universitären Kontinents“ - „Homo academicus“ und zum anderen „Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft“, eine akribische Verfeinerung sämtlicher zuvor geleisteter Klassen- bzw. Gesellschaftsanalyse.

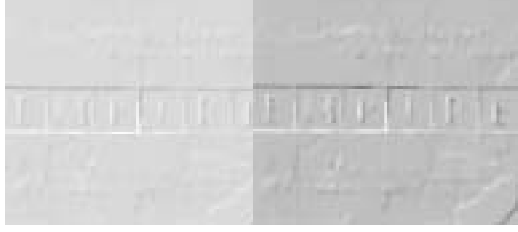
Robert Foltin
Immaterielle Arbeit, Empire, Multitude. Neue Begrifflichkeiten in der linken Diskussion. Zu Hardt/Negris "Empire".

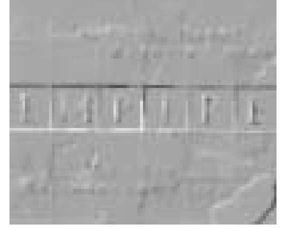
Das Buch "Empire" von Michael Hardt und Antonio Negri ist im Jahr 2000 erschienen, geschrieben wurde es in den neunziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts, zwischen dem Golfkrieg 1991 und der Bombardierung Jugoslawiens 1999. Im Jahr 2001 wurde das Buch zu einem Bestseller ("Empire war ein Schläfer. So heißt im amerikanischen Verlagsjargon ein Buch, das lange in den Regalen liegt - und plötzlich die Bestsellerlisten stürmt." NZZ 10./11.11. 2001), inzwischen wird dieses Buch nicht nur in der Linken diskutiert, sondern es wird im akademischen Bereich rezipiert und selbst Konservative sehen sich gezwungen, sich damit auseinanderzusetzen[1].

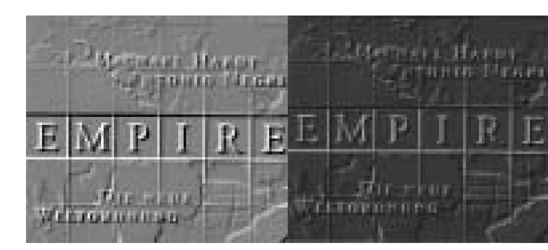
Es gibt verschiedene Erklärungen für den Erfolg dieses Buches. Es mag daran liegen, dass ein amerikanischer Literaturprofessor gemeinsam mit einem Theoretiker der italienischen "Autonomen", der noch dazu des Terrorismus beschuldigt wurde, ein Buch schreibt, das das europäische Wissen von Spinoza über Marx bis zur Postmoderne versammelt; wo radikales Denken mit europäischer Wissenstradition und angloamerikanischem Wissenschaftsstil verbunden wird. Ein zusätzliches Argument ist, dass in der globalen Protestbewegung ein Hunger nach Theorie herrscht, der auf eine fundierte, aber auch begeisternde Weise befriedigt wird. Im folgenden werde ich einige Grundzüge der Theorie vorstellen, auf denen dieses Buch aufgebaut ist.

Die Theorie, auf die sich "Empire" bezieht, wird oft als "Postoperaismus" bezeichnet. Sie bezieht sich auf eine Strömung im Italien der sozialen Bewegungen in den Sechziger- und Siebzigerjahren, die als **Operaismus**[2] bezeichnet wurde. Die Grundthese (wo sich diese Theorie von den anderen linken Strömungen unterscheidet) besteht darin, dass die Kämpfe der ArbeiterInnenklasse als der Motor der kapitalistischen Entwicklung gesehen werden. Im Zusammenhang mit den damals aktuellen Kämpfen wurden auch Veränderungen der kapitalistischen Organisation beobachtet und zwar in dem Sinne, dass sich die Fabrik in die Gesellschaft ausdehnt, aber auch die Gesellschaft in die Fabrik eindringt. Ein Analysekriterium, mit dem das erfasst wird, ist das der **realen Subsumption** (Unterordnung) im Gegensatz zur formalen Subsumption. Formale Subsumption bedeutet Unterordnung nichtkapitalistischer Produktionsweisen unter den Kapitalismus, reale die Organisation der Ausbeutung durch den Kapitalismus. Die vollkommene Unterordnung aller gesellschaftlichen Teile ist typisch für das **Empire**, die aktuell sich entwickelnde Herrschaftsstruktur des Kapitalismus. Die Nationalstaaten haben einen großen Teil ihrer Funktion zur Integration sozialer Gruppen und Bewegungen verloren, sodass eine neue Konstitution zur Organisation von Unterdrückung und Ausbeutung notwendig wurde. Diese ist informeller, internationaler und netzwerkartiger als die nationalstaatliche Orga-

nisation. Die Entwicklung Richtung Empire ist verbunden mit einer Veränderung der Arbeitsverhältnisse. Im Fordismus ist die industrielle Fabrikarbeit im Zentrum gestanden. Diese hegemoniale Funktion hat jetzt die **immaterielle Arbeit** übernommen, die Produkte (und Waren) dieser Arbeitsverhältnisse sind Wissen und Kommunikation, aber auch Gefühle und Beziehungen. Diese Veränderungen werden manchmal als Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft beschrieben, was aber die neuen Arbeitsverhältnisse nur begrenzt erfasst. Was die Entwicklung der Gesellschaft, den Kapitalismus in Richtung Empire vorangetrieben hat, ist die Vielfalt der Wünsche und Bedürfnisse der Menschen, die sich in (individuellen und kollektiven) Revolten ausdrücken und von Negri/Hardt als **Multitude**[3] bezeichnet werden. Dieser Begriff wird in Abgrenzung zu nationalistischer oder sonstiger Identitätsbildung, aber auch zum Begriff der ArbeiterInnenklasse der traditionellen sozialistischen und kommunistischen Parteien festgelegt. Der Kapitalismus, das Empire kann nur weiterexistieren, indem es die emanzipatorischen Elemente der Kämpfe der Multitude in sich aufgenommen hat. Einerseits wird erkannt, dass alle Kämpfe ins herrschende System integriert werden, andererseits wird immer offensichtlicher, dass das System vom Wissen, von der Kreativität, den Gefühlen und der Lebendigkeit der Multitude abhängig ist. Die Multitude ist Teil des Empire, und zugleich revoltiert sie immer dagegen. Um die herrschenden Strukturen zu überwinden, sollte jeder Widerstand gleich auch als **Aufstand** und **konstituierende Macht** gedacht werden. Unter konstituierender Macht sind Elemente einer konkreten Utopie zu verstehen, die sich in den Auseinandersetzungen der Multitude mit dem Empire, mit dem Kapitalismus herausbilden.







Operaismus

In Abgrenzung von der traditionellen Linken, aber auch in Zusammenhang mit so genannten "Arbeiteruntersuchungen" wurde von italienischen Theoretikern eine neue Interpretation der Texte von Marx gesucht[4]. Dabei wurde die ArbeiterInnenklasse als Subjekt ins Zentrum gestellt im Gegensatz zu anderen marxistischen TheoretikerInnen, die eine Weiterentwicklung des Kapitalismus nur als inneres Moment - in der Konkurrenz der KapitalistInnen - des Kapitals sehen. Als eine Initialzündung kann ein Artikel von Panzieri 1961 (Panzieri 1985) über die Beziehung der ArbeiterInnen zur Maschine gelten. Dabei wird die Unterordnung der lebendigen Arbeit (die menschliche Arbeitskraft) unter die tote (das konstante Kapital, die Maschine) beschrieben, der Einsatz der Maschinerie gegen die (lebendige) Arbeit[5] (vgl auch Grundrisse S. 582-592). Mario Tronti erweitert in seiner Analyse den Blickwinkel auf die Entwicklung der Produktivkräfte im Allgemeinen (Tronti 1974). Die Verkürzung des Arbeitstages wird als Ergebnis der Arbeitskämpfe wie der sozialen Auseinandersetzungen im Allgemeinen beschrieben (Tronti 1974, S. 165ff ,vgl. MEW 23, S. 245-330): Wenn der Arbeitstag verkürzt wird, der Profit für die KapitalistInnen aber gleich bleiben soll, kann das nur durch die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit passieren. Insofern ist die logische Folge sowohl die Umstrukturierung der Organisation der Arbeit wie auch der Einsatz von neuen technologischen Möglichkeiten. So werden die Klassenkämpfe als der Motor der kapitalistischen Entwicklung interpretiert (Tronti 1974, S. 173). Solange der Kapitalismus (und der Klassenkampf) besteht, stellt sich die Frage von Sieg und Niederlage in einer Schlacht nicht. Eine Niederlage der ArbeiterInnenklasse bedeutet auch eine Niederlage für das Kapital, weil es in Passivität verharrt, und ein Sieg der ArbeiterInnenklasse ist eigentlich eine Niederlage, weil das Kapital die Produktivkräfte weiterentwikkelt und die Ausbeutung verbessert (Tronti 1974 S. 174). Die Entwicklung der Produktivkräfte, getrieben von der ArbeiterInnenklasse, führt in der Konsequenz zur Selbstauflösung des Kapitals und zur Befreiung der Arbeit. "Als das rastlose Streben, nach der allgemeinen Form des Reichtums treibt aber das Kapital die Arbeit über die Grenzen der Notwendigkeit hinaus und schafft so die materiellen Elemente für die Entwicklung der reichen Individualität, die ebenso allseitig in ihrer Produktion als Konsumtion ist und deren Arbeit daher auch nicht als Arbeit, sondern als volle Entwicklung der Tätigkeit selbst erscheint, in der das Naturnotwendige in ihrer unmittelbaren Form verschwunden ist." (Grundrisse S. 231). Die Produktivität der lebendigen Arbeit, die zuerst dem Kapital äußerlich ist, geht sukzessive auf das Kapital über. "Die gesellschaftliche Produktivkraft der Arbeit wird als Arbeiterklasse gesellschaftliche Pro-

duktivkraft des Kapitals. Die Arbeiter treten als Arbeiterklasse ins Kapital ein und werden als solche auf ein Teil des Kapitals reduziert. Das Kapital aber hat jetzt seinen Feind im Inneren." (Tronti 1974, S. 107). Der Antagonismus der ArbeiterInnenklasse drückt sich jetzt in totaler Separation aus, im "Kampf gegen die Arbeit" als Streik, Sabotage, mit individuellen Formen der Arbeitsverweigerung. Im Fordismus wurde erkannt, dass die Entwicklung des (Gesamt)kapitals von diesem Antagonismus abhängig ist. Die Nicht-Arbeit wird in der Form des Konsums in die Form des geordnten Klassenkampfes einbezogen: hohe Löhne, Produkte, die sich die ArbeiterInnen leisten können, "New Deal" (vgl. unten).

Krisen sind Antworten des Kapitals auf Kampfzyklen der Multitude. Die EinzelkapitalistInnen haben nur ein Interesse an der Profitmaximierung, darum ist die erste Antwort des kapitalistischen Staates, der als Gesamtkapitalist agiert, die Re-



pression. Erst in der Krise und durch die Krise ist es für den Gesamtkapitalisten in Form des Staates möglich, die gesamtgesellschaftlichen Strukturen zu verändern, so dass die Ausbeutung auf einer neuen Ebene funktioniert (über die Rolle des Staates bei der Entwicklung des Sozialstaates als Antwort auf den Kampfzyklus, der in den weltweiten Kämpfen und Auseinandersetzungen nach der Oktoberrevolution 1917 gipfelte vgl. Negri 1972a, 1972b, 1973, 1977). Von den operaistischen Theoretikern wurde der Marx´sche Satz von der Geschichte als Geschichte von Klassenkämpfen ernst genommen[6].

Was Tronti und andere (z.B. auch Toni Negri) im Diskurs der operaistischen Linken für die Beziehung zwischen ArbeiterInnenkämpfen und Kapital beschreiben, lässt sich auf andere gesellschaftliche Entwicklungen ausweiten. In diesem Zusammenhang wird auch der ambivalente Charakter der kapitalistischen Umstrukturierungen stärker betont: Es geht nicht nur um die Repression durch die Umstrukturierung. Um die ArbeiterInnen (oder die Multitude) zu disziplinieren und zu kontrollieren, ist es auch notwendig, die emanzipatorischen und positiven Elemente der Kämpfe aufzunehmen, das was im der linksradikalen Jargon als "Reformismus" bezeichnet wird[7]. Im folgenden werde ich Beispiele für soziale Bewegungen und die kapitalistische Antwort darauf bringen.

Die Oktoberrevolution 1917 in Russland, verbunden mit den Kämpfen und revolutionären Bewegungen in der ganzen Welt, oft als "kommunistische Bedrohung" bezeichnet, hat zur Anerkennung der ArbeiterInnenklasse (Multitude) als Subjekt geführt, zu einen "New Deal" in den Metropolen des Westens (vgl Empire S. 240-244, aber z.B. auch Negri 1972a). In der Zwischenkriegszeit war der Kapitalismus in der Krise, ist an die Grenze seiner Möglichkeiten gekommen. Die egoistischen Einzelinteressen der Kapitalien führten zur Depression nach 1929 und eine Überwindung der Krise durch eine verschärfte Ausbeutung war durch die Stärke der ArbeiterInnenbewegung und der sozialrevolutionären Aufstandsbewegungen von den USA und Deutschland über China bis Spanien unmöglich. In Deutschland und Italien führte das zum Nationalsozialismus und Faschismus, nur die USA führten den "New Deal" ein[8]. Die Anerkennung der Subjektivität der Klasse drückte sich in der Anerkennung sozialer Kräfte und durch deren Teilnahme (besonders der Gewerkschaften) an staatlichen Institutionen aus, aber auch in wirtschaftlichen Maßnahmen und Regulierungen: Die ArbeiterInnen wurden als KonsumentInnen anerkannt, Hochlohnpolitik und Wohlfahrtsstaat erhöhten die Nachfrage nach Produkten. Nach dem Sieg über die Achsenmächte wurde der "New Deal" nach Europa und Japan getragen und bildete dort die Basis für das Wirtschaftswunder der 50er Jahre. Die weltweite Umstrukturierung in Richtung Sozialstaat (und Empire) wurde erst nur durch Krise und Krieg möglich[9]. Dieses Regime des modernen Wohlfahrtsstaates besteht aus der Trinität von Taylorismus, Fordismus und Keynesianismus. Taylorismus ist die Organisation der Arbeit durch die Aufteilung der Arbeitsschritte, typischerweise am Fließband. Der Fordismus beruht auf der Erzeugung von Massenprodukten (meist Konsumgüter wie Autos oder Fernseher), die sich die "Massen" leisten können und der Zahlung hoher Löhne. Der Keynesianismus ist die makroökonomische Theorie, die die Gesellschaft sowohl innerhalb der Staaten wie auch international reguliert. In der Konferenz von Bretton Woods wurde ein internationales Währungs-

regimemit dem Dollar als Leitwährung festgelegt, um ein Chaos durch die Egoismen der Einzelkapitalien zu vermeiden. Dieser "New Deal" als Antwort auf Klassenkämpfe und kommunistische Bedrohung ist ambivalent. Er enthält die positiven Elemente der geregelten Arbeitszeiten, der hohen Löhne und eine relativ gesicherte Existenz eines Großteils der Bevölkerung (der Metropolen). Dieses Regime reguliert aber nicht nur das Kapital, sondern es diszipliniert auch die Menschen: 40 Stunden Wochenarbeit bedeutet Stechuhr, Taylorismus ist die Zerlegung der Arbeit in die Einzelteile, Sozialleistungen werden nur unter bestimmten Bedingungen (mit dem "sanften" Druck zur Arbeit) vergeben. In der Gesellschaft bestehen Institutionen, die eine Normalisierung durchsetzen. Die geschlechtliche Arbeitsteilung und die patriarchale Unterdrückung funktioniert durch die Institution Kleinfamilie, es besteht ein sozialer Zwang für Männer zur lebenslangen Arbeit, für Frauen zum Hausfrauendasein, es gibt einen Druck in Richtung einer normalisierten Sexualität. Die Dominanz dieser disziplinierenden Institutionen bedeutet aber nicht, dass die Wünsche nach einem befreiteren Leben der Multitude verschwunden wären, sondern nur, dass sie in die Unsichtbarkeit und an den Rand gedrängt wurden.

Gegen diesen Zwang der Disziplinargesellschaft entsteht eine Reihe von Revolten, die in den Aufständen von 1968 einen Höhepunkt gefunden haben (vgl. Empire S 260-276). Unter Ausnützung des Wohlfahrtsstaates ist es den ArbeiterInnen gelungen, die Löhne in die Höhe zu treiben, einerseits in einem organisierten Rahmen durch Gewerkschaften und linke Parteien, andererseits durch Arbeitsverweigerung (von Streiks bis zu individuellem Widerstand z.B. durch Krankfeiern). Die Vollbeschäftigung erlaubt auch die Erhöhung des Drukkes mit der Drohung eines Arbeitsplatzwechsels. Zur gleichen Zeit geht der Kolonialismus der alten europäischen Staaten zu Ende und die Kämpfe und der Widerstand im Trikont verhindern, dass (Lohn)-Konflikte durch imperialistische Maßnahmen abgeschwächt werden, Konflikte können nicht nach außen verlagert werden. Diese Auseinandersetzungen fallen mit dem Widerstand gegen die disziplinäre Ordnung im Allgemeinen zusammen. In den Metropolen sieht ein großer Teil der Jugendlichen keinen Sinn mehr darin, 40 Stunden sein Leben lang zu arbeiten und dann in Pension zu gehen. Sexualität wird "entdeckt" und außerhalb der Norm gelebt. Frauen sind immer weniger bereit, in normalen Familienbeziehungen zu leben und ihre Männer zu ernähren und dafür zu sorgen, dass sie ordentlich und sauber in die Arbeit gehen können. Die politisch linken und feministischen Bewegungen sind dabei nur die sichtbare Spitze eines allgemeinen Angriffs der Subjektivität auf die damalige kapitalistische Gesellschaft. Die Antwort des Systems ist zwar in einer Anfangsphase die Unterdrückung der aktiven Minderheiten, aber im Laufe der nächsten Jahrzehnte eine massive Umstrukturierung der gesellschaftlichen Strukturen und der Arbeitsverhältnisse. Viele Projekte, die aus dem subjektiven Wunsch nach Veränderung gegründet wurden, z.B. Alternativbetriebe und feministische Initiativen werden von staatlichen Institutionen aufgegriffen und bestätigen als Institutionen die Veränderungen in der Gesellschaft. Damit wird die Ausbeutung und Unterdrückung perfektioniert. Der Wunsch nach freier Arbeitszeiteinteilung wird zur flexiblen Arbeitszeit, der Wunsch nach Selbstverwaltung wird zur Selbstorganisation in Projektarbeit, die Kontrolle durch MeisterInnen und VorarbeiterInnen wird in selbstkontrollierte Teamarbeit umgewandelt. Der Wunsch nach Selbstverwirklichung von Kollektiven und Individuen hat sich in "freies" UnternehmerInnentum verwandelt. War in der (fordistischen) Disziplinargesellschaft die "affektive" Arbeit (vgl. unten) der sozialen, emotionellen und kommunikativen Zuwendung zu einem großem Teil in der Institution der Familie konzentriert, wird das jetzt in die Gesellschaft verlagert, was die geschlechtliche Verteilung zwar aufweicht, aber im Großen und Ganzen nicht ändert[10]. Die Bewegung vor und nach 1968 und die darauf folgende feministische Bewegung sind die Quelle für die Revolution in Richtung der Strukturen, die im herrschenden Diskurs "Dienstleistungsgesellschaft" genannt werden. Die Durchsetzung der "immateriellen Arbeit" und die (teilweise) Auflösung der Fabrik in die Gesellschaft (reale Subsumption) ist die kapitalistische Antwort auf die Revolte gegen die Disziplinargesellschaft.

Reale Subsumption und Biomacht

Anhand von Beispielen habe ich dargestellt, dass die Entwicklung des Kapitalismus in Richtung Empire durch die Kämpfe der ArbeiterInnenklasse/Multitude vorangetrieben wird. Ein weiteres Kennzeichen des Kapitalismus ist seine Tendenz zur sukzessiven Ausbreitung, zuerst in alle Regionen der Erde, dann aber auch in alle gesellschaftlichen Formen, die neben der kapitalistischen Ausbeutung existieren (vgl. Empire S.220-234)[11]. Zu Beginn des 20. Jh war die ganze Welt unter den imperialistischen Mächten aufgeteilt, revolutionäre TheoretikerInnen (z.B. Lenin oder Luxemburg) hielten die kapitalistische Produktionsweise bereits für gescheitert, was aber offensichtlich nicht der Fall war. Zwei Erklärungen gibt es dafür (vgl. Empire S. 271-272): (A) Der Imperialismus hat zwar alle Territorien aufgeteilt, aber noch keineswegs alle Möglichkeiten der Ausbeutung von Arbeitskraft

und der Natur ausgenützt. Erst jetzt seien die Grenzen der Ausbeutung der Natur erreicht[12] (B) Die Expansion des Kapitals erfolgt nach innen, was durch den Übergang von der formalen zur realen Subsumption erklärt wird. Die soziale und technologische Organisation des Kapitals erobert alle Bereiche der Gesellschaft: Wurden in der industriellen Revolution maschinengemachte Konsumgüter und Maschinen erzeugt, so gibt es jetzt maschinenerzeugte Rohstoffe und Nahrungsmittel. Natur und Kultur werden von der Maschine erzeugt[13].

Die Marxsche Intuition der Unterscheidung zwischen formaler und realer Subsumption bezieht sich auf die Form der Ausbeutung in Zusammenhang mit der Entstehung kapitalistischer Produktionsverhältnisse (Negri/Hardt 1997, S. 77-78). Formelle Subsumption bedeutet die Unterordnung eines Arbeitsprozesses unter das Kapital, ohne die Zerstörung der existierenden (meist vorkapitalistischen) Produktionsverhältnisse. Das Kapital fungiert nur als Verwalter oder Aufseher, ist eine "importierte fremde Kraft" (Negri/Hardt 1997, S. 78). Bei der realen Subsumption der Arbeit unter das Kapital werden die Bedingungen nichtkapitalistischer Produktionsweisen zerstört, die Arbeitsverhältnisse werden durch das Kapital selbst hervorgebracht. Beispiele für formelle Subsumption sind HandwerkerInnen oder freie BäuerInnen, die aber auf dem kapitalistischen Markt existieren müssen und dadurch indirekt zur Produktion von Reichtum der KapitalistInnen beitragen. Werden ihre Produktionsgrundlagen zerstört und werden sie dann gezwungen, als freie ArbeiterInnen auf Plantagen oder in Agrarfabriken zu arbeiten, ist die Arbeit dem Kapital real untergeordnet. Marx hat die reale Subsumption nur in der großen Industrie gesehen, in einem kleinem Teil der damaligen Ökonomie. Zu Beginn der 20. Jahrhunderts hat allerdings das Proletariat in einem Teil der industrialisierten Welt bereits eine dominierende Stellung. Aber erst in der zweiten Hälfte des 20 Jahrhunderts sind sowohl ein Großteil der feudalen Strukturen wie auch der bäuerlichen Produktionsweisen verschwunden und auch im Trikont massiv reduziert[14]. In der Phase der formalen Subsumption erscheint das Kapital außerhalb der lebendigen Arbeit, es ist die äußere Gewalt und wird in der Zirkulationssphäre gesehen. Für die antikolonialistischen Revolutionäre, die sich meist auch KommunistInnen nannten, ist es so erschienen, als ob die Arbeit am Gebrauchswert nur vom Kapital befreit werden müsste und alles wäre gut (vgl. Foltin 2002, S. 47). Die reale Subsumption erzeugt ein anderes Bild: die lebendige Arbeit ist in das Kapital integriert, sie ist Teil des Kapitals, das wie eine Maschine funktioniert, die die Arbeitskraft organisiert. Der antagonistische Kampf findet dort als Kampf gegen die Arbeit, als Separation statt.

Die Unterordnung gesellschaftlicher Formen lässt sich aber nicht auf die Lohnarbeit beschränken. Im Fordismus steht die industrielle Fertigung unter Fabrikdisziplin im Zentrum. Daneben besteht das "Leben", das in Nicht-Arbeits-Strukturen organisiert ist, das, was als Zivilgesellschaft bezeichnet wird, soziale Zusammenhänge außerhalb der Fabrik (Vereine, soziale Treffpunkte in Lokalitäten), Familien, aber auch Institutionen wie Parteien, Gewerkschaften und sonstige Interessenvertretungen. Über diese Zivilgesellschaft wird die Verbindung zwischen Kapital/Fabrik und Staat hergestellt. Der bürgerliche Staat hat nicht nur die Aufgabe des Gesamtkapitalisten, sondern die bürgerliche Demokratie hat auch die Aufgabe, einen Ausgleich zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen herzustellen und sie so in den (National)staat zu integrieren. Es gibt also eine Trennung zwischen Fabrik und Gesellschaft. "Die bürgerliche Gesellschaft ist also der Ort, an dem sich der Staat als Repräsentant des Allgemeininteresses die seiner Ordnung äußerlichen oder fremden Einzelinteressen unterordnet. In diesem Sinne stellt die zivile Gesellschaft den Raum der formellen Subsumption dar, in dem der Staat die gegenüber seiner Herrschaft fremden gesellschaftlichen Antagonismen vermittelt, diszipliniert und befriedet" (Negri/Hardt 1997, S. 116). Der neoliberale Diskurs tritt für die Reduktion des Staates ein, in Wirklichkeit ist es aber so, dass die zivilgesellschaftlichen Institutionen verschwinden, weil sie Teil der kapitalistischen und staatlichen Organisation werden. Die reale Subsumption der Gesellschaft unter den Staat ist die Antwort auf die Kämpfe gegen die Disziplinargesellschaft. Die Fabriken werden durch Auslagerungen in Kleinbetriebe bis hin zu Alternativbetrieben aufgelöst. Durch Flexibilisierung dringt auch das "Leben" in die Fabrik ein. Flexible Arbeitszeiten verhindern, dass die ArbeiterInnen die genormte Arbeitszeit für ihr "Leben" benutzen[15]. Die Autonomie des Privaten wird aufgelöst (von der Überwachung der Menschen bis in die intimsten Bereiche und der Verwandlung von Intimität in eine Ware in Reality Shows wie Taxi Orange), die Schule wird zu lebenslangem Lernen. Über die Dienstleistungsgesellschaft gewinnt das Kapital Zugriff auf alle Lebensbereiche, über Reproduktionstechnologie reicht der Zugriff bis in die Körper (besonders der Frauen). Das Verschwinden der Zivilgesellschaft drückt sich in der Reduktion der demokratischen Politik auf ein Spektakel aus. Die Bindung von Parteien und anderer Organisationen an bestimmte soziale Gruppen hat aufgehört. Über Meinungsforschung, durch die Massenmedien, über Populismus wird nicht mehr ein Ausgleich zwischen unterschiedlichen Interessen gesucht, sondern hauptsächlich werden WählerInnen produziert. Die Politik ist nur mehr Simulation von Politik (Negri/Hardt 1997, S. 131-134).

Die reale Subsumption der Gesellschaft ist verbunden mit der Verschiebung von der Disziplinargesellschaft zur Kontrollgesellschaft (vgl. Deleuze 1992). Die Machtausübung in der Disziplinargesellschaft funktionierte, indem die Individuen in Institutionen (Schulen, Gefängnisse) festgehalten und geformt wurden, Abweichungen von der Norm wurden ausgeschlossen. In der Kontrollgesellschaft wird im Gegensatz dazu die Subjektivität der Individuen produktiv genutzt. Wurden in der Disziplinargesellschaft die Kommunikation, die Körperlichkeiten, die Gefühle geordnet und gelenkt, werden sie in der Kontrollgesellschaft produziert. Die Organisation der Macht produziert das Leben, sie wird biopolitisch (Empire, S. 24) Ein gutes Beispiel dafür ist die Sexualität: War sie vorher in die Familie, oder zumindest in die Privatheit einer Beziehung eingesperrt und normiert auf die Heterosexualität ohne Varianten., ist jetzt eine Vielfalt verschiedener Praxen möglich und darf auch in der Öffentlichkeit - zumindestens bei bestimmten Anläßen wie der Love Parade - gezeigt (oder zumindest angedeutet) werden. Das Ziel ist nicht mehr die Disziplinierung, sondern die Ausnutzung der Kreativität und Vielfalt der Multitude. Durch die immaterielle Arbeit wird dieses Kontrollsystem für die Produktion benützt. Es geht darum, dass das Kapital seine Möglichkeiten der Ausbeutung der Arbeit erweitert hat. Es produziert soziale Beziehungen (z.B. Heiratsvermittlungen und SexarbeiterInnen, aber auch das Lächeln der KellnerInnen, in den Büros, in der Werbung), Gefühle (Kultur, Unterhaltung, Freizeit), Kommunikation (Telekommunikation, Seminare und Therapien). Das Kapital verwischt die Trennung von Arbeit und Freizeit. Arbeit wird als Vergnügen definiert, bei der Freizeit ist häufig die Anstrengung wichtig. Das Kapital produziert das ganze Leben, ist eben Biomacht[16].

Immaterielle Arbeit

Hatten im Fordismus die IndustriearbeiterInnen in der Herstellung von Konsumgütern eine hegemoniale Stellung im Produktionsprozess, hat sich das im Postfordismus in Richtung der immateriellen Arbeit verschoben. Das bedeutet keineswegs, dass die industrielle Fertigung verschwunden ist, es ist nicht einmal so, dass sie zahlenmäßig abgenommen hat, teilweise besteht sie auch noch in den Metropolen, teilweise wurde sie in den Trikont verlagert. Auch die Landwirtschaft und die Gewinnung von Rohstoffen sind durch die Industrialisierung nicht verschwunden, sondern wurden nur abgewertet. Allerdings hat sich in großen Teilen die Produktionsweise in der Landwirtschaft verändert, sie wurde industrialisiert. Die Verschiebung in Richtung immaterieller Arbeit drückt sich in zwei großen Veränderungen aus: Durch die Informatisierung, die sich eben auch in den Fabriken durchsetzt und durch die Verschiebung in Richtung Dienstleistungsgesellschaft: Auch die Produktion von materiellen Gütern wird in Dienstleistungen an den KundInnen verwandelt. Was immaterielle Arbeit ausmacht, ist Kommunikation auf sprachlicher, aber ebenso auf körperlicher, sozialer gefühlsmäßiger etc. Ebene. Wurde im Fordismus die Konsumtion in den Zyklus der Kapitalreproduktion integriert, so integriert der Postfordismus die Kommunikation (Lazzarato 1998b, S. 53).

Die Produkte der Arbeit im Postfordismus sind immer mehr immateriell, eben nicht Schuhe oder Autos, sondern Information, Wissen und Kommunikation, symbolische Verknüpfungen (am Computer), Beziehungen und Gefühle (Spannung, Aufregung, Wohlgefühl). Das "Leben" selbst wird zum Produkt, wie die Reality Shows und die zukünftigen Möglichkeiten der Reproduktionsmedizin zeigen. Die Voraussetzung und das Resultat der immateriellen Arbeit ist die Produktion und Reproduktion von Subjektivität (Lazzarato 1998b, S. 53) In dieser höchsten Form der kapitalistischen Ausbeutung verliert die Marxsche Unterscheidung von Basis und Überbau an Bedeutung, weil "Leben", Subjektivität, Gesellschaft und Produktion zusammenfallen. In diesem Zusammenhang wird das im Abschnitt über die reale Subsumption beschriebene Wegfallen der Zivilgesellschaft verständlicher. Es ist keine vermittelnde Instanz mehr nötig, das Leben ist total dem Kapital untergeordnet. Umgekehrt ist das herrschende System viel abhängiger von der lebendigen Arbeit der Multitude.

Hardt/Negri (Empire S. 289-294, vgl. aber auch Hardt 2002) beschreiben drei Aspekte der immateriellen Arbeit. Der erste Aspekt betrifft den Informationsfluss zwischen der Fabrik und dem Markt. Im fordistischen Modell gibt es eine "stille" Kommunikation mit dem Markt. Es wird eine große Anzahl gleicher Produkte produziert, die dann auf dem Markt abgesetzt werden müssen. Das toyotistische Modell baut auf der Informatisierung der Fabrik auf. Es gibt nicht die Wahl zwischen einem schwarzen Ford T und einem schwarzen Ford T, sondern ich kann einen Toyota in den verschiedensten Formen, Farben und Ausstattungen kaufen. Im Idealfall gibt es keine Lagerbestände, sondern das Produkt wird erst produziert, wenn es der Kunde gekauft hat. Es gibt also in der Fabrik eine Verschiebung weg von der Produktion in Richtung Marketing und Werbung. Entscheidend ist eine schnelle Kommunikation zwischen Produktion und Konsumtion.

Der zweite Aspekt beschreibt die Formen der Arbeit, wo Kommunikation produktiv wird, die mit

Symboleingabe in den Computer zu tun haben (Empire S. 290-292, vgl. aber auch Lazzarato 1998a). Immer häufiger wird von Arbeitskräften verlangt, dass sie mit den neuen Informationstechnologien umgehen können. Das betrifft nicht nur Berufe, die direkt mit Computern zu tun haben, sondern auch alle möglichen Jobs, auch die in der industriellen Fertigung. Immer mehr Arbeitsgänge werden dabei direkt zu Informationsverarbeitung. So bedeutet das Auftauchen der immateriellen Arbeit immer mehr auch eine Homogenisierung der Arbeitsvorgänge. Waren früher verschiedene Arbeitsgänge und Werkzeuge notwendig, um z.B. Schuhe oder Autos herzustellen, so handelt es sich jetzt um die gleichen Prozesse der Symboleingabe. Wurde bei früheren Arbeitsformen die menschliche lebendige Arbeit zur abstrakten Arbeit über den Tausch und das Geld, so ist jetzt der Arbeitsvorgang selbst abstrakt, da er nur aus Symbolverarbeitung besteht, ganz egal, ob das Produkt etwas Materielles wie ein Auto ist oder etwas Immaterielles wie ein Lehrgang in Marketing oder das Programm eines neuen Computerspieles. Der Prozess der Informationsverarbeitung schafft einerseit neue kreative Jobs, die auch relativ gut bezahlt sind, z.B. ComputerprogrammiererInnen und WebdesignerInnen, andererseits aber auch eine neue Schicht schlecht bezahlter Kräfte, deren Hauptaufgabe in der Dateneingabe besteht. Gemeinsam ist aber beiden Gruppen, dass die Produkte Information und Symboleingabe sind.

Der dritte Aspekt ist die affektive Arbeit (Empire 292-293, genauer Hardt 2002). "Die affektive Arbeit ist heute nicht nur direkt produktiv für das Kapital, mehr noch, sie bildet die Spitze in der Hierarchie der Arbeitsformen" (Hardt 2002, S. 1). Ein Beispiel dafür sind die ArbeiterInnen im Gesundheitswesen. Obwohl diese Arbeit körperlich ist, ist das Produkt der Arbeit eben nicht materiell, es ist ein Gefühl der Erleichterung, Wohlbefinden, Zufriedenheit, Entspannung etc. Diese Arbeit ist verbunden mit menschlichem Kontakt. Diese Beziehung muss aber nicht zwangsläufig persönlich sein, sondern kann auch virtuell sein (z.B. in der Unterhaltungsindustrie, wo Filme oder Musikstücke produziert werden). Affektive Arbeit, also menschliche Interaktion und Kommunikation spielt inzwischen in verschiedensten Bereichen eine große Rolle, vom Fast-Food-Betrieb bis zu den FinanzdienstleisterInnen. Selbst in "normalen" Jobs wird immer größerer Wert auf die sozialen und kommunikativen Fähigkeiten gelegt. Es ist klar, dass es diese affekte Arbeit immer gegeben hat, aber außerhalb des Ausbeutungsverhältnisses durch das Kapital und daher "wertlos". Der Kapitalismus profitierte vorher nur indirekt davon, als diese Bedürfnisse in Institutionen wie in den Familien oder im Kunstbetrieb befriedigt wurden. Jetzt ist die Produktion von Affekten direkt zum Produkt, zur Ware geworden. Das wäre tatsächlich in dem Sinn zu interpretieren, dass das Patriachat zu Ende ist, insofern als der Kapitalismus jetzt identisch mit dem Patriachat ist. Natürlich ist klar, dass der Zerfall der Familie die geschlechtliche Ungleichverteilung der Arbeit, der Einkommen etc. nicht beendet hat, sondern sie nur ins Kapital verschoben wurde. Eine Revolution bleibt notwendig und sie kann nur von der affektiven Arbeit her gedacht werden, sie muss feministisch sein.

Die immaterielle Arbeit bewirkt, dass das Ganze der gesellschaftlichen Verhältnisse produktiv wird (Lazzarato 1998b, S. 63). Damit kommt die kapitalistische Aneignung in Legitimationsprobleme, sie ist abhängig von der Kommunikation, der Kreativität, den sozialen und menschlichen Beziehungen der lebendigen Arbeit. Die Arbeitenden brauchen das Kapital eigentlich nicht mehr. "Gehirne und Körper brauchen andere, um Wert zu produzieren, aber diese anderen werden nicht notwendiger Weise vom Kapital und seinen Fähigkeiten, die Produktion zu orchestrieren, zur Verfügung gestellt. Heute nimmt Produktivität, Reichtum und die Schaffung sozialen Mehrwertes Form an durch die kooperative Interaktivität mit Hilfe sprachlicher, kommunikativer und affektiver Netzwerke. Im Ausdruck der eigenen kreativen Energien scheint uns die immaterielle Arbeit das Potential für eine Art spontanen und elementaren Kommunismus zur Verfügung zu stellen."[17]

Ist im Fordismus das Fließband im Zentrum gestanden, ist es im Informationszeitalter das Netzwerk. Die Produktion ist weniger an Orte gebunden und tendiert dazu, sich über die ganze Welt zu verteilen. Immer weniger gibt es industrielle Regionen, die transnationalen Konzerne können die Produktionsanlagen viel leichter von einer Region in die andere verschieben. Da viele Produkte immateriell sind, ist auch das Problem des Transports viel geringer. Information z.B. lässt sich innerhalb von Sekunden von der einen Seite des Erdballs auf die andere verschieben (vgl. Empire S. 294-295). Im Zusammenhang mit der immateriellen Arbeit habe ich die Mikrostruktur der Herrschaftserhaltung beschrieben, im Folgenden möchte ich auf die weltweite Struktur der Machtausübung und Organisation der Ausbeutung, die Struktur des Empire eingehen.

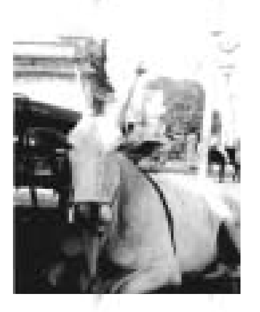
Empire

Die Entwicklung vom Imperialismus in Richtung Empire lässt sich an drei Mechanismen festmachen: Entkolonialisierung, Dezentralisierung der











Produktion und die Ausbreitung des Disziplinarsystems (Empire S. 244-249). Die erste Phase der Dekolonisierung ist davon geprägt, dass sich die USA so verhielten wie die alten Kolonialmächte, indem sie die Ausbreitung des "Kommunismus" mit Waffengewalt verhinderten. Nach dem Vietnamkrieg hat sich die Machtausübung auf den Dollar verlagert. IWF und Weltbank spielen jetzt die entscheidendere Rolle bei der Beeinflussung der Staaten im Trikont. Auch die Dezentralisierung läuft in zwei Phasen ab. Die erste Phase war geprägt vom ungleichen Tausch zwischen untergeordneten Regionen und den dominierenden (westlichen) Staaten. Ab den siebziger Jahren verändert sich das, transnationale Konzerne verlagern große Teile der Produktionen in Weltmarktfabriken und freie Produktionszonen des Südens. Mit der Entkolonialisierung und der Verlagerung von Fabriken beginnt auch die Ausdehnung des Disziplinarregimes auf die ganze Welt[18]. In einigen wenigen Teilen der Welt wird die Massenmobilisierung für den Befreiungskampf in eine Mobilisierung für die Produktion umgewandelt (z.B. in China, in Kuba, in Vietnam). In anderen Regionen des Trikont wird die Fabrikdisziplin des "New Deal" transportiert, in einem sehr begrenztem Ausmaß allerdings die hohen Löhne und die Sozialleistungen. Verbunden ist das mit einer massenhaften Entwurzelung der BäuerInnen und dem Anwachsen der Megastädte, der Steigerung der Anzahl von ProletarierInnen, die für die Ausbeutung bereitstehen.

Viele Linke diskutieren im Zusammenhang mit dem Siegeszug des "Neoliberalismus" in den letzten Jahrzehnten über die Beziehung zwischen Staat und Kapital. Mit der "Globalisierung" entstehen immer wieder Wünsche zu einer neuen Regulierung durch die Nationalstaaten[19]. Der Staat hatte immer die Funktion, als Gesamtkapitalist gegen die Interessen der EinzelkapitalistInnen zur wirken. Dabei war die Einschränkung der Einzelkapitalien durch den Staat zeitweise größer, zu anderen Zeiten kleiner. Z.B. konnte die East India Company bis zu den Aufständen 1857 weitgehend machen was sie wollte, danach wurde sie durch staatliche Maßnahmen eingeschränkt und eine voll funktionierende koloniale Administration eingesetzt (Empire S.306). Die Rolle des Staats in den Metropolen nach dem zweiten Weltkrieg als Antwort auf die revolutionären Bedrohungen (und die Krise dieses "Planstaats" in den 60er und 70er Jahren) war ein beliebtes Thema der operaistischen Diskussion (Negri 1972a, 1972b, 1973, 1977, vgl. oben die Diskussion um den New Deal).

Der Siegeszug der transnationalen Konzerne über und außerhalb staatlicher Kontrolle bedeutet nicht, dass es keine Regulation mehr gibt, sondern dass sich ein System entwickeln muss, das auf eine gewisse Weise wie ein Gesamtkapitalist agiert, eben das "Empire". So eine Struktur der überstaatlichen Konstitution ist dabei, vor unseren Augen sichtbar zu werden (Der erste Satz des Buches lautet: "Empire is materializing before our very eyes." Empire, S. XI). Die Hierarchie der Machtausübung ist in drei Bereiche ("tiers") gegliedert (Empire S. 309-314). An der Spitze des obersten Bereiches stehen die USA als einzige noch bestehende Supermacht, die über die Ausübung von Gewalt entscheidet, manchmal alleine, bevorzugt in Zusammenarbeit mit anderen Staaten oder auch unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen[20]. Im gleichen Bereich befindet sich die Gruppe der Nationalstaaten, die durch eine Reihe von informellen Zusammenschlüssen verbunden sind. Diese Zusammenhänge werden teilweise durch formale und informelle Treffen hergestellt - die G7, aber z.B. auch die WEF-Treffen von Davos, New York. Diese Strukturen dominieren auch solche internationalen Organisationen wie die WTO (World Trade Organisation) oder den IWF (Internationaler Weltwirtschaftsfonds). Der zweite Bereich wird von den Netzwerken des Transnationalen Kapitals gebildet. Dieser Bereich ist tatsächlich über die ganze Welt verbreitet, er ist verantwortlich für die neue Geographie von Macht und Ausbeutung. Verbunden mit diesem Bereich sind die (untergeordneten) Nationalstaaten, sie bilden einen Filter für den globalen Fluß des Reichtums, es ist nicht so, dass sich das Kapital völlig unkontrolliert verhalten kann. Die Basis der Pyramide bilden die Organisationen, die die nicht vertretbaren Menschen, die Bevölkerungen, die Multitude in eine repräsentierbare Form bringen[21]. Einerseits handelt es sich dabei noch um die Nationalstaaten, die ihr "Volk" z.B. in den Vereinten Nationen vertreten. Sie sind aber inzwischen nicht mehr die einzige Form zur Or-

ganisation der Basis der Pyramide, der Multitude. Es gibt die VertreterInnen der Zivilgesellschaft, die direkt weder von Staaten noch vom Kapital abhängig sind. Traditionelle Komponenten davon, die schon länger existieren, sind die Medien und die verschiedenen religiösen Gemeinschaften. So verstehen sich christliche und islamische Fundamentalismen als Gemeinschaften, die über die Grenzen der Nationalstaaten hinausgehen. Eine relativ neue Erscheinung, aber inzwischen international am bedeutendsten sind die so genannten Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs). Ihre genaue Definition und genaue Eingrenzung ist schwer festzumachen. Sie agieren sowohl auf lokaler, nationaler und übernationaler Ebene. Manche haben traditionell gewerkschaftliche Funktionen (gerade weil die traditionellen Gewerkschaftsorganisationen an die Nationalstaaten gebunden sind), einige sind mit religiösen Gruppen verbunden (Hilfsorganisationen der katholischen Kirche oder fundamentalistischer protestantischer Sekten), viele verstehen sich als Organisationen, die Bevölkerungen vertreten, die ihren Platz nicht innerhalb nationalstaatlicher Repräsentationen finden (Frauen, Homosexuelle, indigene Bevölkerungen). Ein Teil dieser Organisationen spielt eine besondere Rolle, weil sie sich als Menschenrechtsorganisationen um Bevölkerungsgruppen kümmern, die an der Grenze der Existenz leben. Die bekanntesten davon sind Amnesty International, Human Rights Watch, Médicins sans frontières. Sie verteidigen das nackte menschliche Leben der Gefolterten, der Hungernden, der Massakrierten, der Gefangenen etc. Sie sind die feinsten Enden der Netzwerke des Empire, sie sind der Humus der Biomacht. Darin zeigt sich wieder die Ambivalenz der Organisation des Empire, es produziert Leben und Tod.

Die in der Pyramide dargestellte Hierarchie der Machtausübung existiert aber nur in gegenseitiger Abhängigkeit. Tatsächlich sind alle Bereiche nötig und vermischt oder hybrid. Um Interventionen durchzuführen, haben die USA z.B. die größten Möglichkeiten (Finanzen und Drohpotentiale), aber in der Regel ist es unmöglich, wenn nicht ein Konsens mit den anderen Strukturen hergestellt wird. Gerade die NGOs haben mehr Einfluß, als es die Darstellung als Basis der Pyramide suggerieren würde. Jede militärische Intervention in den letzten Jahren hat als moralische Intervention der NGOs angefangen, gerade diese NGOs bereiteten (gemeinsam mit den Medien) die "gerechten Kriege" vor (Empire S. 36-37). An den Rändern des Empire, dort wo Interventionen stattfinden, ist die Funktionsweise des Systems am deutlichsten zu erkennen. Krisen entstehen und werden "gelöst" durch ein dreifaches Paradigma: das Empire integriert alles, differenziert es und verwaltet dann die Probleme, ohne sie lösen zu können (Empire S. 198-201) Ich möchte das am Beispiel der Interventionen in Jugoslawien darstellen. Das integrierende Element war und ist der Diskurs über die Multinationalität. Überall von den NGOs über die Medien bis zu den PolitikerInnen wird verkündet, dass das Ziel des Westens in Jugoslawien die Multinationalität sei. "Die Serben" seien der Feind dieser Vielfalt. Schon innerhalb dieses Multinationalismus-Diskurses drückt sich das zweite, das differenzierende Moment aus. In den zuerst indirekten Interventionen in Kroatien und Bosnien (durch NGOs, aber auch durch Bewaffnung unter Umgehung des UNO-Embargos) wurden die westlich orientierten, dabei im Vergleich zu Restjugoslawien weitaus ethnozentrischeren Strukturen in Kroatien und Bosnien unterstützt. Dadurch wurde der Konflikt auf die Spitze getrieben und der Westen, an der Spitze die USA, sahen sich gezwungen, militärisch zu intervenieren und mit dem Vertrag von Dayton eine internationale Verwaltung zu installieren. Gelöst wurde nichts, die Probleme wurden in die nächste Region weitergetragen. Im Kosovo wurde wieder behauptet, die Vielfalt zu unterstützen, um dann in einer militärischen Intervention einen ethnisch reinen Kosovo zu schaffen. In Kürze wird womöglich mit Hilfe des Westens der vorletzte multinationale Staat, nämlich Mazedonien, zerstört. Es stellt sich die Frage, wie lange noch Jugoslawien als multinationaler Staat die drei Momente Integration, Differenzierung und Verwaltung überstehen wird[22].

Zum Abschluß dieses Abschnittes möchte ich noch einige Anmerkungen zum Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001 und den darauf folgenden "Krieg gegen den Terrorismus" machen. Die TerroristInnen haben nur ein von ihnen projiziertes Zentrum des Empire getroffen, bei New York handelt es sich zwar um einen Ort, an dem mehr Privilegierte leben als z.B. in Pakistan, aber der heutige Kapitalismus hat kein Zentrum mehr. Auch die USA sind mehr mit einer Polizei vergleichbar, die ja auch innerhalb der Nationalstaaten eine rechtlich privilegierte Position einnimmt. Der Krieg gegen Afghanistan und in eventuell noch folgenden Regionen ist nicht mehr als eine Polizeiaktion. Es gibt nichts mehr, was außerhalb des Empire liegt, Feinde kann es nur noch als Verbrecher geben. Dadurch kann es auch keinen Friedensschluß mehr geben, sondern nur ein Scheitern oder die Vernichtung des Feindes[23].

Multitude

In der logischen Abfolge hätte eigentlich dieser Abschnitt vor dem vorigen stehen sollen, denn es ist die Multitude, die Vielfalt der Wünsche und Bedürfnisse, die durch ihre Kämpfe und ihren Wider-

stand den Kapitalismus Richtung Empire (und darüber hinaus) treibt. Die Multitude war und ist die Subjektivität, die in Konfrontation mit der Realität der herrschenden Gesellschaft steht und dabei über die Bedingungen dieser Existenz hinausgeht. Sie ist das Subjekt des Kampfes um Freiheit (Macchiavelli), Wunsch (Spinoza) und lebendiger Arbeit (Marx)[24]. Im folgenden möchte ich den Begriff Multitude zuerst negativ in Abgrenzung von "Volk" und "ArbeiterInnenklasse" festmachen und anschließend an konkreten Beispielen die Struktur positv bestimmen.

Das "Volk" (auch in seinem weniger "völkisch" gesehenen englischen Begriff "people") ist ein Produkt des modernen Nationalstaates (zum Folgenden vgl. Empire S. 101-105, vgl. auch Hardt/Negri 2001). Das Volk tendiert dazu, homogen und selbstidentisch zu sein, es ist notwendig zur Konstitution der Souveränität des Nationalstaates. Völker definieren sich immer in Abgrenzung zu einem Anderen. Insofern sind sie auch implizit rassistisch: es gibt immer eine Tendenz zur Vereinheitlichung (entweder durch Assimilation und Ausgrenzung) und zur rassischen oder kulturellen Minderbewertung der anderen. Die Multitude ist im Gegensatz dazu eine Vielzahl von Singularitäten, eine Menge von Individualitäten, eben nicht homogen und darum auch nicht zur Abgrenzung zu Anderen gezwungen. Jede Nation muss eine Multitude in das Volk umwandeln. Das Konzept der Nation war in der französischen Revolution eine erste Hypothese zur Konstruktion der Hegemonie der Bevölkerung gegen die herrschende Monarchie. Danach war die Nation und das Volk eine reaktionäre Antwort auf das Trauma der Umwälzung durch die französische Revolution. Der König wurde geköpft, weil er die Bevölkerung verloren hat, Napoleon wurde gekrönt und hat ein Volk gewonnen. Die Multitude wurde in ein Volk vereinheitlicht[25].

In der operaistischen Diskussion der 70er-Jahre war immer von der ArbeiterInnenklasse als der Subjektivität gegen das Kapital die Rede (vgl. oben). Diese Theorien waren auf die Fabrik bezogen. In dieser Phase zeichnete sich schon eine Umstrukturierung ab: Als Antwort auf die ArbeiterInnenkämpfe löst sich die Fabrik teilweise auf, breitet sich zugleich aber auf die Gesellschaft aus (reale Subsumption). Parallel dazu ist die Revolte von 1977 in Italien ausgebrochen, die vor allem Jugendliche außerhalb der Fabriken mobilisierte und mit Aneignungsformen in der Reproduktionssphäre verbunden war (Plünderung von Supermärkten, Hausbesetzungen). Schon seit Anfang der 70er Jahre haben auch Feministinnen die Beschränktheit der Diskussion auf die "produktive" Arbeit klargemacht: ArbeiterIn bedeutet mehr als FabrikarbeiterIn. Theoretisiert wurde das vorerst, indem von der fabricca diffusa, der verteilten Fabrik gesprochen wurde und der Begriff der "gesellschaftlichen ArbeiterInnen" wurde entwickelt (Über die Beziehung zwischen der Revolte 1977 und den Umstrukturierungen in Staat und Gesellschaft, vgl. Virno 1998). Mit dem Erkennen und der Analyse der neuen Arbeitsverhältnisse, der immateriellen Arbeit und der Ausbreitung der kapitalistischen Verwertung, der realen Subsumption nicht nur von Arbeit wurde ein neuer Begriff gefunden, eben der Begriff der Multitude.

Im Fordismus war die ArbeiterInnenklasse in der tayloristischen Fabrik tatsächlich der der "produktive" Teil der Multitude. Die Institutionen Fabrik und Familie wirkten tatsächlich homogenisierend. Auch der Konsum für die "Massen", von der Freizeitgestaltung über den Urlaub bis zu Auto spielte eine vereinheitlichende Rolle. Von der ArbeiterInnenklasse abgetrennt existierten die Teile, die dem Kapital nur formell subsumiert waren, die Hausfrauen in der Familie, die Menschen in den disziplinierenden Institutionen wie Schule oder Gefängnis. Menschen, die von der Norm abwichen (z. B. Homosexuelle) wurden aus der fordistisch strukturierten Gesellschaft ausgeschlossen. Die "ArbeiterInnenklasse" spielte in dieser Zeit tatsächlich eine zentrale Rolle in der Produktion von Wert und im Widerstand gegen den Kapitalismus. Die vereinheitlichte Kultur der ArbeiterInnenbewegung, teilweise identisch mit dem fordistischem Disziplinierungsregime verhinderte aber eine vollkommene Befreiung der Multitude[26].

Die ArbeiterInnenklasse hat ihre Repräsentation innerhalb des Nationalstaates gefunden, die linken Parteien und die Gewerkschaften, die das Subjekt ArbeiterInnenklasse gegenüber dem keynesianistischen Staat vertreten haben. Das bedeutet das Zurückdrängen der Subjektivität zugunsten der Subjektwerdung im kapitalistischen Staat (vgl. oben, die Rolle des New Deal). Daneben hat es immer eine nicht repräsentierte Autonomie der ArbeiterInnen gegeben, den spontanen Widerstand auf individueller und kollektiver Ebene, der zeitweise die Gewerkschaften in Auseinandersetzungen mit dem Kapital getrieben hat. Was dann aber wieder die Integration ins repräsentationelle System bedeutete[27]. Selbst innerhalb des starren Blocks der fordistischen ArbeiterInnenklasse hat die Multitude in Form der ArbeiterInnenautonomie ihren Ausdruck gefunden.

Wie oben beschrieben, wird im Postfordismus die ganze Gesellschaft produktiv. Als Antwort auf die Subjektivität der Multitude in den Kämpfen nach 68 wurden die Arbeitsverhältnisse verändert,



aber es mussten auch neue Wege der Institutionalisierung der Multitude gefunden werden. Im Empire haben die Institutionen der ArbeiterInnenbewegung ihre Bedeutung verloren, weil die Hegemonie auf die immaterielle Arbeit übergegangen ist. So wie das Empire erst in seiner Phase der Konstitution ist, so sind es auch die Institutionen zur Integration der Multitude, die Verwandlung von Subjektivität in ein Subjekt ist erst in den Anfangsstadien. Eine entscheidende Rolle, um zu einer Repräsentation des Nicht-Repräsentierbaren zu kommen, spielten dabei der Diskurs um die "Zivilgesellschaft" und die NGOs. Insbesondere zu Beginn der 90er Jahre scheint die Vielfalt der sozialen Bewegungen bereits fest in institutionalisierter Hand zu sein. Dabei meine ich weniger die grünen Parteien, die sich kaum mehr von den anderen Parteien unterscheiden[28], sondern die bereits erwähnten NGOs. Nicht umsonst gibt es einen Reigen von internationalen Konferenzen, die sowohl von PolitikerInnen wie von RepräsentantInnen nicht-staatlicher Organisationen besucht werden (Klimakonferenzen, Frauenkonferenzen, eine Reihe von der Veranstaltungen aller möglicher UNO-Unterorganisationen).

Die Strukturen des Empire schaffen aber wieder neue Möglichkeiten für Revolten, die Multitude findet neue Wege, ihre Wünsche im und gegen das System auszudrücken. So legten gerade diese NGO-Strukturen die Grundlage für einen nächsten Kampfzyklus, der in den Auseinandersetzungen in Seattle im November 1999 erstmals weltweit sichtbar wurde und in den Protesten gegen den G8-Gipfel in Genua im Juli 2001 einen ersten Höhepunkt gefunden hat. Die Vielfalt der Aktionsformen und die Unterschiedlichkeit der sozialen Gruppen, die sich an den Demonstrationen beteiligten, war die tatsächliche Bedrohung für die herrschende Konstitution und nicht die Gefahr des Eindringens in die Rote Zone in Genua. Wie bedroht sich die herrschenden Institutionen fühlen, zeigen die Versuche im öffentlichen Diskurs, das Nicht-Repräsentierbare sichtbar zu machen und zu vereinheitlichen. Ein Mittel dazu ist die Gewaltfrage. Mit dem einen Teil der Multitude sollen Gespräche geführt werden, sie sollen in kontrollierbare (wenn auch vielleicht nur informelle) Institutionen verwandelt werden. Für den anderen Teil, der sich weigert, sich in kommunikative Bahnen lenken zu lassen, wird sogar eine Repräsentation konstruiert: Sie sind der "schwarze Block".

Ein weiteres Beispiel für die Nicht-Repräsentierbarkeit von Revolten der Multitude ist die Bewegung nach der Regierungsbildung in Österreich im Februar 2000. Der Ausbruch von Militanz am 4. Februar 2000 war von niemanden organisiert, er wurde von niemand erwartet. Die Demokratische Offensive wollte sich als repräsentativ verstehen und sagte eine Demonstration ab, zu der sie gar nicht aufgerufen hat. Die täglichen und später wöchentlichen Demonstrationen ließen sich dann weder von der Staatsmacht lenken noch von linken oder revolutionären Gruppen. Nur die Großdemonstation am 19. Februar verlief in einem institutionalisierten Rahmen der traditionellen Politik mit Prominenten auf der Bühne und einer passiven Masse im Publikum. Für die spontanen Demonstrationen stimmt auch nicht, dass sie sich für einen Regierungswechsel benutzen lassen würden. Im Gegenteil, immer wieder wurden aktuelle Ereignisse, z.B. rassistische Übergriffe aufgegriffen, die sich gegen die staatlichen Institutionen im Allgemeinen richteten und nicht von den zufälligen Personen oder Parteien in der Regierung abhängig sind. Diese Bewegung ist zwar bis auf Reste wieder unsichtbar geworden, aber es wurde die Grundlage für einen nächsten Ausbruch gelegt. Es ist bis jetzt niemanden gelungen, sie zu institutionalisieren und in repräsentierbare Bahnen zu lenken.

Aufstand und konstituierende Macht

Mit der realen Subsumption von Arbeit und Gesellschaft unter das Kapital ist auch der (illusorische) Wunsch einer emanzipatorischen Utopie außerhalb des Kapitals verschwunden. Da die Ausbeutung und Machtausübung innerhalb des Empire organisiert wird, gibt keine Möglichkeit mehr, eine Befreiung zu erwarten, wenn eine Bürokratie die Fabrik übernimmt oder eine revolutionäre Partei einen Staat. Es gibt kein Außerhalb mehr. Zugleich hat sich durch die Verschiebung der Hegemonie hin zu immaterieller Arbeit die Abhängigkeit des Empire von der Lebendigkeit und Kreativität der Multitude verstärkt. Haben früher die UnternehmerInnen eine organisierende Funktion und der Staat eine vermittelnde zwischen den sozialen

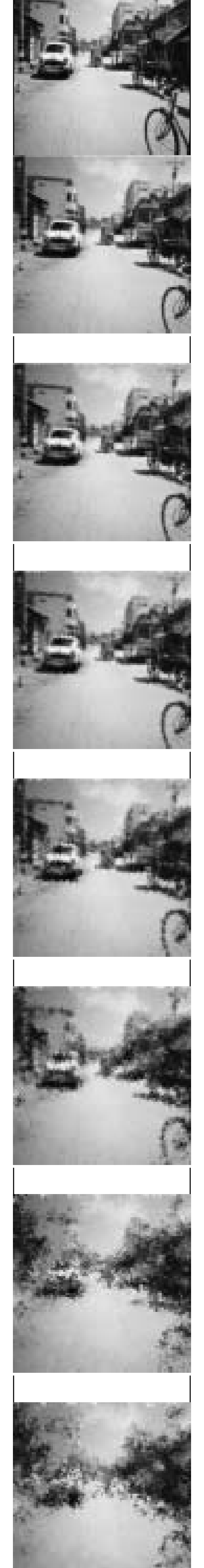
Gruppen, so tendiert die Entwicklung jetzt dahin, dass sich die lebendige Arbeit selbst organisiert. Die Ausbeutung über affektive Arbeit geht bis in die Körper, die Körperlichkeit der Multitude, wird aber immer mehr als leer und hohl, als nicht notwendiges äußeres Kommando gesehen. Revolten sind durch die totale Integration schwieriger geworden, wie sollte denn auch ein Streik ausschauen, der Kommunikation und soziale Beziehungen verweigert. Andererseits wenn sie stattfinden, müssen sie die Form der Separation, des totalen Exodus finden. So wie der Teil der Bewegung gegen Schwarzblau, der auf der Straße ist, die Kommunikation mit Polizei und herrschenden Institutionen verweigert und sich so nicht in ein herrschendes politisches Koordinatensystem einordnen lässt.

In der Diskussion um Revolten gegen das Empire beziehen sich Hardt/Negri (Empire S. 54) auf die Ereignisse am Tiananmen-Platz 1989, auf die erste Intifada als Aufstand gegen den israelischen Staat, den Ghettoaufstand in Los Angeles 1992, den bewaffneten Aufstand der ZapatistInnen in Chiapas 1994, die Streiks, die 1995 ganz Frankreich lähmten und die ArbeiterInnenkämpfe 1996 in Südkorea. Sie stellen in diesem Zusammenhang fest, dass diese Kämpfe nicht miteinander kommunizieren, außerdem beziehen sie sich nur auf regionale und lokale Umstände. Außerdem erscheinen sie teilweise als Widerhall von Revolten gegen die fordistische Disziplinargesellschaft. Durch die vollkommene Integration der Gesellschaft in das Empire und den Mangel an horizontaler Kommunikation schnellen diese Auseinandersetzungen gleich auf die höchste Ebene, gegen das virtuelle Zentrum des Empire: Die Unruhen in Los Angeles waren Ausdruck der Verweigerung der sozialen Kontrolle in der postmodernen Stadt, die ZapatistInnen stellten die Nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA) in Frage, die Streiks in Frankreich richteten sich gegen die neue soziale und ökonomische Umstrukturierung in Europa (Empire S. 58).

Für mich sind diese Argumente nicht überzeugend, aber nachträglich lässt sich erkennen, dass diese Kämpfe in den 90er-Jahren die Basis für die Vernetzung und so die Grundlage für Kämpfe gegen das Ende des Jahrtausends bildeten. Zumindest ein Teil dieser Auseinandersetzungen hat gemeinsam mit anderen weniger spektakulären im Trikont (wie z.B. die vielen kleinen Streiks und Kämpfe in den Weltmarktfabriken) eine wichtige Rolle in der inzwischen tatsächlich tendenziell weltweiten Organisation des Widerstands gespielt. Der Aufstand in Chiapas war der Anlass für einen weltweiten Aufbruch mit neuen Organisationsformen, die Solidarität mit den ZapatistInnen wurde mit regionalen Kämpfen verknüpft. Die Streiks in Frankreich waren der Auftakt zu einer Reihe von Auseinandersetzungen in Frankreich, die zur Selbstorganisation der illegalen MigrantInnen und der Erwerbslosen führte. Diese Kämpfe führten wieder zu einer Kette europaweiter Demonstrationen, beginnend mit dem EU-Gipfel 1997 in Amsterdam.

Gegen Ende des Buches schlagen Hardt/Negri (Empire S. 393-407) vor, in welche Richtung die Kämpfe gehen könnten, welche Forderungen gestellt werden sollten, die es erlauben, über das Empire hinaus zu denken. Ausgehend von der Selbstorganisation der MigrantInnen steht als erstes die Forderung nach einer Weltbürgerschaft, die zweite Forderung ist der Kampf um ein soziales Einkommen mit oder ohne Arbeit, die dritte die Wiederaneignung des Wissens und der Sprache, der Produktion und Reproduktion, der Körperlichkeit, des ganzen Lebens. Wie der Kampf um die beiden ersten Forderungen ausschauen soll, ist teilweise klar, der dritte Punkt hat mit der Struktur der immateriellen Arbeit zu tun, wie Wissen, Kommunikation oder Beziehungen wieder angeeignet werden können, muss aber erst geklärt werden.

Um das Empire über sich selbst hinaustreiben zu können, ist es notwendig, Gegenmacht zu entwikkeln, die dann auch den Kern einer neuen Gesellschaft bilden kann. Diese Gegenmacht besteht im wesentlichen aus drei Elementen: Widerstand, Aufstand und konstituierende Macht (Hardt/Negri 2001, S. 9). In welche Richtung der Widerstand gehen sollte, wurde schon angedeutet. Für Lenin war der Widerstand abgetrennt von den beiden anderen Elementen und wurde hauptsächlich als als gewerkschaftliche Aktivität gesehen. Die konstituierende Macht wird von Lenin nicht diskutiert, sie hat sich damals relativ schnell in eine (autoritäre) konstituierte Macht verwandelt ("constituent power" vs. "constituted power" Hardt/Negri 2001, S. 10). Der Aufstand in der Oktoberrevolution musste auf jeden Fall scheitern, weil er im nationalen Rahmen stattgefunden hat und einen internationalen Krieg gegen die Revolution auslöste. Die Pariser Commune scheiterte, weil sie sich nicht militarisierte, die nationale Bourgoisie wurde nicht geschlagen, die russische Revolution scheiterte, weil sie sich militarisierte und in einen bürokratischen Staat verwandelte, der siebzig Jahre in heißem und kaltem Krieg gegen den internationalen Kapitalismus gestanden ist. Mit dem Übergang zum Empire ist heute kein nationaler Aufstand mehr möglich. Damit sind aber auch die Beschränkungen gefallen, die die Aufstände in der Vergangenheit scheitern ließen (Hardt /Negri 2001, S. 10-12). Heute stehen wir in dieser Frage vor einer großen Schwierigkeit, zugleich aber vor großartigen Möglichkeiten[29].



Das dritte Element ist das Moment der konstituierenden Macht. Empire ist konstituierte Macht, aber abhängig von der Multitude. Wie kann es zur Lösung aus dem Ausbeutungsverhältnis kommen? Das kann nur in einer Phase von Auseinandersetzungen passieren. Erst durch die Separation, im Exodus, im Kampf wendet sich das Kommando von Empire und Kapital gegen die Aufständischen. In dieser Situation muss die Multitude ihre Kooperation und Kreativität in der Organisation des Widerstands einsetzen. So entstehen Potentiale konstituierender Macht, die nach Beendigung der Kämpfe immer wieder zerfallen. Gerade darum enthalten sie die Potentialität einer zukünftigen Gesellschaft, sie lassen sich nicht in konstituierte Macht umwandeln. Es gibt verschiedene Formen der konstituierenden Macht, angefangen bei den ArbeiterInnenräten (Negri 1998, S. 78) bis zu den kämpfenden Menschen in Argentinien. Vielleicht sind die dortigen Auseinandersetzungen ein Beispiel für das Zusammenfallen von Widerstand, Aufstand und konstituierender Macht. Es ist um den Widerstand gegen die Wirtschaftspolitik gegangen, dadurch wurde das Regime in einem Aufstand weggefegt und jetzt ist die Multitude dabei, sich in Nachbarschaftsversammlungen als konstituierende Macht herauszubilden. Solange sich die Gegenmacht gegen das Empire nicht weltweit, auf verschiedenen Stufen und Ebenen herausbildet, wird sich immer wieder eine konstituierte Macht durchsetzen, entweder durch Repression gegen die Multitude oder durch Bürokratisierung und Integration. Aber die Auseinandersetzungen der letzten Jahre (und Jahrzehnte, vielleicht seit 1968) haben eine Grundlage geschaffen, das Empire zu überwinden. Jede Integration sozialer Bewegungen nagt an der Legitimität und vielleicht wird der Kapitalismus implodieren, so wie der “reale Sozialismus” 1989. Wir sind schon ziemlich weit und wie die ZapatistInnen sagen: “Wir lernen im Gehen.”

Literatur:

Autonomie: Materialien gegen die Fabrikgesellschaft. Neue Folge Nr. 9: Fabrik und neue Klassenzusammensetzung. Das Beispiel FIAT 1974-81 (1982) Hamburg.

Behrens, Elisabeth, Roth, Karl-Heinz (1977): Die “andere” Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland. München: Trikont.

Deleuze, Gilles (1992): Foucault. Frankfurt am Main: Suhrkamp, stw 1023.

Foltin, Robert (2001): Es sind nicht die USA. In:Context XXI.

Foltin, Robert (2002): Frantz Fanon wiederlesen?. In: grundrisse Nr. 1, S. 40-51.

Hardt, Michael (2002): Affektive Arbeit. Immaterielle Produktion, Biomacht und Potenziale der Befreiung. In: Jungle World 2, 2.1..2002 Subtropen, S. 1-4.

Hardt, Michael, Negri, Antonio (2000): Empire. Cambridge (Mass): Harvard University Press (Empire)

Hardt, Michael, Negri, Antonio (2001): Globalization and Democracy. Wien: Vortrag auf der Documenta 11.

Lazzarato, Maurizio (1998a): Immaterielle Arbeit. Gesellschaftliche Tätgkeit unter den Bedingungen des Postfordismus. In: Atzert, Thomas: Umherschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion. Berlin: ID-Verlag, S. 39-52.

Lazzarato, Maurizio (1998b): Verwertung und Kommunikation. Der Zyklus immatiereller Produktion. In: Atzert, Thomas: Umherschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion. Berlin: ID-Verlag, S. 53-65.

Marx, Karl (1974): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf). Berlin: Dietz Verlag (Grundrisse)

Marx, Karl (1976): Das Kapital, Band 1. Frankfurt am Main (MEW 23)

Negri, Antonio (1972a): Die kapitalistische Theorie des Staates seit 1929: John M. Keynes. In: Negri: Zyklus und Krise beiMarx. Internationale Marxistische Diskussion 26. Berlin: Merve, S. 11.46.

Negri, Antonio (1972b): Marx über Zyklus und Krise. In: Negri: Zyklus und Krise beiMarx. Internationale Marxistische Diskussion 26. Berlin: Merve, S. 47-92.

Negri, Antonio (1973): Krise des Planstaats, Kommunismus und revolutionäre Organisation. Internationale Marxistische Diskussion 33. Berlin: Merve.

Negri, Antonio (1977): Staat in der Krise. Internationale Marxistische Diskussion 64. Berlin: Merve.

Negri, Antonio (1998): Repubblica Costituente. Umrisse einer konstituierenden Macht. In: Atzert, Thomas: Umherschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion. Berlin: ID-Verlag, S. 67-81.
Negri, Antonio (1999): Insurgencies. Constituent Power and the Modern States. Minneapolis: University of Minnesota Press.
Negri, Antonio, Hardt, Michael (1997): Die Arbeit des Dionysos. Berlin - Amsterdam: Edition ID-Archiv.
Panzieri, Raniero (1985): Über die kapitalistische Anwendung der Maschinerie im Spätkapitalismus. In: Thekla 7: Arbeiteruntersuchung/Maschinen gegen Menschen, S. 9.27 (italienisch 1961 Quaderni Rossi)
Reitter, Karl (2001): Die politische Philosophie Antonio Negris. In: Context XXI, Nr. 3-4, S. 26-35.
Tronti, Mario (1974): Arbeiter und Kapital. Frankfurt am Main: Verlag Neue Kritik (italienisch 1966)
Virno, Paolo (1998): Do You Remember Counterrevolution? Soziale Kämpfe und ihr Double. In: Atzert, Thomas: Umherschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion. Berlin: ID-Verlag, S. 83-111.

Anmerkungen

1 Inzwischen ist die Übersetzung herausgekommen und wir können gespannt sein, ob dieses Buch auch im deutschsprachigen Raum so intensive Diskussionen auslösen wird.

2 Die Bezeichnung stammt vom italienischen Wort operaio (Arbeiter, männlich) oder operare (arbeiten) in Abgrenzung des in der (nicht nur) italienischen Studierendenbewegung 1968 dominierenden Antiimperialismus. Einen historischen Bezug gibt es allerdings nicht zum wenige Jahre später dominierenden Maoismus, sondern eher zur dissidenten Tradition des Rätekommunismus.

3 In der deutschsprachigen Übersetzung wird "multitude" mit "Menge" übersetzt. Ich finde diese Übersetzung nicht besonders glücklich, erst recht, weil meiner Ansicht nach Multitude ein Kernelement der Theorie darstellt. Aus diesem Grund werde ich weiter den Begriff Multitude verwenden.

4 Dabei handelte es sich um Intellektuelle der linken Parteien, die Fragebögen für ArbeiterInnen entwickelten. Während ein Teil hauptsächlich ein soziologisches Interesse entwickelte (ArbeiterInnen als Objekte), verstand der operaistische Teil diese Fragebögen als Ansatz zur Organisierung, indem durch die Fragestellungen Kommunikation und Information gefördert werden sollten und dadurch auch ein Anstoß zum Kampf. Ein wichtiges "Ergebnis" dieser Untersuchungen war, dass die ArbeiterInnen in den norditalienischen Fabriken kein so positives Verhältnis zur Arbeit haben, wie es die sozialdemokratische und kommunistische Linke immer behauptet. Reitter (2001, S. 28) sieht in der "Neuinterpretation Marxscher Schriften" eine "gewisse Sterilität", was ich durch die Verbindung mit den Klassenkämpfen und sozialen Auseinandersetzungen in Italien nicht so sehe.

5 Vgl auch Grundrisse S. 582-592, es gibt aber auch andere Stellen bei Marx, z.B. im Kapital: "[Die Maschinerie] wird das machtvollste Kriegsmittel zur Niederschlagung der periodischen Arbeiteraufstände, strikes usw. wider die Autokratie des Kapitals. [...] Man könnte eine ganze Geschichte der Erfindungen seit 1830 schreiben, die bloß als Kriegsmittel des Kapitals wider Arbeiteremeuten ins Leben traten." (MEW 23, S. 459).

6 Eine ganze Reihe von TheoretikerInnen, aber auch von unbekannten Militanten, beteiligte sich nicht nur an den Kämpfen in den 60er und 70er Jahren, sondern untersuchte auch einige Entwicklungen und Umstrukturierungen des italienische Kapitalismus als Antwort auf die Klassenkämpfe und die darüber hinaus gehenden sozialen Bewegungen. Ein Beispiel in deutscher Sprache ist die Autonomie (1982), die ausgewählte Texte über die Umstrukturierungen bei FIAT in Turin zusammengestellt hat, die meist als Analyseartikel in linksradikalen Zeitschriften in Italien erschienen. Für die BRD ist der bekannteste Text aus den Siebzigerjahren die "andere" Arbeiterbewegung von Elisabeth Behrens und Karl Heinz Roth (Behrens, Roth 1977), typisch die Überschriften der Abschnitte: Arbeiterkampf und kapitalistischer Gegenangriff vor dem Nationalsozialismus, unter dem Nationalsozialismus, seit dem Nationalsozialismus.

7 Ein Teil der operaistischen Theoretiker hat dies zur Motivation genommen, wie z.B. Tronti wieder der eurokommunistischen PCI beizutreten (Reitter 2001, S 29).

8 "[...] the reaction had to be revolutionary. This is the alternative implicit in Lenin´s work: either word communist revolution or Empire, [...]" (Empire S. 234).

9 Über den Zusammenhang zwischen Krise, Krieg und Umstrukturierung des Kapitalismus wird mehrfach Keynes zitiert, z. B. Empire, S. 240, aber auch Negri 1972a, S. 37: "Es scheint politisch unmöglich für eine kapitalistische Gesellschaft, Ausgaben in dem Umfang zu organisieren, der nötig wäre, um das große Experiment zu machen, das meine Thesen beweisen würde - außer unter den Bedingungen des Krieges."

10 Dem scheint zu widersprechen, dass sozialisierte Funktionen für die Reproduktion wie Kindergärten im neoliberalen Angriff zurückgenommen werden. Diese Institutionen waren aber immer nur die familiäre Arbeitsteilung bestätigender Teil der fordistischen Disziplinargesellschaft, eine Erleichterung für die Hausfrauen. Verlagerung in die Gesellschaft meint eben nicht unbedingt Verstaatlichung, wie es von der traditionellen Linken verstanden wird, sondern die Organisation in und durch die kapitalistisch organisierte Gesellschaft. Die tendenzielle Aufhebung der Trennung zwischen unbezahlter und bezahlter Arbeit in den atypischen Arbeitsverhältnissen und Experimente in Richtung "BürgerInnengeld" oder "Grundeinkommen" sind Entwicklungen in diese Richtung.

11 Hardt/Negri gehen auf diesen Seiten auf die marxistischen Imperialismustheorien von W.I. Lenin und R. Luxemburg ein, die die innere Logik des Kapitalismus zur Expansion erklären.

12 So kann R. Luxemburg, die theoretisierte, dass der Kapitalismus nicht ohne Ausbeutung nichtkapitalistischer Umwelt existierte, als Vorläuferin der Ökologiebewegung gelten (Empire S. 270).

13 "Previous stages of industrial revolution introduced machine-made consumer goods and then machine-made raw materials and foodstuffs - in short, machine-made nature and machine-made culture" (Empire S. 272).

14 In der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts hat die agrarische Bevölkerung massiv abgenommen und das gilt nicht nur für die industrialisierten Länder, sondern auch für den Trikont. Wir nähern uns das erstemal seit der neolithischen Revolution daran an, dass nur mehr eine Minderheit der Bevölkerung als BäuerInnen lebt (vgl. Foltin 2002, S. 48).

15 Obwohl der "reale Sozialismus" und dessen IdeologInnen die Arbeit ins Zentrum ihres Diskurses stellten, würde für diese Art von Regime eher der Begriff "Arbeitsverweigerungsregime" passen. Es hat Vollbeschäftigung gegeben, fordistische Organisation der Arbeit, aber ein großer Teil des Lebens wurde innerhalb der Arbeitszeit organisiert. So sind Berichte Legion, die z.B. davon handeln, dass sich Frauen von ihrem Arbeitsplatz entfernten, um sich für notwendige oder gewünschte Artikel beim nächsten Geschäft anzustellen, oder wieviel Material abgezweigt und Pläne gefälscht wurden, um den eigenen Besitz vom Auto über die Werkstatt bis zur Datscha weiterzubauen. Durch die diktatorische Verengung des Systems konnten sich keine offenen "zivilgesellschaftlichen" Bewegungen entwickelt, die eine Umstrukturierung des Gesellschaftssystems so wie im Westen bewirkt hätten (vgl. auch

Negri/Hardt 1997, S. 125-131, Empire 276-279).

16 "Biomacht ist die Macht zur Schöpfung von Leben, sie ist die Macht zur Produktion kollektiver Subjektivitäten, der Sozialität und der Gesellschaft selbst. Rücken die Affekte und die Netzwerke der Affekterzeugung in den Mittelpunkt, werden diese Prozesse gesellschaftlicher Konstitution offenbar. Was in den Netzwerken der affektiven Arbeit hergestellt wird, ist nichts anderes als die Lebensform (Hardt 2002, S. 4).

17 "Brains and bodies need others to produce value, but the others they need are not necessarily provided by capital and its capacities to orchestrate production. Today productivity, wealth, and the creation of social surpluses take the form of cooperative interactivity through linguistic, communicational, and affective networks. In the expression of its own creative energies, immaterial labor thus seems to provide the potential for a kind of spontaneous and elementary communism" (Empire, S. 294).

18 Mit der immateriellen Arbeit ist die Produktion materiellen Dinge, ist die Fabrik eben nicht verschwunden, sondern sie hat nur ihre dominierende Rolle verloren.

19 Das ist auch der Grund, warum sich in der so genannten Anti-Globalisierungs-Bewegung auch eine Reihe von linken und rechten NationalistInnen treffen

20Die Grundidee dieser Dreiteilung der Konstitution wurde von Polybius übernommen, aber über die Renaissance-Tradition eines Macchiavelli in die englische und schließlich die amerikanische Revolution übernommen. So werden die drei Bereiche der Pyramide mit Monarchie, Aristokratie und Demokratie verglichen (Empire S. 314-315, über die Weitergabe der Tradition von Macchiavelli bis zur US-Konstitution vgl. auch Negri 1999). Die USA haben eine privilegierte Rolle in der Konstitution des Empire, weil die Verfassung, aus der amerikanischen Revolution entstanden, am besten geeignet ist, den Antagonismus und die Kreativität der Multitude zu integrieren. Durch das System der Checks and Balances hat das US-System stärker Netzwerkcharakter, durch die Vielfalt und Vermischung der Kulturen sind die USA das beste Modell für die Konstitution des Empire (Empire S. 160-182, Negri 1999, S. 141-190). Dass die USA von der Konstitution demokratischer, republikanischer waren und sind als andere Staaten, bedeutet nicht, dass der US-Staat nicht auch repressiv oder zeitweise sogar gegen die Entwicklung Richtung Empire agierte. Die Konstitution läßt aber auch zu, dass Klassenkämpfe und soziale Auseinandersetzungen schärfer ausfallen und so die Entwicklung Richtung Empire (und darüber hinaus) vorantreiben.

21 "The multitude cannot be incorporated directly into the structures of global power but must be filtered through mechanisms of representation" (Empire, S. 311).

22 Es geht mir nicht darum, zu leugnen, dass es in Serbien und Jugoslawien keine rassistische Unterdrückung der AlbanerInnen gegeben hätte oder Milosevic nicht auch Machtpolitik in Bosnien oder in Kroatien betrieben hätte. Auch bin ich überzeugt, dass SerbInnen Kriegsverbrechen begangen haben. Aber in der westlichen Öffentlichkeit herrscht eine so unverschämte Ungleichgewichtigkeit in dem, was öffentlich behauptet wird. Wobei es sich dabei nicht immer um bewußte Lügen handelt, sondern bloß um die Reproduktion von Feindbildern verbunden mit dem Wunsch nach Spektakulärem.

23 "Every imperial war is a civil war, a police action [...] In fact, the seperation of tasks between the external and the internal arms of power (between the army and the police [...]) is increasingly vague and indeterminate" (Empire, S. 189, vgl. Auch Foltin 2001).

24 An dieser Stelle bezeichnen Hardt/Negri diese Aktivitäten der Multitude als Republikanismus: "Macchiavellian freedom, Spinozist desire, and Marxian living labor are all concepts that contain real transformative power to confront reality and go beyond the given condition of existence" (Empire S. 185).

25 "Never was the concept of nation so reactionary as when it presented itself as revolutionary" (Empire S. 104). Der antikolonialistsiche Nationalismus hatte eine ambivalente Funktion: positiv einerseits als er sich gegen die Dominanz der imperialistischen Nationen wendete und andererseits als er größere Einheiten schuf als Clan- und ethnische Identidäten. Negativ indem er die Vielfalt der Bedürfnisse (der Multitude) vereinheitlichte und interne Dissidenz und Opposition unterdrückt (Empire S. 106). Die Entwicklung der postkolonialistischen Staaten hat gezeigt, dass sich die Situation letztendlich zum negativen gewendet hat (vgl. auch Foltin 2002)

26 Alle Kampfzyklen, die der ArbeiterInnenklasse zugeschrieben wurden, waren immer mit anderen Bewegungen verbunden. So waren die Kämpfe vor und nach dem ersten Weltkrieg (vgl. oben) auch mit Bewegungen zur sexuellen Emanzipation und der ersten Frauenbewegung verbunden. Nichtdoktrinären Teilen der revolutionären und reformistischen ArbeiterInnenbewegung ist aber zugute zu halten, dass sie trotz der Zentralität des Diskurses um die Klasse für die Emanzipation anderer Bevölkerungsschichten eintraten. Es hat also immer ein zumindest verdunkeltes Bewußtsein der Befreiung einer Multitude gegeben.

27 Hardt/Negri (Empire S. 261) zitieren Tronti über die Integration des autonomen ArbeiterInnenwiderstandes: "The continuity of struggle is easy: the workers need only themselves and the boss in front of them. But the continuity of organization is a rare and complex thing: as soon as it is institutionalized it quickly becomes used by capitalism, or by the workers´ movement in the service of capitalism".

28 Dieser Begriff "Zivilgesellschaft" ist ein anderer als ihn Negri/Hardt verstehen. Die erstere wird als Summe der nichtstaatlichen Selbstorganisationen verstanden (von Feminismus bis Ökologie), die zweite sind die Strukturen und Institutionen, die den Kitt zwischen Staat und Fabrik in der Phase der formellen Subsumption herstellen. Mit der Entwicklung Richtung Empire und der realen Subsumption verliert die Politik an Bedeutung. Das drückt sich in der so genannten "Politikverdrossenheit" aus, aber auch im Aufstieg von populistischen Spektakelparteien. Die politischen Parteien repräsentieren immer weniger Teile der Bevölkerung, sondern produzieren ihr Wählerpotential durch die Analyse von Meinungsumfragen und kapitalistischen Werbestrategien. Und die Grünen sind inzwischen Teil dieser Simulation von Politik.

29 "Today, therefore, when considering the question of insurrection we are faced with both a great difficulty and an enormous possibility" (Hardt/Negri 2001 S. 12).

Beat Weber / Petra Karlhuber
Ursprüngliche Akkumulation im Postfordismus

"Ursprüngliche Akkumulation" nennt Marx den Vorgang der Ansammlung von Kapital, "welche(r) nicht das Resultat der kapitalistischen Produktionsweise ist, sondern ihr Ausgangspunkt" (MEW 23, 741). Er verweist auf den Prozess der Enteignung von gemeinschaftlich bearbeitetem Grund und Boden - Einhegung von Gemeindeland, Privatisierung der Kirchengüter, Verwandlung von Ackerland in Viehweide -, die vorwiegend im 18. Jahrhundert mittels Überführung von Gemeinschaftsgütern in Privateigentum den Grundstein für die Kapitalakkumulation legten.

Ursprüngliche Akkumulation impliziert Enteignung der ProduzentInnen früherer Produktionsweisen und deren Vertreibung, was neben der Schaffung von Privateigentum an Boden für die neuen Besitzer auch eine Masse von ihrer Existenzgrundlagen beraubten Menschen schafft, deren einziges Heil in der freien Lohnarbeit liegt. Diese Vorgänge schaffen zwar die Voraussetzung für den Fortgang der kapitalistischen Produktionsweise, sind ihr aber nicht immanent, d.h. sie vollziehen sich nicht nach den Gesetzen der Mehrwertproduktion, sondern beruhen auf der Anwendung außerökonomischer Zwangsmittel - politisch durchgesetzte Änderung geltender Rechtstitel und physische Gewalt. In der marxistisch-leninistischen Interpretation bezieht sich die "ursprüngliche Akkumulation" auf eine historisch abgeschlossene Periode am Anfang der Durchsetzung des Kapitalismus ("enclosures" in England, "Bauernlegen" in Deutschland etc.). Andere marxistische Traditionen hingegen gehen von einer Permanenz der "ursprünglichen Akkumulation" aus.

· Rosa Luxemburg sieht die Fortsetzung der ursprünglichen Akkumulation im Verhältnis der Industriestaaten zu den Kolonien und der dort stattfindenden Enteignung der ProduzentInnen.

· Die sog. "Bielefelder Schule" um Maria Mies und Claudia von Werlhof analysiert die Fortdauer auf weltweiter Ebene in Form von Enteignung kleiner ProduzentInnen, Vertreibung von Bauern von ihrem Land und Patentierung von Produktionsverfahren, technologische Trennung der Frauen von ihren Körpern durch Reproduktionstechnologien und Privatisierung öffentlichen Eigentums sowie fortschreitende Prekarisierung der Arbeitsbedingungen ("Hausfrauisierung der Arbeit"). (Werlhof 2000)

· Auch Oskar Negt und Alexander Kluge (1993, 28ff.) unterstreichen die Permanenz des ursprünglichen Akkumulationsprozesses, beziehen sich aber dabei (neben der historisch erfolgten Enteignung der Bauern, was sie für Deutschland nachzeichnen) insbesondere auf die beständige erzwungene Anpassung von menschlichen Eigenschafen zur Ver-

innerlichung und Anpassung von Arbeitsvermögen im Lichte der sich stets ändernden Anforderungen des Produktionsprozesses (Untertitel des ersten Bandes von "Geschichte und Eigensinn": "Entstehung der industriellen Disziplin aus Trennung und Enteignung").

· Die Tradition des "autonomen Marxismus" bezeichnet die neoliberale Offensive als Antwort auf die Krise der siebziger Jahre als weltweite Durchsetzung von "new enclosures". "Die enclosures sind kein einmaliger Prozess, sondern struktureller Bestandteil des Klassenkampfes. Jeder Sprung proletarischer Macht verlangt eine dynamische kapitalistische Antwort: sowohl die erweiterte Aneignung neuer Ressourcen und neuer Arbeitskraft, als auch die Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse." (Midnight Notes 1990, 40). Aktuell bedeutet das die Verminderung sozialer Rechte in den Industriestaaten, Verlust natürlicher gemeinschaftlicher Güter, Enteignung von Land in der Peripherie, Aneignung eines Landes über "Strukturanpassungs"-Auflagen zum Abbau von Auslandsschulden. Auch die Erfassung der "ganzen Persönlichkeit" der ArbeitnehmerInnen in postfordistischen Dienstleistungsindustrien wird dazu gezählt: "Denn das körperlich und persönlich Normale, das den Großteil des Proletariats nichts gekostet hat, wird für alle sichtbar immer mehr enteignet. Erscheinung und Benehmen werden immer mehr zu Aspekten des Arbeitsprozesses in den so genannten "Dienstleistungsindustrien"." (Midnight Notes 1990, 45).

In dieser Tradition stehen Hardt und Negri, die in "Empire" (S. 300) daran erinnern, dass "there has been a continuous movement throughout the modern period to privatize public property". [*"Es gab während der gesamten Neuzeit den kontinuierlichen Zug, öffentliches Eigentum zu privatisieren."* dt. Ausgabe, Seite 312] Was ist darunter aktuell eigentlich zu verstehen? Zentrale Vorgänge der letzten Jahrzehnte im Bereich Politik und Ökonomie können als Bemühungen zur Durchsetzung "ursprünglicher Akkumulation", neuer Einhegungen von Gemeingut zur Durchsetzung einer neuen postfordistischen Produktions- und Regulationsweise gesehen werden. Leitsektoren des Postfordismus versuchen, gemeinschaftliche Ressourcen in Privateigentum zu überführen und somit verwertungsfähig zu machen. Sie sind dabei auf Politik angewiesen. Aufgrund der vorwiegend immateriellen Natur der betroffenen Ressourcen spielen sich diese Versuche vorwiegend über ein Bemühen zur Ausdehnung des Begriffs des geistigen Eigentums ab. Drei Bereiche sind dabei zentral: Informationstechnologie, Biotechnologie und kulturelle Zeichen.

Informationstechnologie

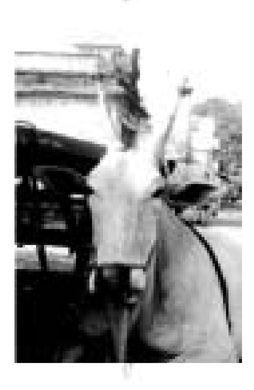
Die Informationstechnologie und die ihr eigene Form der Kooperation bilden laut Hardt/Negri das paradigmatische Modell postfordistischen Wirtschaftens: "Just as modernization did in a previous era, postmodernization or informatization today marks a new mode of becoming human. Where the production of the soul is concerned [...], one really ought to replace the traditional techniques of industrial machines with the cybernetic intelligence of information and communication technologies" (Hardt/Negri 2000, 289), "The computer and communication revolution of production has transformed laboring practices in such a way that they all tend toward the model of information and communication technologies" (ebd., 291). *["Wie die Modernisierung in einer vergangenen Epoche, so markiert die Postmodernisierung oder Informatisierung eine neue Art, zum Menschen zu werden. Was also die Erzeugung der Seele (...) betrifft, muss man tatsächlich an die Stelle der traditionellen Technik industrieller Maschinen die kybernetische Intelligenz der Informations- und Computertechnologie rücken." (...) "Die Umwälzung der Produktion durch Computer und Kommunikation hat die Arbeitsprozesse derart verändert, dass sie sich dem Modell der Informations- und Kommunikationstechnologie annähern." dt. Ausgabe, Seiten 300 und 302*] Kein Wunder, dass die Aneignung der Kontrolle über die Steuerungspläne, die Software, zum zentralen Feld aktueller Privatisierungsbestrebungen zählt.

Zu Beginn der Computerentwicklung stellte Software keinen eigenen Markt dar, sondern wurde zum eigentlichen Produkt, der Hardware, mitgeliefert. Was darüber hinaus benötigt wurde, erstellten sich die AnwenderInnen selbst. Deren Organisierung in User-Groups zur gegenseitigen Unterstützung wurde von Computer-Unternehmen auch durchaus gefördert. Auch an den Universitäten war es üblich, die dort entwickelten Programme frei zu verbreiten. Erst in den 70ern entwickelte sich ein eigenständiger Markt für Software, Software wurde zur Ware. Software-Firmen entstanden als Ableger der Hardware-Anbieter, Software-EntwicklerInnen an Universitäten verließen diese, um eigene Firmen zu gründen[1] (Zur Geschichte der Software-Entwicklung siehe Grassmuck 2000, 26ff.).

Mit dem Einzug von Computern in Privathaushalte (Entwicklung des IBM-PCs und darauf basierender Klone ab 1981) begann auch das große Geschäft mit Software. Die Schließung des Zugangs zum Source Code[2] und die Aneignung über Copyrights und Patente waren die Folge. Das eigentliche Produkt, das ausführbare Programm, geht nicht in das Eigentum der KäuferInnen über,











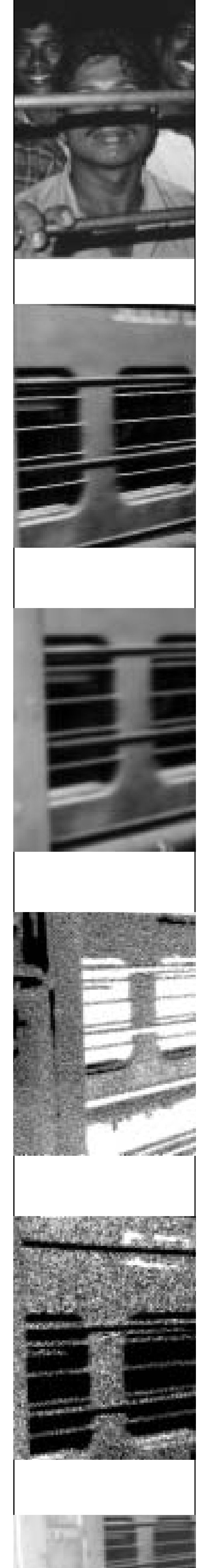
sondern wird über Lizenzierungen vertrieben und damit zur Nutzung überlassen. Wie diese Nutzung aussieht, ist verschieden und in den jeweiligen Nutzungsbedingungen, den Lizenzen, festgelegt. Das Kopieren und die Weitergabe von kommerzieller, durch Copyrights geschützter, Programme ist selbstverständlich verboten. Die Tatsache, dass bestimmte kommerzielle Software auch gratis vertrieben wird[3], teilweise das Anfertigen von "Raubkopien" für private Zwecke nicht geahndet wird und es Strategien gibt, bestimmten BenutzerInnengruppen (etwa StudentInnen) bessere Konditionen zu bieten als anderen, steht nicht im Widerspruch dazu, sondern dient der besseren Marktdurchdringung und der Erzielung positiver Netzwerkeffekte. Sobald dies nicht notwendig erscheint (insbesondere im Stadium fortgeschrittener Marktdurchdringung eines Produktes), wird an der Durchsetzung von geistigem Eigentum an mehreren Fronten gearbeitet. Ziel des internationalen Industrieverbandes "Business Software Alliance" (BSA) ist es z.B. einerseits, sowohl mit "Aufklärungsprogrammen" als auch mit gezielter Strafverfolgung die weltweiten "Raubkopien" einzudämmen. Auf der anderen Seite unterstützt der Verband in über 60 Ländern die Schaffung entsprechender Urheberrechtsgesetze und deren Durchsetzung. Auch an technischen Möglichkeiten der Durchsetzung von Copyrights wird in letzter Zeit vermehrt gearbeitet.

Seit 1981 kann in den USA Software zum Patent angemeldet werden. In der Europäischen Patentübereinkunft sind bisher "Programme für Datenverarbeitungsanlagen" von der Patentierbarkeit explizit ausgeschlossen und nur auf Umwegen - in Verbindung mit einer technischen Anwendung - schutzfähig. Allerdings wird in der EU im Zuge der Harmonisierung des europäischen Urheberrechts über eine Richtlinie zur Patentierbarkeit von Software beraten. Seit Februar diesen Jahres liegt ein Richtlinienvorschlag der EU-Kommission über die "Patentierbarkeit computerimplementierter Erfindungen" vor.

Dem gegenüber steht nach wie vor die Tradition der freien Software. Wobei "frei" bei "freier Software" nicht unbedingt gratis bedeutet, sondern der/die BenutzerIn hat Zugang zum Source-Code und die Freiheit, das Programm für alle Zwecke einzusetzen, zu verändern, es beliebig weiterzuverbreiten. Die einfachste Form, ein Programm frei weiterzugeben wäre, es "public domain", also ohne Copyright zu veröffentlichen[4]. So wäre es aber möglich, dass jemand ein freies Programm als Grundlage für die Entwicklung von proprietärer Software verwendet, die nicht mehr frei zugänglich ist. Deshalb verfolgt die Free Software Foundation das Konzept des "Copyleft", das durch eine spezielle Art der Lizenzierung ("General Public License") dafür sorgt, dass jede/r, die/der freie Software weiterverbreitet - verändert oder nicht - diese Freiheiten ebenfalls weitergeben muß[5]. Dabei geht es Richard Stallman und der Free Software Foundation darum, den gesellschaftspolitischen Anspruch des freien Zugangs, des Teilens und der Kooperation zu verbreiten und eine Landnahme durch geistiges Eigentum zu verhindern (Stallman 1994).

Copyright und Patente stehen aber nicht nur der Idee von freiem Zugang zu Wissen entgegen, es scheint, als entwickelte sich die Aneignung intellektuellen Eigentums zum Knebel für Innovationen und damit für die kreative Entwicklung des Kapitalismus selbst. So argumentiert etwa die "Open-Source"-Bewegung damit, dass es für eine effiziente Entwicklung von Software ohne Beschneidung der Kreativität notwendig ist, dass Software eine freie Ressource ist[6].

Gerade die innovativsten Projekte im Bereich der Informationstechnologien sind nicht Ergebnis der eigentumsrechtlich geschützten Forschung von Unternehmen. Das Internet z.B. verdankt seinen Erfolg einer frei verfügbaren, offenen Netzarchitektur und basiert grundlegend auf der Offenheit seiner technischen Standards: Die Realisierung der für das Internet charakteristischen Paketvermittlungstechnik ist von Beginn an ein kollektives Projekt gewesen. Der Source-Code von HTML-Seiten im World Wide Web ist für jede/n zugänglich. Bei der Entwicklung von Software geht es allerdings meist weniger um die Erfindung von grundsätzlich Neuem, als um einen kontinuierlichen Prozess der Verbesserung, des Aufbauens auf bereits Vorhandenem und dessen Weiterentwicklung. Dabei stellt sich grundsätzlich die Frage, wer der/die



UrheberIn eines Werkes ist, das durch einen kumulativen Prozess entstanden ist und durch Interaktion mit den NutzerInnen immer wieder verändert wird. Software kann - wie alle digital vorliegenden Daten - ohne Qualitätsverlust und Beeinträchtigung für andere NutzerInnen kopiert werden. Der Umstand, dass technische Schutzmechanismen von Copyrights sofort umgangen werden und sehr viele Menschen - nicht nur HackerInnen - Software "unberechtigt" kopieren und einsetzen, zeigt, dass viele sie als öffentliches Gut betrachten und den Anspruch auf Eigentum in diesem Bereich nicht anerkennen, somit auch ohne jegliche Politisierung Widerstand gegen die private Landnahme leisten.

Noch umstrittener als die Frage nach der Berechtigung von Copyrights ist die Frage, ob Software patentierbar sein sollte. Dem erklärten Zweck der durch Patente gewährten Eigentumsrechte - Förderung des technischen Fortschritts - wird jedenfalls nicht gedient, im Gegenteil (Stallman 2002)[7]. Die Wirkung von Patententen auf Software liegt vielmehr darin, das Auftauchen von KonkurrentInnen am Markt zu verhindern (mehr zu Patenten, ihrer Geschichte und Wirkung siehe Gröndahl 2002).

Biotechnologie

Die fortschreitende industrielle Anwendung der Gentechnologie in den Bereichen Nahrungsmittelproduktion, Medizin und Pharma erfordert politisch-rechtliche Rahmenbedingungen, die den Zugriff auf und die profitable Verwertung von genetischen Ressourcen möglich macht. Die life science industry hat daher Interesse an einer Ausweitung des Patentrechts, die ihr das Privateigentum an Ressourcen sichert, die bislang in niemandes Eigentum standen. Eine Besonderheit dieser Ressourcen ist, dass sie sich zu einem Großteil im Süden der Welt befinden, wohingegen die interessierten Unternehmen vorwiegend im Norden angesiedelt sind. Diese Konstellation macht die Regelung der Verfügungsrechte zu einem internationalen Verteilungsproblem, einem governance Problem des Empire, das im Lauf der Zeit zu einer Proliferation internationaler Abkommen geführt hat, die diese Konflikte institutionell bearbeiten. Dazu zählen die Biodiversitätskonvention von Rio, das TRIPS-Abkommen im Rahmen des GATT zum Schutz geistigen Eigentums und das "International Undertaking on Plant Genetic Resources", ein Abkommen im Rahmen der FAO. Die Verteilung der Nutzen aus diesen Kompromissen ist dabei laufend umkämpft - die Tatsache, dass die Industrie zu einem Teil auf die Bevölkerung des Südens angewiesen ist[8], sichert dieser eine bessere Verhandlungsposition als in anderen Konstellationen: So war die Anerkennung der so genannten "farmers rights" ein wichtiges Element des FAO-Abkommens.

Gemäß der im Empire vorherrschenden Methode von Herrschaftsausübung wird eine Vielzahl von AkteurInnen (Staaten, NGOs, Industriegruppen) in die Kompromissbildung einbezogen, die letztlich die Aneignung des "grünen Goldes der Gene" durch die Agrar- und Pharmaindustrie sichert, in dem Rechts- und Planungssicherheit für diese geschaffen werden. Mit der Rio-Konvention etwa wurden genetische Ressourcen erstmals überhaupt als kommodifizierbare Gegenstände konstituiert und geschützt (Görg/Brand 2001). Davor galten in den nationalen Patentrechten "Naturprodukte" meist als nicht patentierbar. Die geänderten Bedürfnisse der entstehenden life science industry wirkten auf eine Revision dieser Regelung in den Staaten des Zentrums. Neuerdings können in den USA lediglich Naturprodukte "ohne Modifikationen durch den Menschen" nicht patentiert werden, was die Patentierung von durch Unternehmen technisch isoliertes Genmaterial erlaubt. Eine Definition, um deren weltweite Durchsetzung im Rahmen internationaler Abkommen aktuelle Konflikte laufen.

Kulturelle Zeichen

Naomi Klein beschreibt in ihrem Buch "No logo" den Prozess des ausufernden "branding" aller Sphären der Kultur und des öffentlichen Raums. Der Postfordismus organisiert Produktionsprozesse zunehmend gemäß einer kulturindustriellen Logik - statt Waren zu produzieren und im Anschluss zu bewerben, wird versucht, aus kulturellen Zeichen Profit zu schlagen, die zum Teil per materieller Waren transportiert werden. Das ist die Logik der Marken. Die Bedeutung dieser kulturellen Zeichen schöpft aus einem gesamtgesellschaftlichen Kommunikationszusammenhang, aus dem die

Unternehmen beständig schöpfen (Lazzarato 1998), den sie aber auch mittels ihrer forcierten Branding-Strategien ständig ihrer privaten Verfügung unterwerfen und damit kontrollieren wollen. (Klein 177ff. führt als Beispiel die aggressiven copyright- und trademark-Verletzungs-Klagepolitik großer Markenunternehmen gegen alle kulturellen Aneignungen der Marken, die nicht ihren Intentionen entsprechen, an). Dadurch werden bislang öffentliche Güter wie öffentlicher Raum, Bildung, kulturelle Codes zu Waren gemacht und kulturelle Codes in Privateigentum überführt, mit denen ganze Lebensweisen verbunden sind.

"Warenzeichen drohen durch nicht genehmigte Nachahmung - vor allem durch Produzenten außerhalb der Metropolen - entwertet zu werden; zugleich benutzen Warenzeichen-Inhaber sie nicht mehr nur als Waffe gegen Konkurrenten, sondern auch als Instrument des corporate censorship: gegen unerwünschte Kritik an Geschäfts- und Produktionspraktiken, oder selbst gegen harmlose Fans, die sich ihre Begeisterung nicht haben genehmigen lassen." (Gröndahl 2002). Diese aggressiven Markenschutzstrategien haben allerdings einen Pferdefuß: Sie können das Image schädigen, das geschützt werden soll, Widerstand mobilisieren und den kollektiven kulturellen Fundus austrocknen, aus dem sie schöpfen.

Ursprüngliche Akkumulation und Widerstand im Postfordismus

So genannte "ursprüngliche Akkumulation", private Einhegung von Gemeineigentum, ist ein permanenter bzw. wiederkehrender Bestandteil der kapitalistischen Entwicklung. Wie bei der Landnahme zu Beginn des Kapitalismus versucht das Kapital, private Eigentumstitel und Verfügungsrechte auf gemeinschaftliche Ressourcen auszudehnen, um Akkumulation auf neuen Gebieten in Gang zu bringen. Die wesentlichen betroffenen Schlüsselbereiche sind Informationstechnologie, Biotechnologie und kulturelle Zeichen. Allerdings weisen die aktuellen postfordistischen Einhegungsbemühungen gegenüber historischen Bodenenteignungen einige signifikante Unterschiede auf:

· Es handelt sich nicht um ein fixes Quantum an bestehenden Ressourcen (wie z.B. bei Grund und Boden), sondern um Kollektivgüter, die von der gesellschaftlichen Produktion laufend vermehrt werden (Kultur, Wissen, Information)[9].

· Es ist nicht klar, ob die geplante Ausweitung des Privateigentums in diesen Bereichen nicht selbst unter kapitalistischen Gesichtspunkten dysfunktional ist. Während die Aneignung von Land die Voraussetzung für dessen profitable Verwertung ist, gibt es gute Argumente, dass in Bereichen wie Kultur oder Softwareentwicklung die Ausweitung des geistigen Eigentums entwicklungshemmende Effekte aufweist (Gröndahl 2002).

Daraus zu folgern, nun sei der Zeitpunkt da, wo die Produktivkräfte die Fessel der Produktionsverhältnisse sprengen, ist wohl verfehlt (da sind die Produktionsverhältnisse allemal stärker und verzichten für ihren Weiterbestand auch gern auf ein wenig Produktivkraft). Aber die oben genannten Eigenschaften führen dazu, dass sich die Widerstände gegen Einhegungen in diesem Bereich nicht in einer rein defensiven Position befinden, was sie zu wichtigen ArtikulationspartnerInnen mit anderen Widerständigkeiten macht - wie auch in der Praxis zu beobachten. Das ist es u.a., was Hardt/Negri mit ihrer Betonung der Immanenz der heutigen Kämpfe im Auge haben.

Literatur

Görg, Christoph/Ulrich Brand (2001): Patentierter Kapitalismus. Zur politischen Ökonomie genetischer Ressourcen, in: Das Argument 242
Grassmuck, Volker (2000) : Freie Software - Geschichte, Dynamiken und gesellschaftliche Bezüge, http://mikro.org/Events/OS/text/freie-sw.html
Gröndahl, Boris (2002): Die Tragedy of the anticommons. Kapitalistische Eigentumskritik im Patentwesen, in: Prokla (im Erscheinen)
Hardt, Michael/Antonio Negri (2000): Empire, Cambridge/London
Klein, Naomi (2001): No Logo, London
Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2002): Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Patentierbarkeit computerimplementierter Erfindungen, http://europa.eu.int/comm/internal_market/en/indprop/com02-92de.pdf
Lazzarato, Maurizio (1998): So einfach ist das - Interview zur Ökonomie des Immateriellen, in: Die Beute 2/1998
MEW (=Marx Engels Werke), Berlin 1968
Midnight Notes (1990): Die neuen Enclosures, Einleitung zu Heft 10, deutsch in: "Ölwechsel", TheKla 14/1991
Negt, Oskar/Alexander Kluge (1993): Geschichte und Eigensinn, Bd.1
Raymond, Eric (1997): The cathedral and the bazaar,http://www.tuxedo.org/~esr/writings/cathedral-bazaar/cathedral-bazaar/
Stallman, Richard (1994): Why Software should not have Owners http://www.gnu.org/philosophy/why-free.html

Stallman, Richard (2002): Software Patents - Obstacles to Software Innovation, http://swpat.ffii.org/papiere/rms-cam020325/index.en.html#text

Werlhof, Claudia von (2000): "Globalization" and the "Permanent" Process of "Primitive Accumulation": The example of the MAI, the Multilateral Agreement on Investment, in: Journal of world systems research VI/3, Fall/Winter

WTO: TRIPS (trade-related aspects of intellectual property rights),http://www.wto.org/english/tratop_e/trips_e/trips_e.htm

Anmerkungen:

1 So gründete etwa Bill Gates 1975 Microsoft und verließ Harvard, nachdem er dort in Schwierigkeiten geraten war, weil er die öffentlich finanzierten Ressourcen verwendet hatte, um kommerzielle Software zu schreiben. Universitäre Projekte sind nach wie vor oftmals Ausgangspunkt für die Entstehung von Firmen im Bereich der Informationstechnologien, so ist zum Beispiel die Suchmaschine Google aus einem Forschungsprojekt der Universität Stanford hervorgegangen.

2 Software wird in einer von Menschen lesbaren Programmiersprache geschrieben und dann mittels spezieller anderer Software (Compilern) in ein binäres, von Computern ausführbares Programm übersetzt. Den menschenlesbaren Teil davon bezeichnet man als Source-Code. Der dem Programm zugrunde liegende Source-Code ist bei kommerzieller Software nicht zugänglich.

3 Zum Teil werden auch um einige Funktionalitäten verminderte Versionen eines Programms gratis als "Shareware" zur Verfügung gestellt. Eine andere Form der "Shareware" ist Software, die für eine bestimmte Testzeit gratis benutzt werden darf. Erst wenn das Programm dauernd benutzt wird, ist dafür zu bezahlen.

4 "Public Domain" meint, dass der Autor/die Autorin alle Urheberrechte an der Software aufgibt, sie sozusagen ganz der Gesellschaft übergibt. Ein Konzept, das aus den USA kommt, jedoch in Europa im juristischen Sinn gar nicht möglich ist. In den USA wird das Urheberrecht als Wirtschaftsgut betrachtet und es herrscht der Grundsatz der Vertragsfreiheit. In Europa bedeutet Urheberrecht jedoch darüber hinaus ein unveräußerliches Persönlichkeitsrecht. Schließt ein Urheber einen solchen Vertrag, so ist dieser ohne rechtliche Wirkungen.

5 Das bekannteste Beispiel eines Programms, welches unter der General Public License vertrieben wird, ist wohl das Betriebssystem Linux.

6 Eric Raymond, einer der profiliertesten Vertreter von Open Source, argumentiert z.B., dass die kooperative, "basar-artige" Form der freien Software-Entwicklung eine zuverlässigere und flexiblere Software hervorbringt als die "kathedralen-artige" Form der von oben bestimmten Entwicklung durch geschlossene Software-Teams in Firmen (Raymond 1997).

7 Auch die EU-Kommission ist sich der Problematik offenbar bewusst, denn in der im Artikel 5 des Richtlinienvorschlags enthaltenen Sicherungsklausel erhält die Kommission den Auftrag, dem Europäischen Parlament binnen drei Jahren nach Inkrafttreten der Richtlinie darüber zu berichten, wie sich Patente für computerimplementierte Erfindungen auf die Innovationstätigkeit auswirken.

8 Aufgrund der im Süden vorhandenen und für industrielle Nutzung interessanten biologischen Vielfalt, und dem traditionellen Anwendungswissen der dort ansässigen Menschen, das als wichtiger "Filter" für industrielle Forschungsstrategien gilt.

9 Das gilt nicht für den Bereich der Biotechnologie: Die Ausweitung von Patenten auf lebende Materie entspricht eher dem Vorgang der historischen ursprünglichen Akkumulation, der Enteignung von Land und Durchsetzung modernisierter Produktionsweise darauf.





Karl Reitter
Repräsentation und Multitude - ein Bericht

Dienstag 19. März 2002. Die SPÖ Ottakring hat zu einer Diskussionsveranstaltung über das Sozialstaatsvolksbegehren in ein bekanntes Wirtshaus im 16. Bezirk eingeladen. Der Gastraum ist ziemlich voll, am Podium VertreterInnen des unabhängigen Personenkomitees und zwar: die Theaterdirektorin Emmy Werner, der Ökonom Stefan Schulmeister und der Präsident des Jugendgerichtshofes Udo Jesionek. Die Vorsitzende der SPÖ Ottakring hofiert die erschienenen Komitee-ProponentInnen und erhofft sich eine anregende Diskussion. Nach einem rituellen Austausch von Höflichkeiten beginnen die Referate. Die Rollen sind klar verteilt: Emmy Werner übernimmt den Part der Spaßmacherin, der Herr Präsident ist mehr für hemdsärmelige Argumente zuständig, Stefan Schulmeister für das Intellektuelle. Nach und nach verstärkt sich bei mir der Eindruck, dass ich bei keiner Diskussionsrunde zu Fragen des Sozialstaates gelandet bin, sondern auf einer reinen Werbeveranstaltung für ein bestimmtes Produkt, ein Produkt, das den Namen "Sozialstaatsvolksbegehren" trägt. Alles ist bereits fix und fertig. Die Flugblätter und Werbeschriften ebenso wie die Argumente, selbst die eingestreuten auflockernden Scherze wirken einstudiert. Oft kippt der Vortrag in reine Argumentationsschulung. Wie beantwortet man den Einwand des Sozialschmarotzertums? Dann Publikumsdiskussion. Ich melde mich zu Wort und versuche höflich und zurückhaltend, einige Einwände und präzise Vorschläge zu formulieren. Dabei werde ich das Gefühl nicht los, dass es völlig egal ist, was ich hier nun sage. Ich hätte genauso eine Seite aus dem Telephonbuch vorlesen können, die Wirkung wäre dieselbe gewesen, nämlich gleich null. Alle Facetten der Kampagne sind bereits ausgearbeitet und durchgeplant. Und zwar von Anbeginn an. Schon auf dem ersten Treffen - ich war persönlich nicht anwesend, mir wurde aber darüber berichtet - gab es nicht einen Schimmer von offenen Fragen, von irgendeinem Spielraum, den man/frau für eine mögliche Debatte hätte nützen können. Wie im Theater ging der Vorhang auf und die Anwesenden wurden mit einer durchgeplanten Abfolge von Beiträgen zugeschüttet. Und nach diesem Muster wird auch dieser Abend gestaltet. Die Anwesenden sind im Grunde reine Objekte, keine Spur davon, dass hier versucht wird, ausgehend von den verschiedenen Erfahrungen, Ansichten und Bedürfnissen eine gemeinsame Aktion zu kreieren. Spannend wird es nochmals kurz vor Ende. In einer geradezu verblüffenden Offenheit und Un-



befangenheit erzählt Schulmeister so im Plauderton, warum es diese Veranstaltung überhaupt gibt. Ursprünglich, so Schulmeister, sei man davon ausgegangen, dass die Medien teils kritisch, teils positiv, letztlich aber in der Mehrzahl eher negativ reagieren würden. Über diesen Konflikt, so dachte man, sei die nötige Wahrnehmung herstellbar. Damit hätte man ein Feld gefunden, das Volksbegehren zu propagieren und die entsprechenden Argumente zu lancieren. Aber leider, die Medien hätten gelernt; statt Kritik sei Totschweigen angesagt. Also war man gezwungen, andere Wege zu gehen. Man hätte 16 verschiedene Felder, in denen Sozialstaatlichkeit relevant sei, analysiert und vorhandene Organisationen und Strukturen, die in diesen Feldern arbeiten, als Multiplikatoren ausgewählt.

Nun war es also auf dem Tisch. Da das geplante Pingpong-Spiel zwischen der linken Elite und den Medien nicht funktioniert hatte, blieb also nichts anderes übrig, als den mühsameren Weg zu gehen und Veranstaltungen wie die eben beschriebene zu organisieren. Ich bin mir bis heute nicht im Klaren darüber, ob ich die Selbstsicherheit bewundern, oder mich über die Präpotenz ärgern soll, mit der ich und alle Anwesenden zu bloßen Propagandamitteln degradiert werden sollten, zu bloßen Sprachrohren und Flugblattverteilern für politische Inhalte, auf die wir alle nicht den geringsten Einfluss hatten und haben.

Für mich war diese Veranstaltung geradezu ein Lehrstück in Sachen Repräsentationspolitik. Und gleichzeitig wurde mir einmal mehr die Bedeutung, oder vorsichtiger formuliert, eine mögliche Bedeutung des Begriffes *"Multitude"* und ihrer Nicht-Repräsentierbarkeit, klar. Natürlich muss man Negri/Hardt in ihrer überschwenglichen Formulierung, die Multitude treibe das Kapital vor sich her, nicht folgen. Aber selbst wenn man diesen Anspruch um zwei Stufen zurückstutzt, so sind diese Begriffe nützlich, genau das sichtbar zu machen, was Repräsentationspolitik immer verleugnen und verdecken muss. Multitude hat zumindest zwei Seiten, zwei Aspekte, die zwar eng miteinander verknüpft sind, aber doch nicht völlig zusammenhängen. Einerseits verweist der Begriff auf Kompetenzen, Fähigkeiten und Bedürfnisse im Arbeitsprozess, einem Arbeitsprozeß, der nur mehr teilweise die Form der klassischen Lohnarbeit annimmt, andererseits verweist Multitude auf den Aspekt nicht repräsentierbaren politischen Handelns. Paradebeispiel für den ersten Aspekt sind die inzwischen viel zitierten neuen Arbeitsformen, Paradebeispiel für den zweiten sind Genua, Argentinien oder hierzulande die Donnerstagsdemos. Immer zielt dieser Begriff auf Prozesse ab, die gewissermaßen unterirdisch, in den Poren des Alltags, verstreut und oft versteckt, ablaufen, aber doch indirekt große Wirkung haben. Ich möchte nun den mehr direkt politischen Aspekt beleuchten, um danach wieder auf die Politik der Repräsentation zurückzukommen.

Politische Formen der Multitude sind von niemandem beherrschbar, von niemandem für sich reklamierbar, sie fließen unkontrolliert und unberechenbar. Das politische System muss einerseits, da es in Kategorien der Repräsentation denken muss (und will), immer nach Repräsentationen suchen. Gibt es diese nicht, so werden sie willkürlich konstruiert. Als die Donnerstagsdemos begannen, wurde eine gewisse Person von den Medien als Drahtzieher und "Chef" auserkoren, bis selbst dem dümmsten Journalisten und der dümmsten Journalistin klar wurde, dass K.W. diese Rolle nicht spielt. Foltin weist in seinem Artikel auf die willkürliche Konstruktion des Schwarzen Blocks hin, den es auch nicht gibt, aber an den zu glauben inzwischen Pflicht der aufrechten StaatsbürgerInnen ist. Nach dem 11. September musste der Feind sofort Gesicht und Ort bekommen, ungeachtet der Tatsache, dass keine Beweise gegen Bin Laden vorlagen und die Geldgeber für rechtsfundamentalistische Kreise viel mehr in Saudi-Arabien zuhause sind, denn in Afghanistan.

Die Nicht-Repräsentierbarkeit, die Negri/Hardt als geradezu ontologische Eigenschaft der Multitude ausmachen, wiederholt und bekräftigt in neuer Form, einen, ja DEN Aspekt, den im Grunde jede politische Strömung herausstellt. Ob man es Klassenkampf, Emanzipation, Rebellion, Widerstand, Befreiung oder Revolte nenne mag, immer

zielen diese Begriffe auf Prozesse ab, die am, im und durch das Subjekt selbst stattfinden müssen. Genauso wenig, wie ein anderer für mich essen und trinken kann, genauso wenig ist, und hier müsste ich die Reihe der soeben genannten Begriffe wiederholen, (nennen wir es jetzt) politisches Handeln delegierbar. Es ist kein Zufall, dass in den dummen Trivialfilmen der große Held die anderen befreit. In Wirklichkeit kann es genau das nicht geben. Und alle, alle haben dies auch ausgesprochen. Von Marx zu Marcuse, von Castoriadis bis zu Negri/Hardt, trotz aller (oft gewaltigen Unterschiede): In diesem Punkt herrscht zu Recht Übereinstimmung. Castoriadis schreibt sinngemäß, dass repräsentative Demokratie glatter Widerspruch ist. Ebensowenig wie ich andere Dinge tun lassen kann, die ich selbst machen muss (Ich habe Essen und Trinken erwähnt, jedeR wird genug Phantasie besitzen, diese Liste endlos fortzusetzen.) kann Herrschaft (Demokratie, wörtlich: Herrschaft des demos) delegiert werden. Das "Sprechen im Namen der anderen" muss diese anderen zu bloßen Objekten herabwürdigen.

Repräsentationspolitik bedeutet immer und automatisch Politik einer Elite. Die Elite selbst hat kein Interesse, sich mit den Massen zu vermischen, sie fürchtet wie der Teufel das Weihwasser, in der Anonymität aufzugehen und darin zu versinken. Sie will Massen organisieren, aber nicht auf dieselbe Stufe der Anonymität herabsinken. Auch wenn Hunderttausende, wie beim Lichtermeer, demonstrieren, die Elite muss sichtbar bleiben. Ein wichtiges Moment für die Mobilisierung der Massen sind die Prominenten. Die Prominenten, die sich für das politische Projekt der Elite engagieren, müssen, ja sollen gar nicht aus dem engen Kreis der initiierenden Elite selbst stammen. Gleichzeitig sind Prominente auch der Schlüssel für die so notwendige mediale Aufmerksamkeit. Repräsentation kann nicht einfach im Akt einer Selbstzuschreibung gesetzt werden. Sie muss durch mediale Wahrnehmung bestätigt werden. Die sich engagierende Prominenz hebt im Grunde das eigene Engagement wieder auf. Je mehr symbolisches Kapital eine Person angehäuft hat, desto unwesentlicher ist es, was sie tatsächlich nun sagt. Bei Spitzenprominenten genügt oft schon eine belanglose Grußadresse, eine Beteuerung, man würde die gute Sache unterstützen. Die, ich spreche jetzt natürlich vorrangig von der linken, oppositionellen Politik der Repräsentation, bewegt sich also im Dreieck Elite/Prominente - Massen - Medien. Die Massen sind Staffage, Zahlen. Zahlen, die möglichst groß sein sollen. Die Elite plant, organisiert, konzipiert und leitet die politische Aktion, die Medien (in denen oft sympathisierende Teile der Elite arbeiten und die dadurch die Kampagne von innen her unterstützen können) sind das erste und vorrangige Ziel. Kommt man in den Medien gut durch, so erhofft man sich den gewünschten politischen Druck.

Schon allein durch diese Konstellation ist automatisch die politische Kontrolle über Ziel, Inhalt, Formulierungen und Methoden gegeben. Freilich kann die Multitude nicht lückenlos kontrolliert werden. Immer wieder fließen politische Inhalte und Formen von Politik ein, die die Elite ablehnen muss, da das "Durchkommen" bei den Medien das vorrangige Ziel ist. Da sich die Elite durch politische Klugheit auszeichnet, weiß sie zumeist, wann Distanzierung, wann Ignorieren und wann Integration angesagt ist. Solange sie die Sprechkompetenz nicht verliert, also solange sie als repräsentativ öffentlich wahrgenommen wird, solange kann sie über den Sand im Getriebe generös hinwegsehen. Eines muss die Elite freilich fürchten: Politische Formen, bei denen sie durch die wirkliche Selbsttätigkeit der Subjekte funktionslos wird. In diesem Falle ist es unmöglich, symbolische Kapital in und durch diese Kampagnen anzuhäufen; die Elite kann sich nicht bilden und wird funktionslos.

Marcus Gassner
Emanzipation als Maßstab für jegliche Organisation

Im folgenden Aufsatz sollen kritische Bemerkungen und Thesen zur Organisationsfrage beleuchtet werden. Im speziellen wird auf emanzipatorische Projekte der ArbeiterInnenklasse eingegangen, also die Gewerkschaften, die Sozialdemokratie und der Leninismus. Ziel des Artikels ist es, Überlegungen anzustellen, ob das Scheitern der diversen Projekte nicht in den Organisationsmodellen selbst schon angelegt war bzw. ist. Im Lichte der globalen Protestbewegung erscheint es opportun, solche Überlegungen zu tätigen.

Zu Beginn eines Aufsatzes über das Spannungsfeld Elite/Emanzipation stellt sich die Frage, wieso man auf bürgerliche Autoren wie G. Mosca und V. Pareto zurückgreift. Während dies bei R. Michels noch einigermaßen nachvollziehbar ist - er untersuchte die deutsche Sozialdemokratie unter dem Gesichtspunkt der Verbürokratisierung - liegt dies bei den "Italienern" nicht unbedingt auf der Hand. Mir ging es in den Überlegungen zu Elite /Organisation darum, aufzuzeigen, was auf bürgerlicher Seite an Arbeiten geleistet wurde. Natürlich könnte man hier einwenden, dass es den Autoren um die Delegitimation von Widerstand ging. Dem soll auch nichts entgegengestellt werden. - Allein der Antrieb sagt noch nichts über den Inhalt aus. Will man nach den fehlgeschlagenen Projekten die Frage der Organisation wieder neu diskutieren erscheint es zumindest mir als unumgänglich, auch diese Überlegungen mit einzubeziehen.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte G. Mosca im italienischen Turin seine elitetheoretischen Überlegungen. Ähnlich verhielt es sich mit den Überlegungen Vilfredo Paretos, der ebenfalls in seinen Arbeiten zur Position kam, dass jegliche Gesellschaft immer in zwei Klassen geteilt ist, eine die herrscht und eine die beherrscht wird. Bekanntlich ging es den Theoretikern des italienischen Faschismus hier nicht um eine emanzipatorisch - kritische Aufarbeitung, sondern viel mehr darum, wie man den italienischen Staat vor dem aufstrebenden Proletariat "retten" könne. Die Grundüberlegung hierbei war, dass die vermodernde Elite (gemeint sind hier die liberalen PolitikerInnen) dem Ansturm der ArbeiterInnenschaft keinen adäquaten Widerstand entgegensetzen würde.

"Pareto vertrat - konsequenter als Max Weber - die Auffassung, dass die Krise der liberalen Bourgeoisie und ihrer politischen Kultur nicht mehr durch diese selbst - gleichsam aus eigener Kraft - zu überwinden sei. Eine neue Elite müsse durch Gewalt eine neue Machtordnung - jenseits der Verfassungsordnung der liberalen Demokratie - etablieren, um in letzter Instanz die (individualistische) Wirtschaftsordnung des Privateigentums vor jedweder Form eines etatistischen oder sozialistischen Kollektivismus zu schützen."[1]

Als Soziologe war Pareto von der aufstrebenden ArbeiterInnenelite fasziniert und angewidert zugleich. Fasziniert, weil dies die aufstrebende Elite

der Zeit war.[2] Angewidert ist er vom politischen Inhalt, den diese aufstrebende Elite vertritt.

"Die Eliten sind nicht von Dauer. Welches auch immer die Gründe dafür sein mögen, sie verschwinden unbestreitbar nach einer gewissen Zeit. Die Geschichte ist ein Friedhof von Eliten."[3]

Pareto entwickelt hier ein Konzept von Klassenkämpfen, das geprägt ist von einer unendlichen Zahl von unterschiedlichen Interessensgruppen, die sich um die Macht streiten. Dieser Klassenkampf wird von der herrschenden Klasse natürlich geleugnet, da es ja im Interesse dieser liegt, dies zu verschleiern. Eine wesentliche Überlegung ist hier, dass es mehrere Eliten gibt. Es gibt einerseits die "ausgewählte Klasse" und die "nicht ausgewählte Klasse". Ähnlich wie bei Mosca findet auch bei Pareto eine Erneuerung der herrschenden Klasse statt, indem die dekadenten Mitglieder ausgesondert werden. Würde dies nicht geschehen, hätte die Gesellschaft ein zentrales Problem. Eine Anhäufung überlegener Elemente in den Unterklassen und umgekehrt dekadenter Elemente in den Oberklassen bildet, seiner Meinung nach, eine machtvolle Ursache zur Störung des gesellschaftlichen Gleichgewichts.

Laut Pareto müssen die überlegenen Elemente nicht aus den Unterklassen kommen. Vielfach ist genau das Gegenteil der Fall, dass sich Individuen aus bestehenden Eliten den "Unterklassen" anschlossen, oder diese für ihre Ziele benutzten. Pareto führte hier die RepräsentantInnen der Partido Socialista Italiano an. Er schloss aus der damaligen Realität, dass sich eine Gruppe der "Oberklasse" den SozialistInnen anschloss und unter der Führung bourgeoiser RenegatInnen wiederum zur Oberklasse drängte.

"Die heroischen Zeiten des Sozialismus sind vorüber: Die Rebellen von gestern sind zu Zufriedenen von heute (...) Wie es eine alte Weisheit ist, dass der Teufel, wenn er alt wird, sich in die Eremitage zurückzieht, so werden sie (die einstigen revolutionären Sozialisten) zu guten Verteidigern der bürgerlichen Züchtigkeit."[4]

Mit dieser Einschätzung lag Pareto nicht sehr weit von der Wirklichkeit weg, wie sich in den darauf folgenden Jahrzehnten zeigen sollte. Sowohl Pareto als auch Mosca unternahmen eine scharfe Trennung zwischen dem Liberalismus und der Demokratie. Die Ablehnung des Parlamentarismus beruhte hier auf der Grundlage, dass die hegemoniale Fähigkeit des Bürgertums in Permanenz abnahm, während die Arbeiterschaft mit ihren Organisationen aufstieg. Besonders der Parlamentarismus wurde von Pareto belächelt und von Mosca als anonyme Tyrannei der WahlsiegerInnen verworfen. Die Diskussion über den Parlamentarismus, die hier geführt wurde, ist nicht eine primär legitimatorische, d.h. es wurde nicht um die Legitimation von Herrschaft diskutiert, ob sie nun göttlich abgeleitet oder mittels Repräsentation hergestellt wird. Vielmehr ging es um die konkrete "Machtfrage", um es mit Lenin zu denken.

"Ausgehend von einer auf Machttrieb zielenden Elitetheorie, wonach die kombinatorischen und persistenten elitären Schichten das allgemeine Aggressivitätsreservoir bestimmen, wurde ein auf die auslösenden Faktoren revolutionärer Umbrüche gerichtetes Zirkulationsmodell entwickelt, wobei man die auf eine neue politisch-soziale Ordnung zielende Gewaltanwendung unterstrich, wenngleich sich circulation des elites auch evolutionär zu vollziehen vermochte, in der Art pseudolegaler Revolution, einer inneren Aushöhlung des Staates im Wege der doppelten Legalität.[5]

Ausgehend von der Hauptthese Moscas und Paretos, dass die Mehrheit immer von einer Minderheit beherrscht werde, versucht Robert Michels mittels Untersuchung genau jener Organisation, die ihren wesentlichen Lebenszweck in der Bekämpfung herrschender Verhältnisse sah, zu beweisen, dass es ein "ehernes Gesetz der Oligarchie" gibt.

Robert Michels

Der theoretische Ansatzpunkt der Analyse von Robert Michels liegt in der Diskrepanz von innerorganisatorischem Wertesystem und Willensbildung der sozialistischen Parteien. Dieser vorgefundenen Widerspruch wird von Michels mit der Hypothese erklärt, dass komplexe Organisationen aufgrund verschiedener Bedingungen demokratische Willensbildung zwangsläufig durch oligarchische Führung ersetzen. Die Analyse Michels beruht hier auf zwei zentralen Hypothesen, deren Einschränkungen überhaupt erst die Möglichkeit für weitergehende Untersuchungen des von ihm angeschnittenen Problems eröffnen.[6]

Die Frage des Aktionspotentials wurde bei Michels auf die konstante fachliche Inkompetenz reduziert. Bezüglich dieser ersten Hypothese gibt es den Einwand, dass sie unhistorisch sei, den Entwicklungsstand und die Herrschaftsverhältnisse außer Acht lasse. In der zweiten Hypothese geht Michels von einem technologischen Determinismus aus. In der Kürze zusammengefasst heißt dies, dass die innerorganisatorische Oligarchie als Funktion der Bürokratie wahrgenommen wird, die wiederum in einem Wechselverhältnis zur Größe und



Komplexität stehe. Gegen diese These wurde eingewandt, dass dies in dieser Form weder empirisch nachweisbar noch theoretisch zwingend sei. - Dem kann man nur zustimmen.

Können nun die beiden genannten Hypothesen zurückgewiesen werden, dann kann auch die zentrale These Michels, das eherne Gesetz der Oligarchie, nicht mehr aufrechterhalten werden. Eine Neuformulierung, die von einer mehr oder weniger starken Tendenz zur Oligarchisierung spricht, wäre so unumgänglich. Soviel nur als Vorbemerkung zu einem Problembereich, den Michels als *"abgeschlossen und nicht weiter diskutierbaren Tatbestand ansah"*.[7] Das Grundproblem von Demokratie und Masse stellt sich bei Michels wie folgt dar:

"Zumal in den großen Industriezentren, in denen die Arbeiterpartei bisweilen an die Hunderttausende von Mitgliedern zählt, ist es nicht mehr möglich, die Geschäfte dieses Riesenkörpers ohne ein System der Vertretung zu besorgen. Das sozialdemokratische Großberlin (...) zählt über 90.000 organisierte Mitglieder. Es liegt auf der Hand, dass es ein Ding der Unmöglichkeit ist, eine derartig riesenhafte, einer Einheitsorganisation angehörige Menschenmasse als Basis direkter Beschlussfassung praktisch anzuwenden."[8]

Michels versuchte die oligarchischen Tendenzen innerhalb der sozialistischen Parteien aufzuzeigen, insofern er in diesen Organisationen das tauglichste Beobachtungsfeld sah. Der Grund für diese Wahl liegt im Umstand, dass diese Parteien entgegen konservativen und liberalen *"ihre Entstehung und ihre Willensrichtung nach die Negation dieser [oligarchischen] Tendenzen darstellen"*.[9]

In seiner Untersuchung der deutschen Sozialdemokratie erarbeitete Michels die Hypothese des technologischen Determinismus aus. Zu diesem gesellen sich aber auch noch verstärkend psychologische Ursachen für die Oligarchisierung. Hier benennt er die hinsichtlich August Bebels entgegengebrachte Verehrung, die er als "genuinen Gehorsamswillen" der ArbeiterInnenschaft qualifizierte.

"Die Massen stehen zu ihrem Führer häufig in dem Verhältnis jenes Bildhauers im griechischen Altertum, welcher nachdem er einen Jupiter Donnergott modelliert hatte, vor seinem Machwerk auf die Knie fiel, um es anzubeten."[10]

Für Michels gab es aber nicht nur diesen Autoritätsglauben der Massen, sondern auch die Unterlassungssünde der ParteiführerInnen, die sehr wohl ein Interesse an der Aufrechterhaltung der persönlichen Unentbehrlichkeit hatten. Michels beschreibt das Parteileben, welches von den Führern mittlerweile mittels parlamentarischer Routine perfektioniert ablief, folgend:

"In der Kunst der Versammlungsleitung, der Anwendung und Auslegung der Geschäftsordnung, der Einbringung von opportunen Resolutionen, in den Kniffen, wichtige strittige Punkte aus der Diskussion auszuschalten oder auch eine ihnen gegnerisch gesinnte Majorität zu einer ihnen günstig lautenden Abstimmung zu veranlassen (...), sind sie Meister."[11]

Kurz, es sind nicht nur die Massen, die ihren Autoritätsglauben ausleben, sondern ebenso die FührerInnen, die Gehorsam verlangen. Eine Erklärung für die Entstehung von Oligarchien sieht Michels einerseits in einer Umgestaltung des Seelenlebens, welche einzelne Persönlichkeiten dieser Bewegung im Lauf der Entwicklung durchleben, andererseits aber auch in der Psychologie der Organisation selbst, diese Notwendigkeit taktischer und mechanischer Natur, die aus dem Wachstum einer Organisation erwachsen. Schließlich kommt er zum Schluss, dass die Massen unter Aufbietung all ihrer Kräfte, ihre Herren wechseln - *"ein bescheidener Erfolg."*[12] Hier sieht man schon, dass auch bei Michels Theorie nicht die Mehrheit eine Minderheitenherrschaft abstreift, sondern sich nur die Eliten ändern.

"Selbst wenn es der Unzufriedenheit der Massen einmal gelingen sollte, die herrschende Klasse ihrer Macht zu berauben",[13]

bildet sich im Schoss der Bewegung selbst eine neue organisierte Minderheit. Neben diesem Gesetz der ehernen Oligarchie besitzt die herrschende politische Klasse ein ausgeprägtes Gefühl für die Möglichkeiten und Wege der Selbstverteidigung. *"Sie entwickelt eine gewaltige Anziehungskraft und*

Fähigkeit der Absorption, die auch ihren erbittertsten und konsequentesten Gegnern gegenüber auf die Dauer nur selten versagt."[14] Michels will hier nachweisen, dass Demokratie als Prinzip der Willensbildung in einer Massenorganisation unmöglich sei, dass also die Durchsetzung einer Parteielite, eine notwendige Erscheinung darstellt. Da jederzeit mit der Herrschaft eines etablierten FührerInnentums gerechnet werden muss, lautet für Michels die Frage auch nicht:

"Wie ist die Idealdemokratie zu errichten, sondern vielmehr so: welcher Grad und welches Maß von Demokratie ist a) an sich möglich, b) im Augenblick durchführbar und c) wünschenswert?"[15]

Auch schon Marx beschäftigte sich mit der Frage der Bürokratie. Als soziale Voraussetzung für das Entstehen eines Teils einer Klasse oder Schicht, sich von dieser abzusondern und in einen Interessengegensatz zur Mehrheit zu gelangen, sah er in der Arbeitsteilung. Die höchste Form der Arbeitsteilung, jener zwischen Hand- und Kopfarbeit, schafft die Voraussetzung, dass sich auch innerhalb einer Klasse Schichten differenzieren und miteinander in Widerspruch geraten. In der Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie erarbeitet er in der Folge ein Verständnis von Bürokratie[16]. Die Legitimationsbasis der Bürokratie ist die Aufrechterhaltung des Status quo, die per definitionem konservativ sein muss. Wenn man diesen Gedanken auf die ArbeiterInnenbewegung weiterdenkt, so ergibt sich, dass die Eigendynamik der Bürokratie (Eliten) sie in zunehmendem Maße Organisation und Klasse, in verschärfter Form sogar Apparat und Klasse gleichsetzen ließ. Darin mußte sich naturgemäß der Widerspruch zwischen den Interessen des Apparates und der spontanen Massenbewegung niederschlagen. - Jeder größere unkontrollierte Streik stellte die Bürokratie vor ein doppeltes Problem. Zum einen nützt jede Demonstration der Stärke der ArbeiterInnenklasse, ihre eigene Position gegenüber dem Gegner als starken Verhandlungspartner zu zeigen. Gleichzeitig beinhaltet eine spontane Eruption, dass die "Forderungen" der Bürokratie von den Massen "überholt" werden können, dass die Eliten der Arbeiterbewegung nicht mehr als Verhandlungspartner akzeptiert werden, weil sie die Bewegung nicht kontrollieren. Ernest Mandel nannte noch ein weiteres Phänomen, das zum tragen komme, die "Dialektik der partiellen Errungenschaften". Diese geht davon aus, dass alles Errungene auch verteidigt werden muss und die Offensive eine Gefahr des Totalverlustes in sich birgt.[17]

Abschließend kann also festgehalten werden, dass komplexe Organisationen interne bürokratische Strukturen schaffen, die in Verbindung mit hauptamtlicher Tätigkeit und arbeitsteiliger Spezialisierung zu Weisungsbefugnissen gegenüber Untergebenen führt. Für das Verhältnis von gewählten VertreterInnen und Parteimitgliedschaft hat dies zur Folge, dass die Führungsspitze beträchtlich gestärkt wird. Sie kann potentielle Machtbasen organisierter Opposition kontrollieren und hat das Kommunkationsnetz in der Hand. Dies führt dazu, dass selbst eine weit verbreitete Unzufriedenheit mit der Führung sich nur in Kleingruppen artikulieren kann.

Ein weiterer Faktor der oligarchische Tendenzen produziert, ist die Statusdiskrepanz von Führung und Basis. Erstere entwickeln ein starkes Interesse, ihre Positionen zu erhalten, um einen sozialen Abstieg zu verhindern. Die organisationspolitische Apathie (Inkompetenz der einfachen Mitglieder) stellt schließlich einen weiteren Faktor dar. Im Gegensatz zum hauptamtlichen Funktionsträger hat das einfache Mitglied eine Vielzahl von sozialen Verpflichtungen, die es in der Freizeit wahrnimmt. Die politische Aktivität ist also immer nur ein Bereich der Betätigung. Für den Berufspolitiker jedoch steht die meiste Zeit des Tages zur Betätigung zur Verfügung.

Der Leninismus

Vladimir Iljitsch Lenin erarbeitete in "Was tun?"[18] einige zentrale Thesen, die den Marxismus nicht unwesentlich beeinflussten. Am wichtigsten erscheint mir die Frage des Bewusstseins.

"Das politische Bewusstsein kann dem Arbeiter nur von außen gebracht werden, das heißt aus einem Bereich außerhalb des ökonomischen Kampfes, außerhalb der Sphäre der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern."[19]

Mit dieser Überlegung griff Lenin die marxsche Problematik "von der Klasse an sich zur Klasse für sich auf". Unter der Bedingungen der Illegalität erarbeitete er in der Folge ein Organisationsmodell aus, das diesem Anspruch gerecht werden sollte. Die "Partei neuen Typs", sollte mit BerufsrevolutionärInnen ausgestattet, das kleine russische Proletariat organisieren und anführen.

Interessant ist hier, dass man weder bei Lenin noch seinen Anhängern eine Auseinandersetzung mit der Problematik von Parteieliten findet. Während bei Marx noch in den Feuerbach Aphorismen nachzulesen war, dass die Menschen Produkte der Umstände und der Erziehung sind, veränderte Menschen also Produkte anderer Umstände sind, findet bei dieser "revolutionären Organisation" keine Selbstreflexion mehr statt. Lukacs

schreibt hierzu: *"Die Menschen machen ihre Partei selbst,..."*[20] Dies verkennt, dass es auch in einer Partei ein Oben und ein Unten gibt. Die Selektionsmechanismen sind vielfältig und oft auf den ersten Blick nicht erkennbar. Es findet nicht eine Auswahl der Klügsten und Besten statt, sondern vielmehr werden die Unerwünschten abgedrängt.

1904 schrieb Trotzki in Bezug auf Lenins "Was tun?", dass eine Theorie, die darauf abzielt, die Ausführung der wichtigsten Aufgaben der Revolution vom Proletariat auf die Partei zu übertragen, darauf hinausläuft, dass die Partei durch das Zentralkomitee, das Zentralkomitee durch das Polbüro und das Polbüro durch den Generalsekretär ersetzt wird. Dies wäre schließlich die Ersetzung des revolutionären Subjekts durch eine einzige Person. - Dies ist der Leninismus in der Organisationsfrage, auch wenn Trotzki diese Einsicht später wieder verwarf.

Man kann nicht bestreiten, dass die Oktoberrevolution in einem rückständigen Land stattfand, in welchem BäuerInnen die Bevölkerungsmehrheit ausmachten. Es ist auch unbestreitbar, dass sie ohne internationalen Rückhalt blieb, und dass in der jungen Sowjetunion der Bürgerkrieg wütete. Diese Faktoren erklären aber nicht das spezifische Scheitern der Russischen Revolution. Genauso wie nach der Pariser Kommune, der deutschen Revolution oder der Bayrische Räterepublik hätte es zu einer Restauration des Kapitalismus kommen können. Es interessiert uns hier also das spezifische Scheitern der Russischen Revolution und hier im speziellen die Funktion der bolschewistischen Partei. - Dies, weil die Tragweite der Niederlage unendlich größer ist als Francos Sieg in Spanien oder Pinochets Sieg in Chile. Trotzkis Geschichte der Russischen Revolution stellt eine hervorragende Lektüre dar, da sie die ganzen Widersprüchlichkeiten aufzeigt. Auch wenn dies nicht die Intention des Autors war, so veranschaulicht sie uns doch das Ausmaß des Scheiterns der Partei neuen Typs.

"Die Menschen machen eine Revolution wie auch einen Krieg nicht gern. Der Unterschied jedoch ist, dass im Krieg die entscheidende Rolle der Zwang spielt; in der Revolution gibt es keinen Zwang, sieht man vom Zwang der Verhältnisse ab. Eine Revolution geschieht dann, wenn kein anderer Weg übrig bleibt. Der Aufstand der sich über die Revolution erhebt wie ein Gipfel in der Bergkette, kann ebenso wenig willkürlich hervorgerufen werden wie die Revolution in ihrer Gesamtheit. Die Massen vollziehen wiederholte Angriffe und Rückzüge, ehe sie sich zum entscheidenden Sturm entschließen."[21]

Trotzki zitiert Mstislawski, den Führer des linken Flügels der Sozialrevolutionäre, der später zu den Bolschewiki überging: "Die Revolution hat uns, damalige Parteileute, wie die törichten Jungfrauen des Evangeliums schlafend überrascht." Die Sowjets blieben hinter den Betriebskomitees zurück, die Betriebskomitees hinter den Massen und hinter all diesem fand man dann die Partei. Allein dieser Umstand würde schon genügen, den Mythos von den Bolschewiki als revolutionäre Avantgarde der Arbeiterklasse zu zerstören. - Doch schauen wir uns die Sache genau an.

In den Julitagen des Jahres 1917 hatte die Dynamik der Massen einen neuen Höhepunkt erreicht. Fünf Monate nach Beginn der Februarrevolution und drei Monate vor der Oktoberrevolution führten die Massen sich selbst. Der Partei blieb im Juli nichts anderes übrig, als den Massen zu folgen. Trotzki selbst schrieb über die Ereignisse des 3./4. Juli:

"Die Diskussionen drehten sich nicht um die Frage, ob man zur Machtergreifung aufrufen solle oder nicht, wie später die Gegner behaupteten, sondern darum, ob man versuchen müsse die Demonstration zu liquidieren, oder aber sich am nächsten Morgen an ihre Spitze stellen soll."[22]

Es kann also keine Rede mehr von organisieren und beeinflussen der Massen sein. Bestenfalls war die Partei noch Sprachrohr der Revolution, und auch dies ist für diese Tage fraglich. Von April bis Oktober führte Lenin einen erbitterten Kampf gegen die regulären Parteigremien, um den Kontakt mit den Massen nicht vollkommen zu verlieren. Er arbeitete an allen Parteigremien vorbei und schaltete das Zentralkomitee im Wesentlichen aus. Die Partei, dieser zentralistisch und hierarchisch aufgebaute Apparat, geschaffen um die Bewegung zu dirigieren und zu stärken, war paralysiert, bestenfalls ein Spiegelbild, oft sogar ein Hindernis auf dem Weg der Revolution. Lenin geriet immer mehr in Widerspruch zu den von im selbst entwickelten Richtlinien des demokratischen Zentralismus. Sein Agieren jenseits der offiziellen Parteistrukturen kommentierte Trotzki als offenen Aufruf zur Auflehnung gegen das Zentralkomitee. Jedoch auch Trotzki zeigt hier, dass er unfähig ist, aus den Beobachtungen die richtigen Schlüsse zu ziehen. Anstatt die These von der Notwendigkeit der "Partei neuen Typs" über Bord zu werfen, versucht er, die Widersprüche zu verschleiern.

"Tugan-Baranowski hat Recht, wenn er sagt, die Februarrevolution hätten die Arbeiter und Bauern vollbracht, die letzteren in der Person des Soldaten. Es bleibt aber die große Frage bestehen, wer hat den Umsturz geleitet? Wer hat die Arbeiter auf die Beine gebracht? Wer die Soldaten auf die Straße geführt?

Nach dem Siege wurden diese Fragen Gegenstand von Parteikämpfen. Am einfachsten suchte man sie durch eine Universalformel zu lösen: keiner hat die Revolution geleitet, sie vollzog sich von selbst."[23]

Trotzki erfasst das Problem, antwortet auch richtig, kann aber die Konsequenz dieser Antwort nicht akzeptieren. Georg Lukacs versucht das beschriebene Problem elegant zu lösen. Im Essay über den Zusammenhang der Leninschen Gedanken schreibt er:

"Die revolutionäre Situation selbst kann natürlich nicht ein Produkt der Tätigkeit der Partei sein Es ist ihre Aufgabe, vorauszusehen, welche Richtung die Entwicklung der objektiven, ökonomischen Kräfte einnimmt, worin die den so entstehenden Lagen angemessene Verhaltensweise der Arbeiterschaft besteht."[24]

Das konkrete Versagen in einer Situation wird hier nach außen verlagert. Es wird festgestellt, dass die Partei die Situation nicht erzeugen kann. Dies hat ja aber auch niemand behauptet. Das Versagen in den Julitagen bleibt aber bestehen, weil die "Avantgarde" in dieser Zeit auch nicht fähig war, die Richtung der Entwicklung zu verstehen. Jede historische Situation mobilisiert die ihr adäquaten Menschen; die Revolution wie die Konterrevolution. Weil die bolschewistische Partei mit ihren Führern nicht mit der Entwicklung der Massen Schritt hielt, waren sie eben auch keine passenden Führer der Revolution. Stalin und Kamejew gehörten zur Spitze der Partei. Wenn das Versagen der Partei jedoch von Lenins Anwesenheit oder Abwesenheit abhing, dann heißt das ja in letzter Instanz, dass Lenin die Partei war - dann war sie überflüssig. Und wenn dies so war, so trifft Trotzkis Einschätzung (Klasse-Partei-Zentralkomitee-Sekretär) nicht nur für die stalinistische Degeneration zu, sondern auch für die Partei unter Lenin. Überspitzt formuliert, wäre Stalin dann nicht ein Apologet, sondern die genuine Fortführung des leninschen Konzepts.

Die Partei, während den Juli-Ereignissen unfähig zur Revolution, war jedoch fähig genug, gleich nach Ende der Revolution, andere, nicht weniger eindrucksvolle Aufgaben, zu übernehmen. Alle kritischen Einwände, die es zu Beginn des Jahrhunderts in der Diskussion um die Organisation gab, wurden nun Wirklichkeit. Rosa Luxemburgs Antwort auf "Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück" lesen sich geradezu prophetisch, wenn sie dem Ultrazentralismus von Lenin keinerlei Schöpferischen, dafür aber einen Nachtwächtergeist konstatiert.

"Die Disziplin, die Lenin meint, wird dem Proletariat keineswegs bloß durch die Fabrik, sondern durch die Kaserne, auch durch den modernen Bürokratismus, kurz - durch den Gesamtmechanismus des zentralisierten bürgerlichen Staates eingeprägt. Doch ist es nichts als eine missbräuchliche Anwendung des Schlagsworts, wenn man gleichzeitig als Disziplin zwei so entgegengesetzte Begriffe bezeichnet, wie die Willen- und Gedankenlosigkeit einer vielbeinigen und vielarmigen Fleischmasse, die nach dem Taktstock mechanische Bewegungen ausführt, und freiwillige Koordinierungen von bewussten politischen Handlungen einer gesellschaftlichen Schicht; wie den Kadavergehorsam einer beherrschenden Klasse und die organisierte Rebellion einer um die Befreiung ringenden Klasse."[25]

Rosa Luxemburg bringt es hier auf den Punkt. - Emanzipation kann nicht "diszipliniert", nach dem Taktstock vollbracht werden, weil sie die bewusste, kreative Handlung von Individuen in einem Kollektiv darstellt.








Organisation und Emanzipation

Es gibt keine Aktionen einzelner. Aktionen die die Gesellschaft transformieren sollen, können nur durch ein sich ständig vergrößerndes Kollektiv geführt werden. Dies setzt ohne Zweifel eine Organisation voraus. Es geht in den Überlegungen zu Elite und Emanzipation also nicht um das abstrakte Ablehnen von Organisation schlechthin. Was zur Diskussion steht, ist die Notwendigkeit einer revolutionären Führung, die Partei. Eine Analyse der Gewerkschaften zeigt, dass nicht etwa deren Führungen versagen, Fehler gemacht oder etwa Verrat begangen haben, sondern es zeigt sich, dass sie Teil des Systems der Ausbeutung sind. Sie integrieren aufstrebende Elemente aus der Klasse in das System. Die existierenden Gruppen, hier im besonderen die trotzkistischen[26] sehen in den unterdrükkten Elementen nur eine Masse, die geführt werden muss. Diese Einstellung zwischen Partei und ArbeiterInnen herrscht auch innerhalb der Organisationen, zwischen dem Führungsapparat und der Basis.

Diese Spaltung zwischen FührerInnen und Geführten ist Norm. Diese Kritik am Bolschewismus ist also weder psychologischer noch moralischer Natur, sondern soziologischer Art. Sie richtet sich nicht gegen Personen, sondern gegen ein Organisationskonzept, das umso auffälliger ist, da sich der bürokratische Charakter nicht unmittelbar durch die Bedingungen der Ausbeutung bestimmt. Hauptargument des Leninismus ist es, dass das Subjekt nur zu einem tradeunionistischem Bewusstsein fähig ist. Um nicht der herrschenden Ideologie zu verfallen, ist es notwendig, es politisch zu schulen. Politik ist jedoch nicht lehrbar[27] sondern muss vielmehr aus der konkreten Lebens- und Verhaltensweise entwickelt werden. Diese Auffassung führt zu einer völlig neuen Vorstellung von der Tätigkeit eines Militanten. Es kann nicht mehr darum gehen, als "Volkstribun" jede Gelegenheit zu nutzen, die sozialistischen Forderungen zu erläutern. Der /die politische AktivistIn ist somit nicht mehr "FührerIn", sondern emanzipatorisches Element in einem Prozess. Im Staatssozialismus wurde die Partei nicht durch schlechte organisatorische Richtlinien pervertiert, sondern die Partei (neuen Typs, mit ihrem Führungsanspruch) verhindert mit ihrer reinen Existenz eine emanzipatorische Demokratie. Georg Lukacs beschreibt in *Geschichte und Klassenbewusstsein* den Grundwiderspruch des Bolschewismus mehr als deutlich:

"Das bewusste Wollen des Reiches der Freiheit kann also nur das bewusste Tun jener Schritte bedeuten, die diesem tatsächlich entgegenführen. Und in der Einsicht, dass individuelle Freiheit in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft nur ein korruptes und korrumpierendes, weil auf die Unfreiheit der anderen unsolidarisch basiertes Privileg sein kann, bedeutet es gerade: den Verzicht auf individuelle Freiheit. Es bedeutet das bewusste Sich-unterordnen jenem Gesamtwillen, der die wirkliche Freiheit wirklich ins Leben zu rufen bestimmt ist..."[28]

In diesen Worten Lukacs erkennt man unschwer einen jüdisch-christlichen Entsagungs- und Aufopferugsgeist. Emanzipation wird auf ein Endziel reduziert. Genau so kann aber Emanzipation nicht funktionieren. Eine Bewegung, die auf der Arbeitsteilung von Kopf- und Handarbeit beruht, wird auch wieder nur eine Gesellschaft hervorbringen, die auf Arbeitsteilung basiert. Alles andere zu glauben, würde bestenfalls Dummheit voraussetzen, schlimmstenfalls wäre es einfach nur reaktionär. - Ein Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft bedeutet gleichzeitig ein Kampf gegen die Organisationen, gegen die TrägerInnen der Unterdrückung in der Bewegung selbst. Verzicht auf individuelle Freiheit bringt niemals ein mehr an Freiheit, auch wenn dies noch so "dialektisch" erklärt wird.

Noch deutlicher tritt das Bild von Emanzipation bei Lukacs in der Frage Partei und Parteimitgliedschaft auf. Einzelne Parteimitglieder können sich irren, die Partei aber nie. Hier stellt Lukacs den Gesamtwillen der Partei dem isolierten Individuum entgegen, anstatt eine Ungleichzeitigkeit von Klassenbewusstsein anzunehmen. Folglich fehlt jede Möglichkeit zur kollektiven Meinungsbildung und die Durchsetzung alternativer Politik wird verunmöglicht. -

Dies ist der Gegensatz zu der Überlegung, wie den das "Reich der Freiheit" antizipatorisch sowohl in den Kämpfen als auch in den Organisationsformen vorwegzunehmen sei. Die kritische Ausformung einer politischen Position wird zugunsten der Unterdrückung konkreter Erfahrungen aufgegeben, und damit auch die Funktion einer politischen Führung. Nicht die kontinuierliche Anhäufung und Koordinierung von Erfahrungen und deren Umsetzung bestimmen die Analyse und Handlungsanleitung, sondern die vorgegebene, abstrakte "Totalität" in den Köpfen der Führung.

Anmerkungen:

1 Frank Deppe, Politisches Denken im 20. Jahrhundert, Die Anfänge, VSA Verlag Hamburg 1999, S. 182
2 "der Sozialismus stellt heute die neue Elite" V. Pareto, Les Systemes Socilistes, Oeuvres Completes, Band 5, zitiert nach F. Deppe, S. 193
3 V. Pareto, zitiert nach G. Lambertz, S. 35
4 V. Pareto, zitiert nach, Wilfried Röhrich, S. 89
5 Wilfried Röhrich, S.171
6 vgl. hierzu auch Frieder Naschold, Organisation und Demokratie, S. 12 ff
7 ebd., S. 13
8 R. Michels, zitiert nach G. Lambertz, S. 41
9 R. Michels, zitiert nach Wilfried Röhrich, S.66
10 R. Michels, ebd., S. 59
11 R. Michels, zitiert nach W. Röhrich, S. 60
12 R. Michels, ebd., S.102
13 R. Michels, ebd., S. 76
14 R. Michels, ebd., S. 80
15 R. Michels, ebd., S. 70
16 Die Überlegungen zur Bürokratie bei Marx verstehen sich als Gedanken zur Staatsbürokratie. Dennoch erscheint es sinnvoll, einige Gedanken auch auf andere Felder der Gesellschaft zu übertragen.
17 Diese Überlegungen haben eine besondere Berechtigung, wenn man sich das Agieren der ArbeiterInneneliten in der Auseinandersetzung mit dem Faschismus genauer betrachtet. Aber auch in Sozialpartnerschaftlichen Strukturen weichen die VerhandlerInnen immer wieder zurück, um nicht "Gefahr" zu laufen, "alles" auf Spiel zu setzen.
18 Und auch in "Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück" (1904)
19 LW, Bd.5, S. 436
20 G.Lukacs, Lenin, Luchterhand, 1969, S. 35
21 Leo Trotzki, Geschichte der Russischen Revolution, Bd. 2.2, S. 831, Fischer 1982
22 ebd., S. 429

23 Leo Trotzki, Geschichte der Russischen Revolution, Bd. 1, S. 129
24 Georg Lukacs, Lenin, Luchterhand, 1969
25 R. Luxemburg, Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie
26 Auf die maoistischen, castristischen, hodscheristischen wird nicht eingegangen, da sich diese Gruppen entweder in der Vergangenheit oder in der Gegenwart an staatssozialistischen Konzepten orientieren. Sie sind in der einen oder anderen Form Anhängsel einer Bürokratie und identifizieren gesellschaftliche Emanzipation mit Elitenaustausch. Wohl gibt es auch innerhalb des Trotzkismus Tendenzen, die die Emanzipation auf den Elitentausch reduzieren, der wesentliche Unterschied zwischen den Strömungen liegt jedoch darin, dass letztere das "Glück" hatten, keinen Staat, kein "Vaterland der Werktätigen" zu besitzen.
27 Im abstrakten Sinne
28 Georg Lukacs, Geschichte und Klassenbewusstsein, S. 318

Literaturverzeichnis:

Frank Deppe, Politisches Denken im 20. Jahrhundert, Die Anfänge, VSA Verlag Hamburg 1999
Günther Lambertz, Demokratie oder Eliteherrschaft, La Fleur Verlag, 1984
Wilfried Röhrich, Robert Michels, Duncker & Humblot, 1972
Frieder Naschold, Organisation und Demokratie, Kohlhammer, 1972
Georg Lukacs, Lenin, Luchterhand, 1969
Leo Trotzki, Geschichte der Russischen Revolution, Bd. 2.2, Fischer 1982
Georg Lukacs, Geschichte und Klassenbewusstsein, Red Star Press, 1997
Daniel Cohn-Bendit, Linksradikalismus, Rowohlt, 1968
Lenin Werke, Dietz Verlag, Berlin, 1955

Martin Birkner und Käthe Knittler Ehekrise. Zur Geschichte feministischer Marxkritik

"Net alles, was an Wert hat, muaß a an Preis ham, owa mach des amoi wem kloa."
(Wolfgang Ambros)

Vorbemerkung: Der folgende Text versteht sich als historische Hinleitung zur Thematik der Relation zwischen der (vorwiegend weiblichen) Haus- und Reproduktionsarbeit und der (vorwiegend männlichen) Lohnarbeit in der Marxschen Theorie. In der nächsten Ausgabe der **grundrisse** wollen wir uns theoretisch mit der (Un)Möglichkeit der Symbiose/Synthese/Integration der beiden "Arbeiten" auseinandersetzen und, wenn möglich, politische Konsequenzen daraus ziehen.

Die Beschäftigung mit dem Verhältnis von Hausarbeit und Lohnarbeit in der Marxschen Theorie war und ist den Konjunkturen von Frauen- bzw. ArbeiterInnenbewegung unterworfen. Schon im Rahmen der ersten Frauenbewegung, und hier vor allem in der Auseinandersetzung des "proletarischen" mit dem "bürgerlichen" Flügels, zentrierte sich die Diskussion um Wertigkeit und Kritik der Hausarbeit. Allerdings setzte sich kaum eine der Theoretikerinnen der ersten Frauenbewegung mit der Marxschen Werttheorie auseinander. Dies änderte sich erst mit der sogenannten *neuen Frauenbewegung:* Zahlreiche Autorinnen gelangten meist über die vollends berechtigte Kritik an der politischen Praxis marxistischer Organisationen zur Kritik der Marxschen Theorie an sich. Hierbei spielte die Kritik an der (vermeintlichen?) Vernachlässigung der Haus- und Reproduktionsarbeit eine zentrale Rolle. Fragen nach dem Verhältnis von Gebrauchs- und Tauschwert, nach jenem von Haus- und Lohnarbeit, Klasse und Geschlecht bildeten Brennpunkte der Diskussion über die **"unglückliche Ehe von Marxismus und Feminismus"** (Heidi Hartmann).[1] Mit der Zurückdrängung des politischen wie des akademischen Marxismus in den achtziger Jahren, mit der Hegemonie "postmoderner" feministischer Theorien, die eine Auseinandersetzung mit Marx/ismus nicht für notwendig hielten und halten, und schließlich mit der kapitalistischen Offensive nach 1989 schien die Fragestellung endgültig obsolet. Gerade deshalb scheint es um so wichtiger, sich auf historische Spurensuche zu begeben, denn leider sind weder Frauenunterdrückung noch Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse obsolet geworden. Um genau jenes Ziel eben **nicht** aus den Augen zu verlieren, gilt es, vor dem historischen Hintergrund einer Auseinandersetzung, erneut die Fäden aufzugreifen, weiterzuspinnen und für kommende Auseinandersetzungen produktiv zu machen.

Arbeit ist alles, was bezahlt wird. Alles, was kein Preisschild trägt, ist wertlos. Soviel zum gegen-

wärtig vorherrschenden ökonomischen Verständnis von Arbeit. Was sagen Marx und Engels dazu? Wertlos, dem würden sie zustimmen, aber das hängt mit ihrer sehr spezifischen Definition von Wert zusammen; dazu aber später.

Was sagen Marx & Engels?

Wie und ob Marx und Engels auf Fragen der Hausarbeit und Frauenunterdrückung eingehen, hängt sehr davon ab, welche Schriften mensch heranzieht: in den gesellschaftspolitischen Texten wie etwa Engels´ *Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats* oder in der **Deutschen Ideologie** oder aber in ihren ökonomischen Schriften. So finden sich in der **Deutschen Ideologie** Stellen wie die folgende:*"Mit der Teilung der Arbeit, in welcher alle diese Widersprüche gegeben sind und welche ihrerseits wieder auf der naturwüchsigen Teilung der Arbeit in der Familie beruht, ist zu gleicher Zeit auch die Verteilung, und zwar die ungleiche, sowohl quantitativer wie qualitativer Verteilung der Arbeit und ihrer Produkte gegeben, also das Eigentum, das in der Familie, wo die Frau und die Kinder Sklaven des Mannes sind, schon seinen Keim, seine erste Form hat."* [2] Im *Kapital* hingegen sucht mensch lange, um Stellen zu entdecken, die auf Hausarbeit Bezug nehmen. Die Lohnarbeit, ihre Entstehung und Form steht im Zentrum der Betrachtung. Hausarbeit wird nicht als eine Grundlage des kapitalistischen Wirtschaftssystems gesehen und daher auch nicht näher untersucht; wenn sie vorkommt, dann nur in ihrer Bedeutung zur Reproduktion der Arbeitskraft und in der Folge zur Bestimmung des Werts der Ware Arbeitskraft selbst: *"Diese eigentümliche Ware, die Arbeitskraft, ist nun näher zu betrachten. Gleich allen anderen Waren besitzt sie einen Wert. Wie ist dieser bestimmt? Der Wert der Arbeitskraft, gleich dem jeder anderen Ware, ist bestimmt durch die zur Produktion, also auch Reproduktion, dieses spezifischen Artikels notwendige Arbeitszeit. ... Die zur Produktion der Arbeitskraft notwendige Arbeitszeit löst sich also auf in die zur Produktion dieser Lebensmittel notwendige Arbeitszeit, oder der Wert der Arbeitskraft ist der Wert der zur Erhaltung ihres Besitzers notwendigen Lebensmitteln."*[3] Die Lebensmittel müssen aber nicht nur für den Erhalt des/der einzelnen ArbeiterIn ausreichen, sondern: *"Um nun diese Bestandteile [Arbeitskräfte] tatsächlich als Kapital fungieren zu lassen, bedarf die Kapitalistenklasse eines Zuschusses von Arbeit. Soll nicht die Ausbeutung der schon beschäftigten Arbeiter extensiv oder intensiv wachsen, so müssen zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt werden. Dafür hat der Mechanismus der kapitalistischen Produktion ebenfalls schon gesorgt, indem er die Arbeiterklasse reproduziert als vom Arbeitslohn abhängige Klasse, deren gewöhnlicher Lohn hinreicht, nicht nur ihre Erhaltung zu sichern, sondern auch ihre Vermehrung."*[4]

Der Wert der Arbeitskraft entspricht also dem Gegenwert an Arbeitszeit, welche gesellschaftlich durchschnittlich notwendig ist, um Lebensmittel, Heizung und Wohnung, also die Reproduktion der Ware Arbeitskraft sicherzustellen. Damit ist aber nicht gemeint, dass der prototypische Arbeiter ein so hohes Gehalt bekommt, dass es ihm ermöglicht, seiner Frau ihre "Gratisarbeit" zu bezahlen, sondern nur, dass es ausreichen muss, diese Lebensgrundlagen auch für sie und ihre Kinder finanzieren zu können.[5] Es entspricht also einem "Ernährerlohn". An einer anderen Stelle beschreiben Marx und Engels den Konsumtionsvorgang durch "den Arbeiter" wie folgt: *"In diesem Fall setzt es sich Lebensmittel zu, um seine Arbeitskraft im Gang zu halten, wie der Dampfmaschine Kohle und Wasser, dem Rad Öl zugesetzt wird."*[6] Tja, das ist ja vielleicht eine schöne Idee, dass das alles so einfach ist mit dem Erhalt der menschlichen Arbeitskraft. In der Realität sind aber Stunden um Stunden von Arbeit dafür notwendig (siehe Kasten). Mensch stelle sich nur jenes Bild vor: Der Vater kommt mit seinem Lohn nach Hause und legt Frau und Kindern Münzen und Scheine auf die Teller (die übrigens nicht von ihm hergerichtet wurden) und wünscht allen einen guten Appetit. Fraglich wer davon satt wird. Die viel zitierten Lebensmittel müssen erst einmal eingekauft, geputzt, geschält und zubereitet, und damit es so richtig schmeckt, "mit einem Lächeln auf den Lippen" serviert werden. All das geschieht "wie nebenbei", unbemerkt und selbstverständlich aus Liebe. Bemerkt wird es vor allem dann, wenn es nicht geschieht. Trotzdem ist es so, dass die Hausarbeit oft nicht wirklich als Arbeit wahrgenommen wird. Wenn zum Beispiel die Mutter vom Einkaufen nach Hause kommt, ist es wahrscheinlich noch selten vorgekommen, dass das Kind ruft: "Papa, die Mama ist von der Arbeit zu-





rück." Um so verwunderlicher ist es, dass gerade der Mann derjenige ist, dem die Bezeichnung "Ernährer der Familie" zufällt. Warum es alleine der Mann sein soll, der die Familie ernährt, wo doch seit "jeher" der Frau als ihre ureigenste Aufgabe auf den Leib geschrieben wurde, für Kochen, Säugen und Verpflegung aller Art verantwortlich zu sein, ist bei genauerer Betrachtung der Verhältnisse nicht einsichtig.

Der Ausbeutungsbegriff bei Marx und Engels bezieht sich in den ökonomischen Schriften nahezu ausschließlich auf die Lohnarbeit und den dort produzierten Mehrwert. Welche Rolle die Hausarbeit für den Kapitalismus spielt, in welchem Verhältnis sie zur Lohnarbeit und zur Mehrwertschöpfung, zur Produktion von Waren und der Ware Arbeitskraft steht, wurde von ihnen offensichtlich nicht für relevant genug gehalten, um sie in ihre kritische Analyse der kapitalistischen Gesellschaft als grundlegende Faktoren miteinzubeziehen. Lediglich in den historischen Veranschaulichungen im Kapital tauchen Arbeitsverhältnisse abseits der Lohnarbeit auf. Entgegen der Lohnarbeit wird die Hausarbeit nicht gleichermaßen gesellschaftlich, d.h. mittels Lohn anerkannt. Produziert die Hausarbeit also überhaupt (Tausch)Werte oder lediglich Gebrauchswerte? Bereits an dieser Frage scheiden sich die Geister. In "orthodoxen" Weiterentwicklungen des Marxismus gilt die Hausarbeit als nicht wertschöpfend. Ausbeutung und Unterdrückung wird zwar anerkannt, nicht aber auf der für uns hier zentralen Ebene der Werttheorie. Hier wird sie als "vorkapitalistische" Form von Arbeit beschrieben, welche lediglich Gebrauchswerte produziere. Lediglich auf der Ebene des kapitalistischen Gesamtprozesses wird bei manchen TheoretikerInnen die Hausarbeit integriert. Die Argumentation: Hausarbeit produziere zwar keinen Wert, ist aber für die Reproduktion der Ware Arbeitskraft notwendig. Strategisch wurde einerseits eine Integration der Frauen in Lohnarbeitsprozesse angestrebt, andererseits die Vergesellschaftung von Hausarbeit. Letzteres wurde teilweise z.B. im "Roten Wien" der Zwi-schenkriegszeit in Form von Großküchen, Gemeinschaftswäschereien & Kindergärten zwar verwirklicht, die Arbeit dort wurde trotzdem größtenteils von Frauen verrichtet. Außerökonomische Gründe der Ausbeutung von Frauen wurden bestenfalls am Rande in Theorie & Praxis einbezogen (als Ausnahme sei die russische Marxistin Alexandra Kollontai genannt).

Nach dem Scherbengericht

Im Folgenden können wir natürlich nur eine kleine, aber hoffentlich einigermaßen repräsentative Auswahl marxkritischer feministischer Texte vorstellen. Ausgehend von den Arbeiten **Mariarosa Dalla Costas** über die Hausarbeit (1973)[7] entwickelte sich in den siebziger Jahren parallel zur "neuen Frauenbewegung" eine rege Diskussion in feministischen, bald aber auch in marxistischen Kreisen über die Rolle der Hausarbeit im Kapitalismus. "*Da sie [Dalla Costa] behauptet, daß Frauen zu Hause nicht nur wesentliche Dienste fürs Kapital durch die Reproduktion der Arbeitskraft leisten, sondern mit dieser Arbeit ebenso Mehrwert schaffen, hat Dalla Costa auch das Bewußtsein der Linken über die Bedeutung der Hausarbeit sehr verstärkt und eine lange Debatte über das Verhältnis von Hausarbeit und Kapital hervorgerufen.*"[8] Dalla Costa wendete die operaistische, subjektzentrierte Interpretation der Marxschen Theorie nicht nur gegen Fabriksdisziplin, welcher die (männliche) Lohnarbeit unterworfen ist, sondern eben gegen den blinden Fleck des Marxismus, die (weibliche) Hausarbeit. "*Was wir genau meinten ist, daß die Hausarbeit produktive Arbeit im Marxschen Sinn ist, das heißt also Arbeit, die Mehrwert produziert.*"[9] Leider zeigt Dalla Costa nicht auf, inwiefern die Haus- und Reproduktionsarbeit über die Gebrauchswertproduktion hinausreicht. Auch wenn diese durch die ArbeitERbewegung fälschlicherweise **politisch** abwgewertet wurde: Der Kapitalist ist eben an dem Gebrauchswert "des Arbeiters" interessiert und eben jener wird durch unbezahlte Reproduktionsarbeit erhöht. Auf politischer Ebene lotet Dalla Costa jedoch die Möglichkeiten radikal emanzipativer Politik genau aus: die Notwendigkeit selbstbestimmter weiblicher Sexualität, die Schwierigkeit der Überwindung von Rivalitäten unter Frauen, die Verbindung der Frauenkämpfe mit jenen des Proletariats. Auch wendet sie sich, in klassisch operaistischer Manier, gegen die "Befreiung" der Frauen durch Einbindung in den kapitalistische Produktionsprozess: "*Die Sklaverei des Fließbands ist keine Befreiung von der Sklaverei des Spülbeckens.*"[10] Dalla Costa sieht in der Forderung "Lohn für Hausarbeit" wohl die Gefahr, die Hausfrauen in ihrer Rolle festzuschreiben. Dagegen setzt sie auf Massenmobilisierungen von Frauen und Partizipation an "öffentlichen" Kämpfen, was angesichts von Entstehungs-zeitpunkt und -ort (Italien 1972) verständlich ist. Heutzutage muss das wohl etwas weniger euphorisch gesehen werden.

Die "Bielefelderinnen"

Die Gruppe der **"Bielefelderinnen"** (Veronika Bennholdt-Thomsen, Maria Mies, Claudia von Werlhof) rückte die Haus- und Reproduktionsarbeit als "Subsistenzwirtschaft" ins Zentrum ihrer Theorie. In den Büchern *Patriarchat und Kapital* von Maria Mies und *Frauen die letzte Kolonie* (welches Beiträge aller drei obengenannten "Bielefelder-

innen" enthält) setzen sie sich mit Feminismus, gesellschaftlichen Ursprüngen der geschlechtlichen Arbeitsteilung, Kolonialisierung und "Hausfrauisierung", internationalen Aspekten der Frauenunterdrückung, aber auch mit internationalen Beispielen von Frauenbewegung und möglichen Wegen zu einer neuen Gesellschaft auseinander. Sie leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur feministischen Kapitalismuskritik. Zur Fragestellung des Zusammenhangs zwischen Hausarbeit und Lohnarbeit, die uns in diesem Artikel besonders interessiert, sind vor allem die Beiträge *Frauenarbeit als zentraler Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise* und *Der Proletarier ist tot. Es lebe die Hausfrau*[11] von Relevanz.[12]

Aufgrund ihrer historischen und internationalen Untersuchungen zur Entstehung und Verbreitung des Kapitalismus kommen sie zu dem Schluss, dass es, um einen frauenadäquaten Ausbeutungsbegriff und eine um die Haus- und Subsistenzarbeit erweiterte Kapitalismuskritik üben zu können, notwendig ist, folgenden Paradigmenwechsel zu vollziehen: Die Hausarbeit, und nicht wie bei Marx die Lohnarbeit, ist wesentliche Existenzgrundlage des Kapitalismus. Es *"ist nur von unten, von der Hausarbeit her, alle übrige Arbeit zu verstehen, nicht aber umgekehrt, von der Lohnarbeit her. Im Grunde ist die Hausarbeit, nicht Lohnarbeit, das "Modell" von Arbeit im Kapitalismus."*[13] Wobei sie davon ausgehen, dass sowohl Hausarbeit als auch Subsistenzarbeit kapitalistische Formen von Arbeit, und nicht wie bei Rosa Luxemburg außerkapitalistische, sind. Eine Begründung für die Notwendigkeit des Paradigmenwechsel ist, dass rein quantitativ die Lohnarbeit weltweit betrachtet eine marginale Form der Arbeit ist, denn sobald der Arbeitsbegriff nicht mehr nur auf die Lohnarbeit beschränkt bleibt, sondern ebenso Haus- bzw. Subsistenzarbeit damit gemeint ist, macht erstere nur noch 10% aller Arbeitsformen[14] aus, und somit sind *"90% unfreie Nichtlohnarbeiter die Säule der Akkumulation und des Wachstums, sind die wahren Ausgebeuteten, sind die wahren "Produzenten", sind die "Norm", der allgemeine Zustand, in dem sich der Mensch im Kapitalismus befindet".*[15] Für den Kapitalismus prognostizieren sie, aufgrund der zunehmenden Krisen, eine Entwicklung zu einer völlig neuen Phase, die dadurch gekennzeichnet ist, *"daß sie die "freie" Lohnarbeit mehr oder weniger abschafft".*[16] Die Krise vollzieht sich vor allem an einer verstärkten Ausbeutung der Arbeitskraft in der Dritten Welt *"durch die Multis, also durch "unser" Kapital, (dies) geschieht jedoch keineswegs in der Form der freien Lohnarbeit, ganz das Gegenteil ist der Fall: es handelt sich um eine unfreie, "verweiblichte" Form von Lohnarbeit, die keine permanente Beschäftigung, niedrigste Löhne, längste Arbeitszeiten, monotonste Arbeit, keine gewerkschaftliche Organisation, keine Qualifizierung, keinen Aufstieg, keine Rechte und keine soziale Sicherheit bedeutet".*[17] Spätestens bei Aussagen wie dieser macht sich Verwirrung breit: Die Unklarheiten ihrer Analyse ranken sich um die Begriffe "freie Lohnarbeit" und "Hausfrauisierung". Oft ist nicht klar, was mit "freier Lohnarbeit" eigentlich genau gemeint sein soll. Beziehen sie sich auf Marx´ doppelt freien Arbeiter, meinen sie ein rechtlich und sozial gut abgesichertes "Normalarbeitsverhältnis" oder überhaupt etwas ganz anderes?

Der doppelt freie Arbeiter, dessen Existenz Voraussetzung für den Kapitalismus ist, wurde von Marx wie folgt definiert: *"Zur Verwandlung von Geld in Kapital muß der Geldbesitzer also den freien Arbeiter auf dem Warenmarkt vorfinden, frei im Doppelsinn, daß er als freie Person über seine Arbeitskraft als seine Ware verfügt, daß er andererseits andere Waren nicht zu verkaufen hat, los und ledig, frei ist von allen zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nötigen Sachen."*[18] Es gibt einige Zitate im Text von Claudia von Werlhof, die darauf hindeuten, dass sie davon ausgeht, dass *"der freie Lohnarbeiter oder Proletarier, auf Nimmerwiedersehen verschwindet."*[19] oder an anderer Stelle: *"Nicht 10% freie Lohnarbeiter, sondern 90% unfreie Nichtlohnarbeiter sind Säule der Akkumulation, ... die Norm, der allgemeine Zustand. Und das steht zu seinem Entsetzen nun auch dem Proletarier ganz real bevor."*[20] Wenn hier wirklich das Verschwinden des "Lohnarbeiters" und damit auch der Lohnarbeit gemeint ist, bräuchte es aber eine vollständig neue Erklärung über die Verwertungsmöglichkeiten und das Funktionieren des Kapitalismus. Denn, so folgert Rainer Bauböck richtiger Weise, *"wenn es sich tatsächlich um einen Wechsel von Lohnarbeit zu Hausarbeit handelte, dann würde damit automatisch die Quelle des Profits zerstört, die in der Hausarbeit steckt. Denn diese Quelle erschließt sich für das Kapital ja nur, wenn die unbezahlte Hausarbeit in die Reproduktion einer Lohnarbeitskraft eingeht."*[21] Ohne Lohnarbeit aber gäbe es keine Warenproduktion, keinen Mehrwert und keinen Profit. Trotz aller "postfordistischen" Erklärungsmuster ist aber dennoch davon auszugehen, dass wir uns auf absehbare Zeit mit Waren- und somit (Mehr)Wertproduktion, kurz mit einem auf Lohnarbeit basierenden Kapitalismus herumschlagen müssen.

Auch die zweite Möglichkeit, dass mit "freier Lohnarbeit" eigentlich ein klassisches "Normalarbeitsverhältnis" gemeint sein könnte, scheint an einigen Stellen plausibel, etwa wenn die Autorin schreibt: *"Wer es zuerst geschafft hat, solche Arbeitsbedingungen [wie in den Weltmarktfabriken] auch hier einzuführen, wird auch als erster wieder*



konkurrenzfähig sein und Profite machen, denn Krise heißt ja nichts anderes als Sinken der Gewinne der Unternehmen. Das bedeutet: Die freie Lohnarbeit ist zu teuer und muß weitmöglichst abgeschafft werden."[22] Lassen wir das höchst seltsame Verständnis von Krise einmal beiseite: Gut bezahlte und abgesicherte Arbeitsverhältnisse werden tatsächlich abgebaut und durch wesentlich schlechtere, von ihnen als "verweiblicht" charakterisierte Arbeitsbedingungen, wie etwa in den Weltmarktfabriken, ersetzt. Die dortigen Arbeitsbedingungen erinnern stark an die von Marx und Engels beschriebenen menschenunwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen der FabrikarbeiterInnen Ende des 19. Jahrhunderts. Sowohl die Bielefelderinnen als auch Marx und Engels gehen davon aus, dass es das Interesse der KapitalistInnen ist, die Kosten für die Ware Arbeitskraft so niedrig wie möglich zu halten. Das wurde und wird damals wie heute mit Nachdruck versucht, aber dennoch bleibt die Arbeit in den Weltmarktfabriken Lohnarbeit. Nicht sie wird abgeschafft, sondern lediglich die "gut abgesicherte" Form der Lohnarbeit. Es bleibt, wenn auch unterbezahlt, so doch Lohnarbeit und nicht unbezahlte Hausarbeit.

Der gesamte obige Absatz wäre verständlicher und weniger verwirrend, wenn die Autorin anstelle von "freier Lohnarbeit" "Normalarbeitsverhältnis" gesetzt hätten. Ihr oft ungenauer Umgang mit Begriffen macht das Verständnis nicht einfacher und kann leicht zu Missverständnissen führen. Ihre Wortschöpfung der "Hausfrauisierung" der Arbeit soll die Verschärfung des Ausbeutungsverhältnisses der Lohnarbeit charakterisieren. Hausarbeit ist gar nicht bezahlt, und wenn Lohnarbeit schlechter bezahlt wird, gleicht sie sich weiblichen Arbeitsverhältnissen an und wird folglich "hausfrauisiert" - so der Gedankengang. Die damit beschriebene Tendenz, dass schlechte Bezahlung und noch schlechtere Arbeitsbedingungen zur Norm werden, ist weder falsch noch leidet sie an Aktualität (Stichwort: Flexibilisierung, Deregulierung, freie Produktionszonen). Statt eine genaue Definition der unterschiedlichen Ausbeutungsverhältnisse in Haus- und Lohnarbeit zu geben, wird der Eindruck erweckt, der Begriff "Hausfrauisierung" verkomme zu einem Synonym für jede Art ökonomischer Ausbeutung.[23] Das hat keinerlei klärenden Effekt.

Ein weiterer Kritikpunkt: Dass der Kapitalismus ein patriachaler ist, gar kein anderer sein kann, wird von ihnen aufs Anschaulichste erklärt und jeder theoretische Ansatz, der dieses Verhältnis auf die Naturhaftigkeit der Frau zurückführt, wird von ihnen mit bissigem Geschick zurückgewiesen. Gewisse Aspekte männlicher Herrschaft (v.a. Gewalt), die im Marxismus außen vor bleiben, werden von ihnen aufgezeigt und kritisiert. In letzter Instanz aber führen sie ihre Theorie über die Entstehung des Patriarchats auf eine biologische Komponente zurück, nämlich auf die Gebärfähigkeit der Frau, welche feministisch gewendet wiederum Fundament einer lebensbejahenden Subsistenzperspektive wider die männliche "zerstörerische" Arbeit werden soll: *"Es ist von entscheidender Bedeutung für unsere Fragestellung, dass der Zusammenhang zwischen Gebären und Nähren als echt menschliche, das heisst bewusste, hisorisch-gesellschaftliche Tätigkeit gesehen wird. Frauen haben sich diese Tätigkeit [...] in der gleichen Weise angeeignet, wie die Männer sich ihre körperliche Natur angeeignet haben, nämlich in dem Sinn, dass ihre Hände und ihre Kopf durch Arbeit und Reflexion Fertigkeiten erlangten bei der Schaffung und Handhabung von Werkzeugen."*[24] und *"Die Erfindung von Werkzeugen, die jedoch nur für die Jagd benutzt werden konnten [...] deutet darauf hin, dass das Töten von Tieren zu einer wichtigen Spezialisierung für einen (den männlichen, Anm. d. A.) Teil der Gesellschaft geworden war."*[25] Die von den Bielefelderinnen als Lösungsmöglichkeit vorgeschlagene Wiederaneignung der weiblichen Lebenspraxis bleibt jedoch unklar. Es ist nicht nachvollziehbar, worauf sich dieses "wieder" beziehen soll. Der kritischen Zusammenfassung Rainer Bauböcks ist also zuzustimmen, wenn er schreibt: *"Die implizite Grundlage für die Bielefelder Thesen bildet die Annahme, daß die Mechanismen der ökonomischen Ausbeutung und jene der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung identisch sind. Das Arbeitsvermögen selbst ist bei diesen Autorinnen von vornherein als ein spezifisch geschlechtliches definiert."*[26]

Kopf? Hand? Bauch?

In **Christel Neusüß´**[27] Buch mit dem langen Titel *Die Kopfgeburten der Arbeiterbewegung oder die*

Genossin Luxemburg bringt alles durcheinander[28] setzt sich die Autorin, darin den "Bielefelderinnen" durchaus nicht unähnlich, mit dem männlichen Blick geschuldeten Verengungen der Theorie und Praxis der ArbeiterInnenbewegung auseinander. In betont unwissenschaftlichem Stil geschrieben, stößt sie den/die LeserIn mit der Nase auf sprachliche - *"Wer gibt den Reichen all ihr Brot, Und lebt dabei in bittrer Not? Das sind die Arbeitsmänner, das Proletariat"*[29], theoretische und nicht zuletzt praktische Defizite der ArbeitERbewegung. Aus der Subjektivität ihres Standpunktes macht sie kein Hehl, der daraus sich ergebende eigenwillige Duktus ist durchaus gewöhnungsbedürftig. Neusüß´ Ausgangshypothese, *"Marx hat die kapitalistische Arbeit, die Arbeit in der Ära der Naturbeherrschung, die männliche Arbeit spezifisch historischen Entwicklungsgrads genommen und aus dieser sein Modell allgemein-menschlicher Arbeit gebaut"*[30], zielt jedoch zumindest am theoretischen Charakter der Marxschen Theorie vorbei. Gerade die "abstrakte Arbeit" als spezifisch kapitalistische Form steht bei Marxens Kritik der politischen Ökonomie im Zentrum. Eine Kritik aus feministischer Sicht müsste genau an einer etwaigen Vernachlässigung spezifisch kapitalistischer Haus- und Reproduktionsarbeit anknüpfen.

Neusüß aber bringt einerseits historische und logische Begrifflichkeiten und andererseits Begriffe verschiedener Abstraktionsebenen durcheinander. Das bedeutet nicht, dass die Kritiken an Praxen der ArbeitERbewegung nicht durchaus treffend wären, aber gerade in jenem Kapitel, welches der Marxschen Werttheorie gewidmet ist, zeigen sich die Inkonsistenzen deutlich. Einerseits wird der Mangel an direkt handlungsanleitender Theorie in den ökonomischen Schriften beklagt, andererseits genau jene "historisch-moralischen" Aspekte des Werts der Ware Arbeitskraft übersehen und der Äquivalententausch bei gleichzeitiger Ausbeutung negiert.[31] Durchaus vorhandene "männliche Mängel" der Marxschen Theorie werden hier in unzulässiger Weise in andere, in sich durchaus schlüssige Aspekte hineinprojiziert. Dies scheint auch - wenn auch in umgekehrter Weise - in der positiven Bezugnahme auf Rosa Luxemburg zu geschehen: *"Ihr Blick auf die Gesellschaft ist der Blick einer Frau."*[32] So treffend Neusüß die Auseinandersetzungen zwischen Rosa Luxemburg und männlichen Vertretern der ArbeiterInnenbewegung analysiert, so nebelhaft taucht immer wieder ein neuer Hauptwiderspruch hinter scheinbar theoretischer Kritik auf. Aus der Kritik an der spezifisch kapitalistischen Ausbeutung nicht kapitalistischer Weltgegenden und an der Profitorientiertheit technischen Fortschritts wird ein "marxistisches Dogma". Schlussendlich driftet Neusüß immer wieder in ein naturalistisches Erklärungsmuster ab, welches die weibliche "Ganzheitlichkeit" - *"Das Wesentliche bei der Arbeit der Frauen ist die Reproduktion menschlichen Lebens, nicht die Produktion von Gütern."*[33] - einer vermeintlich männlichen "Kopf /Hand - Bestimmtheit" entgegensetzt, welcher es an "lebensbejahenden" Elementen mangle: *"Zur Tradition der Männer gehört also, daß sie auf Jagd gingen, daß sie Instrumente produzieren, Waffen, die nur zum Töten erzeugt waren, nicht zur Produktion neuen Lebens."*[34]

Einen interessanten Blickwinkel bietet **Roswitha Scholz** in ihrem 2000 erschienenen Buch *Das Geschlecht des Kapitalismus*[35]. Scholz entwickelte in den vergangenen zehn Jahren ihre Theorie der **"Wert-Abspaltung"** anhand einer fundamentalen Wert- und Arbeitskritik. Klassisch marxistische Kategorien werden zu einer an die kritische Theorie angelehnten Totalität weiterentwickelt. In dieser Totalität bildet die weibliche Hausarbeit eine Abspaltung vom "klassischen" Arbeitsbegriff. Hausarbeit *"[kann] nicht unter die ökonomische Kategorie "Arbeit" gefaßt werden"*[36]. Dieses "Andere der Arbeit" bietet aber keinen Ansatz für emanzipative Politik, vielmehr bedarf es laut Scholz einer radikalen Kritik jeder Warenförmigkeit, d.h. sowohl von Lohn- als auch von Hausarbeit. Zwar versucht Scholz, neben Ökonomiekritik auch noch andere Bereiche in ihre Theorie zu integrieren (symbolisch-kulturelle Herrschaftsmuster, psychoanalytische Deutungen), letztlich verhindert aber doch die geschlossene Form dieser Theorie jeglichen politischen Handlungsspielraum. Was bleibt, ist die kritische Kritik. Hier ist Scholz ihren dekonstruktivistischen Gegnerinnen durchaus ähnlich. Mit dem in Kürze erscheinenden neuen Buch von Roswitha Scholz werden wir uns in der nächsten Ausgabe der grundrisse näher auseinander setzen.

Einen der aus marxistischer Sicht interessantesten Ansätzte bietet u.E. jedoch **Rainer Bauböck.**[37] In der Tradition des analytischen Marxismus stehend, verwirft er die Marxsche Arbeitswerttheorie und kehrt zu einer "positivistischen" Lesart, basierend auf der Kategorie Arbeitszeit, "zurück". Analog zu einer reformierten Mehrwerttheorie - *"Der Arbeiter gibt mehr Arbeitszeit als er in Form von Lohn zurückerhält."*[38]- definiert Bauböck die Ausbeutung der Hausarbeit als die *"im Überschuß der in der Reproduktion der Lohnarbeitskraft verausgabten gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit über die im Wert der Arbeitskraft enthaltene"*.[39] Nach Bauböck schafft Hausarbeit also Wert, jedoch nur wenn das Ziel der häuslichen Produktion die verwertbare Lohnarbeitskraft ist; davon abgesehen produziert sie lediglich Gebrauchswerte. Mittels komplexer mathematischer Modelle, basierend eben auf "ge-

sellschaftlich notwendiger Arbeitszeit", gelingt es Bauböck, die Veränderungen von Ausbeutungsraten für verschiedene historische Konstellationen von "Familie" zu errechnen. Aus "technischen Gründen" muss Bauböck jedoch auf die Integration nicht in sein Modell passender weiblicher Tätigkeiten wie Gebären oder Stillen verzichten, was zum quasi "entgegengesetzten Problem" des Ansatzes der "Bielefelderinnen" führt, dass nämlich Ausbeutung nur im Rahmen eines abstrakten Modells beschrieben wird und Herrschaftsmomente wie z.B. Gewalt aus der Theorie ausgeschlossen werden (obgleich diese Aspekte von Herrschaft von Bauböck behandelt werden, jedoch quasi als "Beiwerk" zu seiner ökonomischen Ausbeutungstheorie).

Interessant für eine künftige Beschäftigung mit der Thematik (wie wir es in der nächsten Nummer der grundrisse anstreben) ist Bauböcks akribische Differenzierung der verwendeten Begriffe. Obgleich seine Thesen von der Unhaltbarkeit der Marxschen Arbeitswertlehre ausgehen, was natürlich ein elementares Problem darstellt, hält er einmal gewählte Abstraktionsebenen strikt ein. Das Auseinanderhalten von ArbeiterIn und Arbeitskraft, Wertschaffung und Ausbeutung, Preis und Wert sowie das Mitdenken der unproportionalen Entwicklung der beiden wichtigsten Sektoren kapitalistischer (Re-)Produktion - Konsumgüter bzw. Investitionsgüter - ermöglicht eine äußerst differenzierte Herangehensweise an die Problematik, die sich dennoch nicht politischen Schlussfolgerungen entzieht: "*Wenn feministische Theorie meint, die Ausbeutung von Frauen sei das grundlegendste Phänomen des Kapitalismus und deshalb sei mit ihrer Abschaffung dieser selbst schon abgeschafft, so irrt sie ebenso wie die traditionelle Arbeiterbewegung, als sie behauptete, daß der Sozialismus automatisch die Befreiung der Frau mit sich bringe.*"[40]

Zwei offene Fragen zum Schluss:

Marx stellt im Kapital die abstrakten Bewegungsgesetze eines "reinen Kapitalismus" in ihrem "idealen Durchschnitt" dar. Ist die reale, historische Reproduktion des Kapitalismus vielleicht derart "unrein", nicht zuletzt durch die NOTWENDIGKEIT weiblicher Haus- und Reproduktionsarbeit, also die NOTWENDIGKEIT DER AUSBEUTUNG NICHT-KAPITALISTISCHER FORMEN, dass selbst für eine abstrakte Darstellung eines "reinen Kapitalismus" diese in Betracht gezogen werden müssten?

Haben Marx und Engels den Gebrauchswert zu wenig beachtet? Der Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft ist schließlich das, was den Kapitalisten interessiert, der unbezahlte, im Haushalt produzierte Gebrauchswert stellt jedenfalls real die erweiterte Reproduktion des Kapitals sicher und der Gebrauchswert soll in sozialistischen Gesellschaften doch das Ziel der *unmittelbar gesellschaftlichen Produktion* sein. Wäre also nicht die Marxsche Arbeitswertlehre um eine Gebrauchswertlehre zumindest auf Ebene des kapitalistischen Gesamtprozesses zu erweitern, um eine Kritik der politischen Ökonomie der Hausarbeit leisten zu können?

*Abschließend möchten wir **Gudrun Hauer** danken, deren Lehrveranstaltungen am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien wir wichtige Anstöße für diese Arbeit verdanken.*

Ausgewählte Literatur:

Bauböck, Rainer: Wertlose Arbeit: zur Kritik der häuslichen Ausbeutung, Wien 1991

Dalla Costa, Mariarosa und James, Selma: Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft, Berlin 1973

Haug, Frigga: Familienarbeit, Hausarbeit. Stichwort in: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 4

Marx, Karl: Das Kapital, erster Band (=MEW 23), Berlin (Ost) 1974

Bennholdt-Thomsen, Veronika, Mies, Maria, Werlhof, Claudia von: Frauen, die letzte Kolonie, Neuauflage, Zürich 1992

Neusüß, Christel: Die Kopfgeburten der Arbeiterbewegung oder Die Genossin Luxemburg bringt alles durcheinander, Neuauflage d. Ausg. V. 1985, Osnabrück 1992

Anmerkungen:

1 Der Text von Heidi Hartmann, "Marxismus und Feminismus: Eine unglückliche Ehe", findet sich in dem für die US-amerikanische feministisch-marxistische Diskussion grundlegenden Sammelband "Frauen und Revolution", herausgegeben von Lydia Sargent, dt. Berlin (West) 1983. Da dieser Band zwar für die politische Debatte wichtige Beiträge versammelt, auf werttheoretische Probleme aber nur sehr am Rande eingeht, wird er hier nicht gesondert behandelt.

2 Marx, Karl und Engels, Friedrich: Die Deutsche Ideologie, in: MEW 3, S.32, Hervorhebung im Original.

3 Marx, Karl: Das Kapital, erster Band, MEW 23, S.185. Diese notwendigen Lebensmitteln sind aber kein ahistorisches Absolutum: "Die Summe der Lebensmitteln muß also hinreichen, das arbeitende Individuum als arbeitendes Individuum in seinem normalen Lebenszustand zu erhalten. Die natürlichen Bedürfnisse selbst, wie Nahrung, Kleidung, Heizung, Wohnung usw., sind verschieden je nach den klimatischen und andern natürlichen Eigentümlichkeiten des Landes ...notwendige Bedürfnisse.., selbst ein historisches Produkt....Im Gegensatz zu anderen Waren enthält also die Wertbestimmung der Arbeitskraft ein historisches und moralisches Element. Für ein bestimmtes Land, zu einer bestimmten Periode jedoch, ist der Durchschnitts-Umkreis der notwendigen Lebensmitteln gegeben." ebd.

4 ebd. S. 607

5 "Die Arbeiten, welche der Familienkonsum erheischt, wie Nähen, Flicken usw., müssen durch Kauf fertiger Waren ersetzt werden. Die verminderten Ausgaben von häuslicher Arbeit entspricht also vermehrter Geldausgabe." (MEW 23, 417, Fn. 121) "Marx hebt

also hervor, dass die Einbeziehung der Frau in den kapitalistischen Produktionsprozess [meint Lohnarbeitsprozess] keine Mehreinnahmen für die Familie bedeutet, sich von deren Standpunkt also nicht lohnt." (Haug, Frigga: Familienarbeit, Hausarbeit. Stichwort in: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 4)
6 ebd. S. 597
7 Dalla Costa, Mariarosa: Die Frauen und der Umsturz der Gesellschaft, in: Dalla Costa, Mariarosa / James, Selma: Die Macht der Frauen und der Umsturtz der Gesellschaft, Berlin 1973, S. 27-66
8 Hartmann, Heidi: Marxismus und Feminismus: Eine unglückliche Ehe; in: Sargent, Lydia (Hg.): Frauen und Revolution, Berlin 1983, S. 29-78, hier S. 36f.
9 Dalla Costa a.a.O., S. 62. Hervorhebung im Original.
10 ebd., S. 41
11 Beide Texte befinden sich in: Bennholdt-Thomsen, Veronika, Mies, Maria, Werlhof, Claudia von: Frauen, die letzte Kolonie, Reinbek bei Hamburg 1983.
12 Einen hervorragenden Überblick sowohl über die werttheoretischen Implikationen der frühen Subsistenztheorie als auch über feministisch/marxistische Diskussionen im angloamerikanischen Raum bietet der Artikel "Die unvollendete Aufgabe einer marxistischen Fassung der Frauenfrage" von Gabriele Dietrich, in: Projekt sozialist. Feminismus: Geschlechterverhältnisse und Frauenpolitik, Berlin 1984, S. 24-41
13 Werlhof, Claudia von: Der Proletarier ist tot. Es lebe die Hausfrau, in Bennholdt-Thomsen et.al.: Frauen, die letzte Kolonie, Reinbek bei Hamburg 1983, S. 113-136, hier S. 124
14 Lohnarbeit ist eine Exklusivform der Arbeit, die auf eine Minderheit von weißen Männern entfällt. Für seine Zeit hat Marx nichts anderes gesagt, als "daß selbst heutzutage der Arbeitsfonds nur ausnahmsweise auf dem Erdenrund in der Form von Kapital auftritt." (siehe: MEW 23, S. 193). Allerdings betrachtete er deren rasche Verbreitung als sichergestellt.
15 Werlhof, Claudia von, a.a.O., S. 120
16 ebd., S.114
17 ebd., S.115
18 Marx, Karl: Das Kapital, erster Band, MEW 23, S.183
19 Werlhof a.a.O., S. 115
20 Werlhof a.a.O., 121
21 vgl. Bauböck, Rainer: Hausarbeit und Ausbeutung, Wien 1988, S.76
22 Werlhof a.a.O., S. 115
23 vgl. Bauböck, Rainer: Hausarbeit und Ausbeutung , Wien 1988, S.61
24 Mies, Maria: Patriarchat und Kapital. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung, Zürich 1996, S. 68
25 ebd., S. 76, Hervorhebung im Original.
26 Bauböck, Rainer: Wertlose Arbeit: zur Kritik der häuslichen Ausbeutung, Wien 1991, S.114
27 Christel Neusüß war lange Zeit als PROKLA Autorin tätig und verfasste unter anderem das vielgelesene Werk: "Imperialismus und Weltmarktbewegung des Kapitals" (Erlangen 1972), ehe sie sich ausschliesslich feministischen Positionen zuwandte.
28 Neusüß, Christel, Die Kopfgeburten der Arbeiterbewegung oder Die Genossin Luxemburg bringt alles durcheinander, Neuauflage d. Ausg. V. 1985, Osnabrück 1992
29 ebd., S. 109
30 ebd., S. 71
31 vgl. ebd., S. 230 f.
32 ebd., S. 282
33 ebd., S. 248
34 ebd., S. 272
35 Scholz, Roswitha: Das Geschlecht des Kapitalismus. Feministische Theorien und die postmoderne Metamorphose des Patriarchats, Bad Honnef 2000
36 ebd., S. 89
37 Bauböck, Rainer: Wertlose Arbeit: zur Kritik der häuslichen Ausbeutung, Wien 1991
38 ebd., S. 44
39 ebd.
40 ebd., S.152

Karl Reitter
"Gilt" das "Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate"?

Eine Einführung in die Problematik

In der vorhergehenden, ersten Nummer der grundrisse hat Marcus Gassner mit seiner Interpretation der Reproduktionsschemata des II. Bandes des "Kapitals" die Debatte zum Krisenbegriff eröffnet, die ich nun mit diesem Beitrag ergänzen möchte. Beitrag ist etwas zu viel gesagt, es ist mehr eine Bemerkung, oder wenn man will, eine schriftliche Wortmeldung zu einem Aspekt des Themas Krise. Kurz gesagt, möchte ich einige Zeilen zum "Tendenzieller Fall der Profitrate" verfassen, die vor allem all jenen, die sich (noch) nicht damit beschäftigt haben, helfen soll, die Diskussion besser zu verstehen. Ich werde versuchen, die Sache so einfach und klar wie nur möglich darzustellen und alle verwendeten Begriffe zu erklären. Worum geht es also?

Was mit dem Ausdruck "tendenzieller Fall der Profitrate" gemeint sein könnte, läßt sich sinnlich sehr einfach darstellen. Wir alle haben das Bild einer frühkapitalistischen Fabrik im Kopf, in dem zahllose ArbeiterInnen eine Maschine bedienen während nach der Automatisierung umgekehrt wenige ArbeiterIn komplexe Maschinenanlagen überwachen. Marx nennt nun jenes Kapital, das in Maschinerie und Rohstoffe investiert wird, konstantes Kapital, abgekürzt "c", jenes, das für die Löhne ausgegeben wird, variables Kapital, abgekürzt "v". Das konstante Kapital wird von Marx deshalb so benannt, weil sein Wert in der Produktion weder vermindert noch vermehrt wird, es geht entweder vollständig (Rohstoffe) oder sukzessive (Maschinen) auf das Produkt über, bleibt also konstant. (Wir wollen bei unseren Beispielen vereinfacht davon ausgehen, daß es vollständig in einem Produktionszyklus verbraucht wird.) Der menschlichen Arbeitskraft hingegen kommt die Fähigkeit zu, mehr Wert zu produzieren, als sie selbst besitzt. Der für Löhne vorgeschoßne Kapitalanteil vergrößert sich, ist also variabel. Warum? Das Kapital bezahlt den ArbeiterInnen durchaus den Wert ihrer Arbeitskraft, also v. Unter "Wert der Arbeitskraft" kann man sich alle Waren und Dienstleistungen vorstellen, die durchschnittlich zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendig sind. Der Wert der Ware Arbeitskraft "v" geht also, wie der Wert des konstanten Kapitals "c", auf das Produkt über. Das Kapital bezahlt aber, und das ist wichtig zu bedenken, nicht die Arbeit, sondern den Wert der Arbeitskraft. Sagen wir also vergröbernd, der Wert der Arbeitskraft löse sich in 4 Stunden täglicher Arbeitsleistung auf. In den Wert des Produkts gehen also ein: Der unveränderte Wert des konstanten Kapitals, der Wert des variablen Kapitals und der Wert der vom Kapital nicht bezahlten Mehrarbeit. Hier sind wir bei der Pointe der Marxschen Mehrwerttheorie. Obwohl das Kapital durchaus den Wert der Arbeitskraft bezahlt, also einen Lohn bezahlt, der dem Äquivalent von sagen wir 4 Stunden Arbeitsleistung entspricht, läßt das Kapital länger als die notwendige Arbeitszeit, sagen wir nochmals 4 Stunden arbeiten. Diese Mehrarbeit

geht aber ebenso in den Wert des Produkts ein und bildet den so genannten Mehrwert. Das variable Kapital ist also deshalb "variabel", weil es neben dem bezahlten Anteil, auch einen unbezahlten Teil an Wert in das Produkt einfließen läßt. Vor dem eigentlichen Produktionsprozeß muß das Kapital in zwei Bestandteile geteilt werden, in jene Summe, die für das konstante Kapital (Rohmaterial, Maschinen usw.) und für Löhne (variables Kapital) ausgegeben wird. Es teil sich also in c + v.

Wir lassen nun einen Produktionszyklus ablaufen, und erhalten als Resultat einen Warenberg. Wir unterstellen dabei, daß das gesamte konstante Kapital vollständig bei der Produktion verbraucht wurde. Also alles Rohmaterial ist aufgebraucht, die Maschinen sind Schrott, das Fabrikgebäude abbruchreif. (Natürlich halten die Maschinen usw. in der Regel länger als einen Produktionszyklus, Marx unterscheidet daher auch zwischen flüssigem und fixem Kapital. Doch wir wollen, wie Marx, bei unserem Thema davon abstrahieren.) In den Wert dieser Waren ist also einmal c eingegangen, aber auch v und die unbezahlte Mehrarbeit, m. Nehmen wir an, das Verhältnis zwischen Wert der Arbeitskraft (4 Stunden) und Mehrarbeit "m" (ebenfalls 4 Stunden) sei daher 1 : 1. (Wir unterstellen also einen 8stündigen Arbeitstag.) Der Wert der Waren läßt sich also auf folgende wertbildende Faktoren zurückführen:

Wert der Waren nach dem Produktionszyklus:
c + v + m

Indem wir nun diese drei Größen in Beziehung setzen, erhalten wir eine Reihe von wichtigen Begriffen, ohne die die Debatte um den tendenziellen Fall der Profitrate nicht verstanden werden kann.

Der Begriff der organischen Zusammensetzung des Kapitals c : v

Der erste Begriff ist die organische Zusammensetzung des Kapitals. Lasen wir Marx selbst die Definition dieses Begriffs vornehmen: *"Die Zusammensetzung des Kapitals ist in zweifachem Sinne zu fassen. Nach der Seite des Werts bestimmt sie sich durch das Verhältnis, worin es sich teilt in konstantes Kapital oder Wert der Produktionsmittel und variables Kapital oder Wert der Arbeitskraft, Gesamtsumme der Arbeitslöhne. Nach der Seite des Stoffs, wie er im Produktionsprozeß fungiert, teilt sich jedes Kapital in Produktionsmittel und lebendige Arbeitskraft; (...) Ich nenne die erstere die Wertzusammensetzung, die zweite die technische Zusammensetzung des Kapitals. Zwischen beiden besteht enge Wechselwirkung. Um diese auszudrücken, nenne ich die Wertzusammensetzung des Kapitals, insofern sie durch seine technische Zusammensetzung bestimmt wird und deren Änderungen widerspiegelt: die organische Zusammensetzung des Kapitals."* (MEW 23; 640) Organische Zusammensetzung meint also das Verhältnis von c : v, ein Verhältnis, das durch die konkrete Form der Produktion (welche und wie viele Maschinen, wie wertvoll sind die Rohstoffe usw. - wie viele ArbeiterInnen sind notwendig, um diese Maschinen zu betreiben...) bestimmt wird. Ich möchte nun die Änderung in der organischen Zusammensetzung durch ein Beispiel erläutern. Nehmen wir an, in einer frühkapitalistischen Fabrik würde eine Maschine von 10 ArbeiterInnen bedient werden (müssen). Willkürlich setzen wir einmal für c und v die Werte 50 und 40 (Arbeitslohn pro ArbeiterIn 4) und weiters nehmen wir eine Mehrwertrate von 100% an, das heißt, bei einem 8stündigen Arbeitstag, 4 Stunden bezahlte und 4 Stunden unbezahlte Mehrarbeit. Wir erhalten unter diesen Annahmen einen Warenwert der sich wie folgt zusammensetzt:

Frühkapitalistische Produktion, investiertes Kapital:
1 Maschine + 10 ArbeiterInnenlöhne
(Arbeitslohn = 4)
in Zahlen: 50c + 40v

Wert der produzierten Waren:
1 Maschine + 10 ArbeiterInnenlöhne +
Mehrarbeit von 10 ArbeiterInnen
in Zahlen: 50c + 40v + 40m

Betrachten wir nun die Verhältnisse im entwickelten Kapitalismus. An die Stelle von einer Maschine sind nun 5 getreten, aus der Masse der ArbeiterInnen wurde nur eine einzige Arbeitskraft, die nun diese weitgehend automatisiertere Produktionsanlage überwacht. Wir erhalten nun folgendes Ergebnis:

Investiertes Kapital:
5 Maschinen + 1 ArbeiterInnenlohn
in Zahlen: 250c + 4v

Wert der produzierten Waren:
5 Maschinen + 1 ArbeiterInnenlohn +
Mehrarbeit von 1er ArbeiterIn
in Zahlen: 250c + 4v + 4m

Betrachen wir also zuerst das Verhältnis zwischen c : v in beiden Beispielen. Die "organische Zusammensetzung" hat sich gewaltig verändert. Während im ersten Beispiel das Verhältnis 5:4 betrug, hat es sich auf 250 : 4 verändert. Anderes gesagt, im ersten Beispiel werden noch ca. 44% für Löhne ausgegeben, im zweiten Beispiel nur noch ca. 1,6%! Bevor wir aber in die Debatte eintreten ist es notwenig, noch zwei weitere Begriffe zu entwikkeln.

Der Begriff der Mehrwertrate m : v

Betrachten wir als nächsten den Begriff Mehrwertrate. In unserem Beispiel haben wir unterstellt, daß 50% der Arbeitszeit bezahlt, 50% unbezahlt sind. Setzen wir m : v in dieses Verhältnis, so erhalten wir eine Mehrwertrate von 1 oder von 100%. Die Mehrwertrate kann freilich nicht konstant bleiben. Erhöht sich die Produktivkraft der Arbeit, so sinkt die notwendige Zeit die für die Produktion der selben Warenmasse. Angenommen durch die Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit sinke der Wert der Ware Arbeitskraft auf eine Stunde in unserer automatisierten Industriegesellschaft, da durch die Entwicklung der Produktivkräfte nur noch eine Stunde notwendig ist, um das selbe Quantum an Gebrauchswerten herzustellen, für das früher vier Stunden notwendig waren. Wir würden dann folgendes modifiziertes Schema, bei gleichbleibendem 8 Stundentag erhalten:

Investiertes Kapital:
5 Maschinen + 1 ArbeiterInnenlohn
in Zahlen: 250c + 1v
Wert der produzierten Ware:
in Zahlen: 250c + 1v + 7m

Die Begriffe “organische Zusammensetzung” und “Mehrwertrate” sind freilich Termini, die rein analytisch sind und in der rauhen Wirklichkeit der kapitalistischen Produktion nicht sichtbar werden können. Was das Kapital tatsächlich interessiert, ist das Verhältnis zwischen der investierten Summe (Kapital) und dem erzielten Profit.

Der Begriff der Profitrate m : (c + v)

Das investierte Kapital setzt sich aus c + v zusammen. Setzt man dieses in Beziehung zum Mehrwert, so erhält man die Profitrate, m/(c + v), in Worten: der Mehrwert dividiert durch die Summe des konstanten und des variablen Kapitals mal Faktor 100 ergibt die Profitrate, also jenen Prozentsatz um den sich das Kapital pro Produktionszyklus vermehrt. Rechnen wir nun einfach die Profitrate bei unseren drei Beispielen aus, so ergibt sich:

Frühkapitalistische Produktion bei Mehrwertrate von 100% (50c + 40v + 40m) - Profitrate von 44%

Automatisierte Produktion bei Mehrwertrate von 100% (250c + 4v + 4m) - Profitrate von 1,5%

Automatisierte Produktion bei Mehrwertrate von 700% (250c + 1v + 7m) - Profitrate von 2,7%

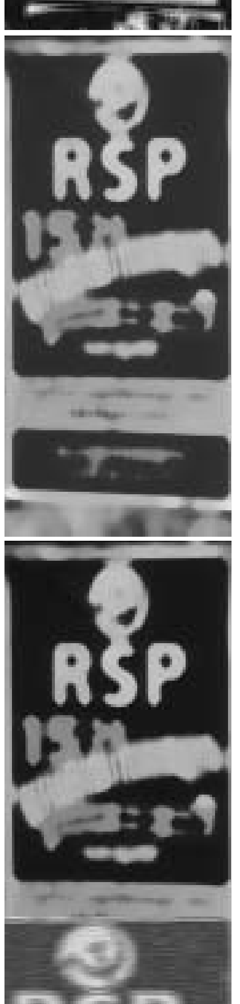
Was haben uns diese drei Bespiele gezeigt? Geht man davon aus, daß die organische Zusammensetzung unaufhörlich wachsen muß, so muß gleichzeitig die Profitrate rapide sinken, selbst eine anzunehmende Erhöhung der Mehrwertrate kann diesen Fall nur mildern, nicht aufhalten. Diese Auffassung vertreten zumindest jene, die von der Geltung des Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate überzeugt sind. Indem das Kapital seinen Gesetzen folgt, (Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit durch Vergrößerung des konstanten Kapitals) setzt es sich selbst eine unüberwindliche Schranke, tendenziell müßte die Profitrate gegen Null tendieren, der Kapitalismus könnte nicht mehr akkumulieren. Insbesondere Henryk Großmann war von der Gültigkeit dieses Gesetzes felsenfest überzeugt.[1] Wenn sich nur der Kapitalismus möglichst rein und umfassend entwickelt, muß er letztlich von selbst Zusammenbrechen, so kann man seine Auffassung zusammenfassen. Aber ich habe die Beispiele absichtlich so gewählt, daß sie diese gängige Auffassung gut illustrieren. Belegt und bewiesen ist dadurch nichts. Hätte ich andere Zahlen gewählt, wäre ein anders Ergebnis herausgekommen. Aber gehen wir schrittweise vor, und überlegen wir uns einige sogenannte “entgegenwirkende Ursachen”.

Entgegenwirkende Ursachen?

Durch die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit wird nicht nur der Wert der Ware gesenkt. Die Waren gehen ja sei es als c, sei es als v wieder in den Produktionsprozeß sein. Anders gesagt, die Verbilligung von c und v senkt einerseits die organische Zusammensetzung und steigert andererseits die Mehrwertrate. Ich möchte dies an dem von mir gewählten Beispielen illustrieren. Im ersten Beispiel habe ich den Einsatz von einer Maschine, im zweiten den von fünf angenommen. Wie konnte ich aber annehmen, daß fünf









(verbesserte, moderne) Maschinen fünf mal so viel Wert haben wie die eine alte, frühindustrielle? Wenn durch die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit der Wert der Waren fällt, so muß dies auch für das konstante Kapital gelten, daß das Kapital ja als Waren auf dem Markt einkaufen muß. Tatsächlich führt Marx (in der von Engels herausgegebenen Ausgabe) im dritten Band des Kapitals die "Verwohlfeilerung der Elemente des konstanten Kapitals" (MEW 25; 245) als dem Gesetz des tendenziellen Falls entgegenwirkende Ursache an. Ebenso senkt sich der Wert der Lebensmittel. Durch die Steigerung der Produktivkraft ist nun nur noch ein Bruchteil jener Arbeitszeit notwendig, um die selbe Menge an Gebrauchsgütern zu liefern. Also verbilligt sich auch das variable Kapital, um viel weniger Wert ist nun die selbe Menge an gebrauchswerten erhältlich. Wenn wir nun beide Faktoren berücksichtigen so erhalten wir zum Beispiel folgende Zahlen:

Investiertes Kapital:
5 Maschinen + 1 ArbeiterInnenlohn
in Zahlen: 50c + 1v
Wert der produzierten Waren:
in Zahlen: 50c + 1v + 7m

Nun ergibt sich eine Profitrate von 13,7%. Wie gesagt, diese Beispiel dienen nur zur Illustration, zur Verdeutlichung von Zusammenhängen. Immerhin können wir sehen, daß die Verbilligung (Wertsenkung) von c und v die Profitrate wieder steigen läßt. Jenseits von Zahlenspielereien stellt sich also die Frage, welches systematische Argument legt Marx seinem Gesetz zugrunde?

Marx zieht selbstverständlich sowohl die steigende Mehrwertrate also auch die Verbilligung der Maschinerie in Betracht, und erkannte ihn ihnen wesentliche, dem Gesetz entgegenwirkende Faktoren. Warum ist er aber trotzdem so überzeugt, daß diese Faktoren letztlich dem Gesetz nicht entgegenwirken können? Weil er meint, daß der tendenzielle Fall im Begriff der Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit unmittelbar angelegt ist. Produktivkraft der Arbeit, bzw. steigende Produktivkraft der Arbeit bedeutet im Kern nichts anderes, als daß die zur Erzeugung eines bestimmten Quantums Gebrauchswert erforderliche Zeit sinkt. Ein Beispiel. Während in der frühkapitalistischen - handwerklichen Produktion sagen wir ein ganzer Arbeitstag (wahrscheinlich viel mehr) notwendig war, um einen Tisch herzustellen, genügen später möglicherweise wenige Stunden, ja Minuten. Blenden wir einem Moment den Wert der Maschinerie aus. Steigende Produktivkraft der Arbeit bedeutet, daß bei einem gegebenen Arbeitstag zehn, fünfzig oder hundert mal so viel Rohstoff verbraucht wird, da eben um diesen Faktor der Produktion von Tischen steigt. Sicher gilt auch hier, das Anschwellen der Stoffmenge bedeutet nicht im gleichen Umfang das Anschwellen der Wertmenge. Die hundertfache Menge an Holz muß nicht bedeuten, daß der Wert dieses Holzes um das hundertfache gestiegen ist. Marx selbst drückt dies so aus: Das konstante Kapital muß im Vergleich zum variablen wachsen (davon ist er überzeugt) aber der *"wachsende Wertumfang des konstanten Kapital" spiegelt "nur entfernt das Wachstum in der wirklichen Masse der Gebrauchswerte"* wieder (MEW 25; 222) Wird die hundertfache Menge an Holz verwendet, so bedeutet dies nicht, daß sein Wert um das hundertfache steigt, möglicherweise steigt er nur um das zehn, vielleicht nur um das fünffache, daher formuliert Marx "drückt entfernt aus". Aber immerhin, er steigt.

Marx war also davon überzeugt, daß die Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit mit Notwendigkeit eine erhöhte organische Zusammensetzung, also die Verdrängung der lebendigen Arbeit aus der Produktion (sachlich wie wertmäßig) nach sich ziehen müsse. *"Die progressive Tendenz der allgemeinen Profitrate zum Sinken ist also nur ein der kapitalistischen Produktionsweise eigentümlicher Ausdruck für die fortschreitende Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit."* (MEW 25; 223) Und wenige Zeilen vorher schreibt Marx: *"Diese fortschreitende relative Abnahme des variablen Kapitals im Verhältnis zum konstanten und daher zum Gesamtkapital ist identisch mit fortschreitend höhern organischen Zusammensetzung des gesellschaftlichen Kapitals in seinem Durchschnitt. Es ist ebenso nur ein andrer Ausdruck für die fortschreitende Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit, die sich gerade darin zeigt, daß vermittelst der wachsenden Anwendung von Maschinerie und fixem Kapital überhaupt mehr Roh- und Hilfsstoffe von derselben Anzahl Arbeiter in derselben Zeit, d.h. mit weniger Arbeit in Produkte verwandelt werden."* (MEW 25; 222) Wenn ich Marx richtig verstehe, so liegt der Schwerpunkt seines Arguments weniger auf dem gestiegenen Wert der Maschinerie, der technischen Anlagen usw. Sein Hauptargument liegt in der rapide steigenden Masse der Rohstoffe, die durch die erhöhte Produktivkraft der Arbeit pro Zeiteinheit verarbeitet wird und dem dadurch immer geringer werdenden Anteil des Arbeitstages, der als zusätzlicher Wert dem Rohstoff zugeführt werden kann. Wenn die tägliche Produktion von Tischen von einem auf hundert steigt, so sinkt die zugesetzte Arbeit pro Tisch auf ein hundertstel. Natürlich, und das betont ja Marx, sinkt auch der Wert des Holzes, die gestiegene Masse der Gebrauchswerte wird "nur entfernt" in der Wertsteigerung ausgedrückt. Aber letztlich steigt die Produk-

tivkraft der Arbeit schneller als der Wert der Rohstoffe sinkt. Nochmals eine Illustration des Gesagten an dem Beispiel der Tischproduktion. Wenn die tägliche Menge von einem auf hundert Tische anwächst, so müßte der Wert des Holzes um den selben Faktor, also hundert sinken, damit die Profitrate gleichbleibt, verbilligt sich das Holz "nur" um den Faktor zehn, so sinkt die Profitrate, allerdings nur, wenn die Mehrwertrate konstant bleibt! Soll sie umgekehrt steigen, so mußte der Holzpreis um mehr als das hundertfache sinken. Lassen wir einmal die Darstellung an diesem Punkt so stehen, und sehen wir uns ein wenig jene Kritik am "Gesetz" an, die in den letzten Jahren formuliert wurde.

Die Kritik von Hans-Georg Bensch

Für Bensch steht und fällt das berühmte Gesetz mit dem Begriff der organischen Zusammensetzung, also mit der These, c müsse sich gegenüber v grenzenlos ausdehnen. Er schreibt: *"Bisher wurden nur einige Marx-Zitate angeführt, die eindeutig das Gesetz des Falls der Profitrate als einer Krisen Theorie und nicht einer Zusammenbruchstheorie zugehörig anzeigen; als Zitate ersetzen sie aber keineswegs ein systematisches Argument. Das ist erst möglich, wenn das begriffliche Fundament des (tendenziellen) Falls der Profitrate untersucht wird, und das ist der Begriff der organischen Zusammensetzung des Kapitals."* (Bensch 1995; 61) Dieser Aussage kann ich zustimmen. Bensch meint nun, daß bei der Darstellung der steigenden organischen Zusammensetzung, respektive der fallenden Profitrate ein Umstand nicht bedacht wurde. Um die wirkliche Entwicklung auszudrücken, müßte es sich immer um den selben Gebrauchswert handeln. Wenn z.B. zuerst mit vielen ArbeiterInnen und wenig Maschinen (sachlich wie wertmäßig) Fahrräder produziert werden, später mit teuren Maschinen und wenig ArbeiterInnen ebenfalls in der selben Zeit viel mehr Fahrräder produziert werden, dann ist die organische Zusammensetzung des Kapitals zweifellos gestiegen. Wie - so darf ich Bensch interpretieren - läßt sich aber die Produktion von Fahrrädern mit der Produktion von sagen wir Bildschirmen vergleichen? Sowohl die Produktion von Fahrrädern als auch von Bildschirmen erfordert jeweils eine bestimmte technische und wertmäßige Zusammensetzung. So weit, so gut. Nur darf ich diese beiden Zusammensetzungen wirklich vergleichen? Die Antwort von Bensch: nein. In seinen Worten: *"Bei ungleichen Gebrauchswertarten zu verschiedenen Zeitpunkten geht aber die Wertbestimmung verloren, die Fundament einer quantifizierenden Darstellung der allgemeinen Profitrate bzw. deren Entwicklung ist. Es sind verschiedene Gebrauchswerte (Waren) zur selben Zeit oder gleiche Gebrauchswerte (Waren) zu verschiedenen Zeiten, nicht aber verschiedene Gebrauchswerte (Waren) zu verschiedenen Zeiten als dem Wert nach vergleichbar darzustellen. Letzteres drückt aber die aufgestellte Reihe aus."* (Bensch 1995; 67) Mit "aufgestellter Reihe" meint er das Beispiel von Marx, der unter der Annahme einer Mehrwertrate von 100% folgende Zusammensetzungen entwarf und damit den Abschnitt zum tendenziellen Fall im dritten Band einleitete:

c=50, v=100 Profitrate 66,6%
c=200, v=100 Profitrate 33,3%
c=400, v=100 Profitrate 20%

Marx interpretiert nun dieses Abfolge etwas später: *"Die im Eingang hypothetisch aufgestellte Reihe drückt also die wirkliche Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise aus."* (MEW 25; 222f) Die Verschiedenheit, Ungleichartigkeit der Gebrauchswerte lasse einen systematischen Vergleich, das Aufstellen von Reihen, die von dieser Verschiedenartigkeit abstrahiere, so Bensch, nicht zu. Und er schlußfolgert: *"Jeder Versuch der Darstellung eines proportionellen Wachstums von Wert und Stoff von c muß daran scheitern."* (Bensch 1995; 67) Wirklich überzeugend ist das Argument von Bensch aber nicht. Sicher, in einem Punkt hat er recht. Es mag zwar Gebrauchswerte geben, bei denen sich die Alternative, viele ArbeiterInnen oder wenig Maschinen oder wenig ArbeiterInnen und viele Maschinen stellt, es gibt aber Gebrauchswerte, bei denen das einfach nicht der Fall ist. Selbst noch so viele ArbeiterInnen könne mit einfachen Werkzeugen und den bloßen Händen keine Computerbauteile herstellen. Man kann also sagen, daß die Produktion bestimmter Gebrauchswerte bestimmte technische, und daher in Folge eine bestimmte organische Zusammensetzung erfordern und Alternativen nur bis zu einem bestimmten Grad möglich sind. Dieses Argument kann durchaus gegen das Gesetz des tendenziellen Falls gewendet werden. Wie Marx im zweiten Band des Kapitals ja selbst ausführt, beruhen viele Produktionsabläufe auf chemischen, organischen, biologischen und physikalischen Prozessen, die nicht willkürlich verkürzt werden können. Die stoffliche (gebrauchswertmäßige) Seite der Produktion, die technische Zusammensetzung bestimmt ja bis zu einem gewissen Grade die wertmäßige. Kein Lastwagen kann nur mit einem halben Fahrer besetzt werden, und ebenso läßt sich die Menge an Teeblättern, die von den Pflückerinnen täglich geerntet werden können, nicht grenzenlos erhöhen. Ebenso werden neue Gebrauchswertarten entwickelt, die auf Grund des technologischen Produktionsablaufes einfach ein bestimmtes Verhältnis von Maschine, Rohstoff und menschlicher Arbeitskraft erfordern, das nicht willkürlich verändert werden kann (die technische Zusammensetzung) und daher ein bestimmtes Wertverhältnis präjudiziert.

Warum aber bei der Betrachtung der historischen Entwicklung der Profitrate nicht von den Besonderheiten der Gebrauchswerte abstrahiert werden darf, warum zum Beispiel ein Vergleich zwischen der gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate der 20er Jahre und der Gegenwart nicht möglich und sinnvoll sein soll (obwohl heute Gebrauchswertarten produziert werden, die es damals gar nicht gegeben hat) kann ich wirklich nicht nachvollziehen. Im Grunde verweist Bensch zu recht darauf, daß die technische Zusammensetzung bei Überlegungen bezüglich der Entwicklung der Profitrate nicht ignoriert werden darf, wieso aber deswegen das sogenannte "Gesetz" widerlegt sein soll, ist nicht einzusehen.



Die Kritik von Michael Heinrich

Interessanter und weitreichender scheint mir das Argument von Michael Heinrich zu sein. Ebenso wie die differenzierten Überlegungen von Bensch werde ich hier seine komplexen Überlegungen auf die Essenz des Argumentes reduzieren. Heinrich geht einmal von der Formel der Profitrate aus, die da lautet:

$$p = \frac{m}{c + v}$$

in Worten: Die Mehrwertrate ergibt sich aus dem Mehrwert, dividiert durch die Summe des konstanten und des variablen Kapitals. Heinrich, wie übrigens bereits Gillman[2] dividiert nun diesen Bruch durch v und erhält folgendes Ergebnis:

$$p = \frac{\frac{m}{v}}{\frac{c}{v} + 1}$$

Wir erhalten nun einen grausigen Doppelbruch, und ich befürchte, daß mache, denen jede mathematische Formel so und so ein Greuel ist, nun mit dem Lesen dieses Beitrags aufhören. Doch keine Panik, wenn wir uns in aller Ruhe dieses Monster betrachten, wird die Sache bald halb so schlimm. Was steht im Zäher dieses Bruches, also oberhalb des langen Divisionsstriches? Es steht m : v, eine bekannte Größe. m : v ist einfach die Mehrwertrate, das Verhältnis der unbezahlten zur bezahlten Arbeit. Betrachten wir nun den Nenner des Bruches. Ursprünglich stand darunter c + v. Wir haben diesen Term durch v dividiert und er hielten: c : v + v : v. Dividiert man v : v so erhält man einfach 1, c : v aber nichts anderes als die organische Zusammensetzung des Kapitals, also das Verhältnis des konstanten Kapitals zum variablen. Im Nenner des Bruches steht also die organische Zusammensetzung (c : v) sowie die Zahl 1. Was wissen wir nun über die organische Zusammensetzung, oder genauer, was haben wir angenommen? Daß auch sie steigt, c wird im Vergleich zu v immer größer. Oberhalb des Doppelbruches steht also die Mehrwertrate (m : v), unterhalb die organische Zusammensetzung (c : v) plus die Zahl 1 (die ja konstant bleibt, wie immer sich auch v, m und c entwickeln). Was können wir nun über beide Größen aussagen? Daß sie beide steigen werden. Entwickelt sich die kapitalistische Produktionsweise, steigt also die Produktivität der Arbeit auf Grund des Einsatzes von Technik und Maschinerie, so werden beide Größen wachsen, es wird sowohl die Mehrwertrate, als auch die organische Zusammensetzung steigen. Die Profitrate ist also das Ergebnis einer Division, Mehrwertrate durch organische Zusammensetzung. Wenn nun beides steigt, so stellt sich die Frage, was steigt schneller, die Mehrwertrate oder die organische Zusammensetzung? Wenn nun der Zäher, die Mehrwertrate, schneller steigt als die organische Zusammensetzung, so wird die Profitrate erhöht, steigt hingegen der Nenner, also die organische Zusammensetzung schneller als der Nenner, sinkt die Profitrate. Kommentar Heinrich: *"Für die Bewegungsrichtung der Profitrate kommt es aber auf das VERHÄLTNIS der Bewegung dieser beiden Größen an, welche verändert sich im Vergleich zur anderen schneller und dominiert damit das Geschehen."* (Heinrich 1999; 337)

Ich möchte dies an einem Beispiel erläutern. Gehen wir von einer Mehrwertrate von 100% und einer organischen Zusammensetzung von 4 : 1 aus. Nehmen wir folgende Ausgangsbedingung an:

40c + 10v + 10m

Die Profitrate beträgt in diesem Beispiel 20%. [10 : (40 + 10) = 0,2]

Gehen wir zuerst davon aus, daß die Mehrwertrate schneller steigt als die organische Zusammensetzung.

50c + 10v + 30m

Nun beträgt die Profitrate 50%. [30 : (50 + 10) = 0,5] Die organische Zusammensetzung ist von 4:1 auf 5:1 gestiegen, die Mehrwertrate aber von 1:1 auf 3:1. Lassen wir nun die organische Zusammensetzung schneller steigen als die Mehrwertrate. Wir lassen die Mehrwertrate von 1:1 auf 2:1 steigen, die organische Zusammensetzung aber von 4:1 auf 10:1 und erhalten nun folgende Zahlen:

100c + 10v + 20m

Nun beträgt die Profitrate bloß ca. 18%. [20 : (100 + 10) = 0,18]Es geht also um das Verhältnis von steigender organischer Zusammensetzung und ebenso steigender Mehrwertrate. Der erste Faktor läßt die Profitrate fallen, der zweite läßt sie steigen.

Was haben wir mit dem obigen Doppelbruch gewonnen? Wir können mathematisch exakt das Verhältnis zwischen Mehrwertrate, organischer Zusammensetzung und Profitrate ausdrücken, haben aber die entscheidende Frage, MUSS und/oder KANN das konstante Kapital gigantisch anwachsen, noch lange nicht beantwortet. Um dies zu untersuchen, formalisiert Heinrich einfach die Konsequenz der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit, das heißt, er formalisiert den sinkenden Wert der Ware. Dabei nimmt er einen Zeitpunkt 1 (geringere Produktivkraft) und einen späteren Zeitpunkt 2 (gestiegene Produktivkraft) an und schreibt (Heinrich 1999; 338)

$$c2 + v2 + m2 = k(c1 + v1 + m1)$$

Dieser Ausdruck besagt folgendes: Durch die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit sinkt der Wert der Waren. Der Wert der im Kapitalismus produzierten Gebrauchswerte läßt sich analytisch auf die Faktoren c, v und m zurückführen. Die Gleichung besagt nur, daß die Summe dieser Faktoren sinken muß. Da sich die Waren verbilligen, muß k kleiner als 1 sein, sonst erhielten wir keine Gleichung.

Analog dazu können wir zu zwei unterschiedlichen Entwicklungsphasen des Kapitalismus zwei verschiedene Profitraten annehmen. Wir nehmen eine Profitrate (1) an und eine weitere, nach einer angenommenen Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit, die Profitrate (2), von der Marx annahm, sie müsse signifikant gesunken sein. Heinrich übernimmt nun die von Marx postulierten Annahmen, nämlich daß das konstante Kapital gestiegen, im Verhältnis dazu das variable gesunken sei, kurzum, er übernimmt die Voraussetzung der gestiegenen organischen Zusammensetzung. Er formalisiert diese Annahmen und kommt zu folgendem Ergebnis: (Die mathematischen Details der Ableitung will ich überspringen, wer Zweifel an der Richtigkeit hat, kann die Ableitung jederzeit bei Heinrich nachrechnen.)[3]

$$P2 = \frac{m1 + \Delta v1 - \Delta c1}{c1 + v1 + \Delta c1 - \Delta v1}$$

Was steht nun im Zähler, also über dem Bruchstrich? Wir finden den Mehrwert zum Zeitpunkt 1 plus jenem Wert, um den das variable Kapital verringert wurde, minus dem Wert, um den das konstante Kapital erhöht wurde. Anders gesagt, zum alten Mehrwert ist jene Summe, die an Löhnen eingespart wurde hinzuzurechnen und jene Summe, die an zusätzlichen Kosten in Maschinen, Anlagen und Rohstoffen investiert wurde, abzuziehen. Unten in Nenner steht des ursprüngliche konstante und variable Kapital (Zeitpunkt 1), plus die Erhöhung des konstanten Kapitals minus der Einsparungen beim variablen Kapital.

Heinrich meint nun, daß man eine systematische Aussage über das Verhältnis der Erhöhung des konstanten und der Verringerung des variablen Kapitals machen kann. Und zwar: Die Erhöhung des konstanten Kapitals $\Delta c1$ ist kleiner als die Verringerung des variablen Kapital $\Delta v1$. In anderen Worten, es wird weniger in Maschinen und Rohstoffen investiert als an Löhnen eingespart wird. Nochmals anders ausgedrückt, der Wert von $\Delta c1$ ist kleiner als der Wert von $\Delta v1$. Wenn ich unter dieser Voraussetzung den obigen Bruch untersuche, komme ich zu folgendem Ergebnis. Während im Zähler (über dem Bruchstich) ein Wert hinzugefügt wird, wird im Nenner (unter dem Bruchstrich) ein Wert abgezogen. Erhöht sich aber der Zähler und verringert sich der Nenner, so steigt der Quotient an, d.h. das Ergebnis der Division erhöht sich. Wir vergleichen nun unter diesem Gesichtspunkt die Profitrate 1 mit der Profitrate 2.

$$P1 = \frac{m1}{c1 + v1}$$

verglichen mit

$$P2 = \frac{m1 + \Delta v1 - \Delta c1}{c1 + v1 + \Delta c1 - \Delta v1}$$

läßt erkennen, daß die Profitrate 2 höher als die Profitrate 1 sein muß. Heinrich kommt also folgerichtig zum Schluß: *"Auf der von Marx gewählten Abstraktionsebene läßt sich demnach nicht nur kein Fallen der Profitrate begründen, sondern sogar ein tendenzielles Steigen."* (Heinrich 1999; 339f)

Ich will, nochmals zur Erläuterung ein Beispiel mit Zahlen nehmen. Wir gehen von einer Profitrate 1 mit folgenden Werten aus (m = 20, c= 40, v = 20). Unter diesen Voraussetzungen beträgt sie 33,3%. Wir lassen nun c geringer Steigen (plus 5) als v sinken (minus 10). Wir müssen nun die Summe aus m1 + Δv1 - Δc1 (20 + 10 - 5) durch die Summe aus c 1 + v1 + Δc1 -Δv1 (40 +20 + 5 - 10) dividieren und erhalten eine Profitrate von 45,4%. (Dieses Zahlenbeispiel dient nur dazu, all jenen, die sich mit allgemeinen Zahlen schwertun, zu helfen, den Aufbau der obigen Formel besser nachvollziehen zu können.)

Wie kommt nun Heinrich zum Schluß, daß die Erhöhung des konstanten Kapitals kleiner sein muß, als die Verringerung des variablen Kapitals. Er greift auf eine Aussage von Marx aus dem I. Band des Kapitals zurück, *"daß nämlich bei Einführung einer neuen Produktionsmethode der Aufwand an zusätzlichem konstanten Kapital durch die Einsparung an variablem Kapital begrenzt wird."* (Heinrich 1999; 337) Neue Produktionsmethoden, so Heinrich in Anschluß an Marx, werden nur dann getätigt, wenn der Kostpreis (Die Summe aus c + v) sinkt. Die Produktionskosten müssen für das Kapital sinken, sonst wird die Investition nicht getätigt, sonst werden Arbeitskräfte nicht durch Maschinen verdrängt. Eingeführt wird die neue Methode der Produktion nur wenn gilt, daß die Erhöhung des konstanten Kapitals KLEINER ist als die Verminderung des variablen Kapitals, *"so daß sich der Kostpreis des Kapitalisten vermindert."* (Heinrich 1999; 338) Das intendierte Ziel des Kapitals ist ja weder die Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit respektive die Senkung des Werts der Waren sondern die Erhöhung des eigenen Profits. Indem nun dieses Ziel intendiert wird muß das Kapital ungewollt und nicht willentlich sowohl die Produktivkraft der Arbeit erhöhen als auch den Wert der Waren senken. Wenn die berühmte Aussage von der List der Vernunft Sinn macht, dann hier. Das Kapital erhöht aber die Produktivkraft der Arbeit, anders gesagt es erhöht die organische Zusammensetzung keinesfalls um jeden Preis. Es führt neue Produktionsmethoden, so Heinrich in Anschluß an Marx, nur dann ein, wenn die Summe aus c + v, also der Kostpreis, sinkt. Es lassen sich nun leicht Fälle konstruieren, in denen die Erhöhung der Produktivität der Arbeit mit einer Erhöhung des Kostpreis Hand in Hand geht. Vergleichen wir etwa Kapital A mit der Zusammensetzung 60c + 20v + 20m, ergibt einen Warenwert von 100, mit einem Kapital B, das den selben Gebrauchswert mit der Zusammensetzung von 80c + 5v + 5m produzieren könnte. Würde eine Produktionsmethode B, die insgesamt die Produktivkraft der Arbeit erhöht, also den Wert der Ware von 100 auf 90 senkt eingeführt? Heinrich meint nein. Obwohl die Produktivkraft der Arbeit im Falle B steigen würde, würde das Kapital B sich in eine aussichtlose Konkurrenzsituation begeben. Sein Kostpreis würde, verglichen mit Kapital A um den Wert von 5 steigen, statt 80 wären 85 Einheiten zu investieren. Ebenso würde der erzielte Mehrwert, selbst wenn Kapital A den (vorläufigen gesellschaftlichen Durchschnitt darstellen würde) von 20 auf 15 sinken. In diesem Fall erweisen sich die kapitalistischen Produktionsverhältnisse als Schranke für die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit. Wir dürfen freilich nicht vergessen, auf welchem hohen Abstraktionsniveau sich die Debatte bewegt. Aussagen über die derzeitige konkrete Entwicklung der Profitrate, in die ja viele historisch besondere Faktoren einfließen, die in fünfzig, hundert oder hundertfünfzig Jahren sich völlig anders darstellen, lassen sich nicht unmittelbar aus der Kritik am sogenannten Gesetz des tendenziellen Falls ableiten. Zusammenfassend läßt sich aber sagen, daß die kapitalistische Produktionsweise nicht von selbst am tendenziellen Fall zerschellen und zerbrechen wird. Automatisch wird das Kapital nicht, jedenfalls nicht durch den tendenziellen Fall der Profitrate, zusammenbrechen. Wir haben keinen Grund, ein derartiges Gesetz anzunehmen. (Da andere Versionen von Zusammenbruchstheorien in diesem Artikel nicht angesprochen wurden, will ich hier kein summarisches Urteil darüber abgeben.) Ohne **revolutionäre Aktivitäten der Subjekte** wird es jedenfalls keine Überwindung des Kapitalismus geben können.

Literatur:

Bensch, Hans-Georg (1995), "Vom Reichtum der Gesellschaften. Mehrprodukt und Reproduktion als Freiheit und Notwendigkeit in der Kritik der Politischen Ökonomie." Lüneburg 1995

Heinrich, Michael (1999), "Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition", Überarbeitete und erweiterte Neuauflage, Münster

Marx, Karl (MEW 23) = Kapital, Band 1
(MEW 25) = Kapital, Band 3

Anmerkungen:

1 Bereits im Titel seines Hauptwerks "Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems" ist diese These enthalten.

2 Joseph M. Gillman, "Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate", 1969 Frankfurt am Main

3 Unter Δc1 bzw . Δv1 (sprich Delta c 1, Delta v 1) ist jene Summe zu verstehen, um die der ursprüngliche Wert erhöht oder vermindert wurde. Wenn c1 von sagen wir 50 auf 60 erhöht wird, ist Δc1 10, wenn v1 von 30 auf 15 verringert wurde, beträgt Δv1 15.

Robert Castel: Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit.

UVK Universitätsverlag Konstanz, 2000. (édition discours; 13), 416 Seiten. Titel der Originalausgabe: Les métamorphoses de la question sociale. Une chronique du salariat, Librairie Arthème Fayard, 1995.

9

Die Peripherie der Lohnarbeitsgesellschaft

In ihrer heutigen Form, schreibt der französische Soziologe Robert Castel, sei die soziale Frage unter dem Aspekt der Auflösung des Status der Lohnarbeit zu interpretieren: "Die Lohnarbeiter(innen)schaft hat lange an den Rändern der Gesellschaft ‚kampiert'; sie hat sich dann darin eingerichtet, ist aber in einer untergeordneten Position verblieben; schließlich hat sie sich über die ganze Gesellschaft ausgebreitet und allerorten ihr Gepräge hinterlassen. Doch just in dem Moment, als die der Arbeit anhaftenden Attribute zur Kennzeichnung des für die Platzierung und Klassifizierung eines Individuums in der Gesellschaft verantwortlichen Status endgültig die Oberhand gegenüber anderen Identitätsstützen wie der Familienzugehörigkeit oder der Zugehörigkeit zu einer konkreten Gemeinschaft gewonnen haben, wird diese zentrale Rolle der Arbeit brutal in Frage gestellt" (Castel 336). Von diesem gegenwärtigen Kontext ausgehend, in dem die Rolle der Lohnarbeit als "großer Integrator" der Gesellschaft (Castel 337) immer fragwürdiger zu werden scheint, ist Castels groß angelegter historischer Rückblick zu verstehen, in dem es vor allem um die Rekonstruktion jenes sozialen Raumes geht, den Castel als "Zone der Verwundbarkeit" (Prekarität) bezeichnet. Robert Castel beschreibt vor allem anhand von historischem Datenmaterial aus der französischen Geschichte den gesellschaftlichen Aufwand, dessen es bedurfte, um die Lohnarbeit aus diesem Jahrhunderte langen Status der Prekarität und Unsicherheit zu befreien und im 20. Jahrhundert als Basismatrix der modernen Arbeitsgesellschaft zu institutionalisieren. Die "Metamorphose der sozialen Frage" lässt sich daher auch als Wanderung oder vielmehr als "Odyssee" des Dispositivs der Lohnarbeit durch die Geschichte darstellen und sie führt zunächst an die gesellschaftliche Peripherie. Lohnarbeiter und Lohnarbeiterinnen stehen in der vorindustriellen Gesellschaft "beinahe immer auf fragilen und ungewissen Positionen: halbe Lohnarbeit, zersplitterte Lohnarbeit, verachtete Lohnarbeit etc. Über dem Landstreicher, jedoch unterhalb derer, die einen Stand haben, bevölkern die Arbeiter die minderwertigen und bedrohten Auflösungszonen der Gesellschaftsordnung." (Castel 101) Die "soziale Frage" stellt sich Castel zufolge "explizit an den Rändern des gesellschaftlichen Lebens, sie stellt zugleich aber auch die gesamte Gesellschaft in Frage" (Castel 20), indem sie die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Spaltung vor Augen führt.

Spuren der Lohnarbeit finden sich bereits angelegt als Arbeitszwang im Umgang mit marginalisierten Bevölkerungsgruppen, die weder ins Bild der oder des anständigen Armen passten, noch durch Arbeitsunfähigkeit die Kriterien einer kommunalen Versorgung und Fürsorge erfüllten. Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeiter waren demnach immer schon diejenigen, die nichts anderes besaßen als ihre Arbeitskraft und im Unterschied zu jenen Armen, die auf Netze primärer Versorgung zurückgreifen konnten, ohne soziales Kapital waren. Der Umgang mit der öffentlichen Präsenz von Gestalten, die "Andersheit" im Verhältnis zu einem Modell gemeinschaftlicher Organisation symbolisieren - das wird in der langen historischen Perspektive des Buches deutlich -, weist erstaunliche Parallelen zur Gegenwart auf. Für diese Gruppen galt territoriale Festschreibung und Arbeitszwang - (auf diese gewalttätige Herkunft der Lohnarbeit aus Armen- und Arbeitshaus hat bereits Michel Foucault hingewiesen). Insofern zieht sich in der von Robert Castel unternommenen großen Erzählung des Aufstiegs und der Institutionalisierung der Lohnarbeit die "soziale Frage" auch als ein roter Faden einer strukturellen Ausgrenzung jener durch die europäische Geschichte, die ohne Eigentum und sozialen Rückhalt waren (bzw. sind) und für die eigentlich immer schon der gesellschaftliche Imperativ der Arbeit galt.

Die Lohnarbeitsgesellschaft

Aus dieser absolut peripheren Randlage gerät die Lohnarbeiter/innen/lage in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts als "Pauperismusfrage" ins Zentrum gesellschaftlicher Problematisierung. Mit der "verblüffenden Entdeckung", dass die massenhafte "Verwundbarkeit" ganze Bevölkerungsgruppen betrifft, die nicht mehr an der Peripherie sondern mitten im Zentrum des Produktionsprozesses und der Modernisierungsdynamik der ersten industriellen Revolution zu finden sind, vollzieht sich auch ein

Wandel der Sozialstruktur: “Die Karriere des Sozialstaats beginnt in dem Augenblick, als die Notablen ihre uneingeschränkte Herrschaft einbüßen und das Volk bei dem Versuch, die soziale Frage (revolutionär) zu lösen, eine Niederlage einstecken muss.” Hier öffnet sich Castel zufolge ein Vermittlungsraum, der dem Sozialen eine neue Bedeutung zumisst. (Castel 236) In diesen neuen Vermittlungsraum, als die Lösung von Interessenskonflikten durch bürgerliches Moralmanagement und Patronage ebenso wenig in Frage kommt wie ein revolutionärer Umsturz, tritt nun der Staat. Diese Transformation “des Sozialen” von einer Option von Fürsorgepraktiken, die sich auf der Ebene eines ungleichen Tauschs vollziehen (Castel 207), zu einer Sphäre staatlich garantierter Rechte stellt einen wesentlichen Bruch in der gesellschaftlichen Organisation dar. Es bildet sich “die Grundmatrix des Sozialstaats als ein System gesetzlicher Garantien, dem es zu danken ist, dass Sicherheit nicht mehr ausschließlich von Privateigentum abhängt”. Wenn der Sozialstaat auch nicht souverän ist, so stellt er, Castel zufolge, doch etwas grundlegend Neues dar. “Das Aufkommen des Sozialeigentums ist vielleicht die maßgebliche, ihm zu verdankende moderne Eigenschaft, die den jahrhundertealten Konflikt zwischen Vermögen und Arbeit in gänzlich neuen Begriffen formuliert.(...) Die Grundfrage, wie staatliches Handeln legitim ausgeübt werden kann, wenn direkte Eingriffe in die Eigentumsordnung und in die Wirtschaft ausgeschlossen sind” (Castel 236), wird damit auf eine neue Ebene verlagert. Als zentrales Element der Herausbildung einer kollektiven Interessenslage der Arbeiter und Arbeiterinnen sieht Castel die Entstehung der staatlichen Sozialversicherungssysteme. (vgl. u.a. Castel 262)



Während Lohnarbeit in der vorindustriellen Epoche nur in fragmentarischem Zustand existierte und die “proletarische Lage” zu Beginn der Industrialisierung in ihren Hauptelementen durch ein Minimaleinkommen gekennzeichnet ist, das keine Ausgaben für Konsum erlaubte, einen Mangel an gesetzlichen Garantien und legalen Bestimmungen, eine “labile” Beziehung des Arbeitnehmers, der Arbeitnehmerin zum Unternehmen und - wenn nicht unbedingt erforderlich - wenig Bereitschaft zur Disziplin gekennzeichnet ist (Castel 285), umfasst das Lohnarbeitsverhältnis, wie es sich in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts herauskristallisierte, den Lohn als eine Form der Vergütung der Arbeit, die auch Konsummuster, Lebensweise, Arbeitsdisziplin und den Produktionsrhythmus regelte und außerdem durch einen legalen Rahmen des Arbeitsvertrags strukturiert war. (Castel 286) In Anlehnung an die französische Regulationsschule führt Robert Castel fünf Charakteristika an, die das fordistische Lohnarbeitsverhältnis kennzeichnen und die den “Arbeitsmarkt” strukturieren, wie er sich im Verlauf des 20. Jahrhunderts herausgebildet hat. Es sind dies erstens “eine klare Trennung zwischen denen, die effektiv und regelmäßig arbeiten und den ‚Inaktiven’ oder ‚Semi-Aktiven’, die sowohl aus dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen, wie auch in institutionell regulierte Formen integriert werden müssen”. (Castel 286) Die moderne Definition der Lohnarbeit setzte eine präzise statistische Erfassung und Identifizierung der Erwerbsbevölkerung voraus und die Trennung von all denen, die nicht oder nur zeitweise beschäftigt sind. Diese Trennung der Erwerbspersonen vom Universum der Nichtarbeit wurde erst durch die Erstellung verlässlicher Statistiken ermöglicht. Als zweite Voraussetzung nennt Castel “die Bindung des Arbeiters (der Arbeiterin) an seinen (ihren) Arbeitsplatz und die Rationalisierung des Arbeitsprozesses im Rahmen einer präzisen (...) und reglementierten Zeitverwaltung”. (Castel 290)

Eine weitere Voraussetzung bildet die Möglichkeit gesellschaftlicher Teilhabe über die Vermittlungsebene des Lohnes. Der Lohn ermöglichte die Teilhabe an den neuen Konsumnormen, durch die der/die Arbeiter/in zum/zur Nutznießer/in und Konsumenten/in der Massenproduktion wird. Mittels dieses Umstandes findet tatsächlich auch eine Homogenisierung der Milieus und der Lebensweisen statt. Das vierte Charakteristikum des fordistischen Arbeitsverhältnis ist “die Teilhabe am Sozialeigentum und an den öffentlichen Dienstleistungen. Der Arbeitnehmer (die Arbeitnehmerin) ist auch ein Gesellschaftssubjekt mit Anspruch auf Teilhabe am Vorrat der in der Gesellschaft verfügbaren, nicht-marktmäßigen Gemeingüter”. Voraussetzung dafür ist die Stabilisierung der Lohnarbeit als klar identifizierbare Entität sowie der Übergang zu einer “geschichtlichen Konjunktur der Lohnarbeit”, in der, wie Castel schreibt, die abhängige Arbeit “klassifiziert und registriert festgelegt und stabilisiert werden

9

kann (selbst geringe Rechtsansprüche können nur an einen eindeutig identifizierbaren Zustand geknüpft werden, was die Ausarbeitung des Begriffs Erwerbsbevölkerung und das Ausklammern der vielfältigen Formen unständiger Arbeit voraussetzt)" (Castel 295).

Als fünftes und letztes Kriterium sieht Castel die kollektive Dimension, d.h. "die Verankerung (der Lohnabhängigkeit) in einem Arbeitsrecht, das den Arbeitnehmer (die Arbeitnehmerin) als Mitglied eines Kollektivs anerkennt, dem ein sozialer Status jenseits der rein individuellen Dimension des Arbeitsvertrags eigen ist" (Castel 296). Das ist auch die Voraussetzung dafür, dass Arbeit nicht länger als Attribut der einzelnen Individuen (als solches der Privatsphäre zugehörig) betrachtet wird und zu einer gesellschaftlichen Entität wird, die als solche in der öffentlichen Sphäre verortet ist. Das Arbeitsverhältnis gehört nicht mehr zum Feld des Zivilrechts sondern tritt in das Feld des öffentlichen Rechts. Diese fünf Bedingungen bilden, was Castel als den Übergang "vom Vertrag zum Statut" bezeichnet - vom liberalen Zeitalter in das 20. Jahrhundert - und den er als den zweiten Bruch im Prozess der Herausbildung des Proletariats klassifiziert, nach dem ersten Bruch, der sich zwischen dem 18. und 19. Jahrhundert im Zuge der ersten industriellen Revolution vollzog und der durch den Übergang "von der Vormundschaft zum Vertrag" gekennzeichnet war.

Die neue soziale Frage

Trotz der weitreichenden historischen Perspektive bleibt die Problemstellung des Buches in der Gegenwart begründet. Die ausführliche sozialgeschichtliche Verankerung der Lohnarbeit erscheint Castel deshalb notwendig, um "das Ausmaß des drohenden Bruchs ermessen zu können, der den Gegenwartsgesellschaften" unter den Bedingungen eines globalisierten Kapitalismus "zu schaffen macht" (Castel 11). Nach einem langen Zyklus der Einverleibung und Rationalisierung treten die westlichen Gesellschaften seit dem Ende der 70er Jahre in eine umgekehrte Phase ein: in die Phase der intensiven Desorganisierung der Arbeit und der Destrukturierung von Gesellschaftlichkeit, indem eine Neuformulierung "der sozialen Frage im Sinne der Rückkehr einer Massenverwundbarkeit, die man schon gebannt glaubte." (Castel 215) stattfindet. Mit dem Abbau sozialstaatlicher Sicherungen, so lautet eine zentrale These Castels, entstehe eine sich ausdehnende Zone neuartiger Verwundbarkeit (Prekarität), die sich insofern qualitativ von den historisch vorhergehenden Zuständen massenhafter Verwundbarkeit unterscheidet, als sie vor dem Hintergrund bereits bestehender sozialstaatlich garantierter Sicherungsmechanismen zu sehen ist. (Castel 401)

Die neuen Arbeitsformen sind nicht mehr innerhalb der Regulationen der fordistischen Lohnarbeit einzuordnen. Sie eröffnen neuerlich einen Raum, der durch diffuse, rechtlich uneindeutige Situationen und Arbeitsverhältnisse gekennzeichnet ist und weisen deshalb eine strukturelle Homologie zu jenen unsicheren und heterogenen Situationen auf, aus denen sich die Lohnarbeit vom späten 19. Jahrhundert an, als (mehr oder weniger) einheitliche Lage heraus zu kristallisieren beginnt (vgl. Castel 15f) . Schon einmal, zu Beginn der kapitalistischen Entwicklung in der liberalen Moderne des frühen 19. Jahrhunderts - darauf läuft Castels Argumentation hinaus - war der gesellschaftliche Zusammenhalt durch die Autonomisierung der Ökonomie bedroht. In dieser Situation bedeutete die Institutionalisierung gesellschaftsübergreifender sozialstaatlicher Sicherungssysteme keine selbstverständliche und lineare Entwicklung, sondern eine mühevolle soziale Konstruktion und einen grundlegenden Wandel der gesellschaftlichen Ordnung, der sich gegen Ende des 18. Jahrhundert zu vollziehen beginnt: der Umbruch in eine Gesellschaft, in der die soziale Identität und Sicherung auf Lohnarbeit aufbaut und nicht mehr auf Eigentum (Castel 264): "Der Sozialstaat (...) hat sich im Schnittpunkt zwischen Arbeit und Markt herausgebildet. Er ist umso stärker gewesen, je stärker auch die von ihm regulierten Dynamiken waren: Das Wirtschaftswachstum und die Strukturierung der Lohnarbeiterlage. Wenn es wieder zu einer Autonomisierung der Ökonomie und zur Auflösung der Lohnarbeiterlage kommt, verliert der Sozialstaat seine gesamte Integrationskraft." (Castel 20) In Bezug auf die Legitimation des zeitgenössischen Sozialstaats würde die gegenwärtige neoliberale Entwicklung einen Sprung zurück um mehr als ein Jahrhundert bedeuten. Auch zu Beginn des 19. Jahrhunderts ist eine Veränderung der Produktionsstruktur entstanden, die gerade jene praktisch ausgrenzte, die sich im Brennpunkt der Modernisierungsdynamik befanden. Dass sich am Ende des 20. Jahrhunderts diese Entwicklung wiederholen könnte, dafür scheint die wachsende Schwierigkeit zu sprechen, den Arbeitsbereich von dem der Nicht-Arbeit zu trennen, das beweist auch das erneute Aufkommen von Gestalten, Bedingungen und Mischzuständen zwischen der Dimension der festen Arbeit und jener der völligen Abwesenheit von Arbeit: Prekäre, unregelmäßige, vorläufige, zeitlich begrenzte Arbeiten, saisonale Tätigkeiten, Heimarbeit, Leiharbeit, die als atypisch bezeichnet werden, weil sie nicht mehr ins fordistische Arbeits-Statut einzuordnen sind. In Castels Begrifflichkeit wären sie als

"Überflüssige" zu bezeichnen, die in der Sozialstruktur keinen Platz finden. [1]

Zu fragen wäre etwa, ob der Prozeß, den Robert Castel als Entkoppelung bezeichnet - der eine Person aus einer hohen "Einbindung in Netze der Soziabilität" hinausführt in "Zonen" hoher "Integrationsdefizite", bis sie schließlich "vom Ausschluss bedroht" in eine Situation gerät, wo sie als handelnde AkteurIn gesellschaftlich nicht mehr existiert, (vgl. Castel 19) - überhaupt in dieser Form denkbar ist. Die Rede von den "Überflüssigen" und "Nutzlosen" wirkt, auch wenn das von Castel nicht so beabsichtigt ist, in der gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Situation affirmativ und verstärkt die Dichotomie eines gesellschaftlichen "Innen" und "Außen", die auch in der aktuellen neoliberalen Rhetorik und den rechten Argumentationen zum "Ende des Sozialstaats" angelegt ist. Dass die "soziale Frage" in der bürgerlichen Gesellschaft immer auch die Frage danach ist, wie mit jenen umgegangen wird, die im Sinne der Logik der Kapitalverwertung nicht zu gebrauchen sind, wird im historischen Rückblick auf die lange Geschichte der Lohnarbeit sehr eindrucksvoll beschrieben. Castels Darstellung der Geschichte der Lohnarbeit als eine "zerbrechliche und langwierige Konstruktion von gesellschaftlicher Solidarität" ist vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Infragestellung des sozialen Zusammenhalts zu sehen. Dass Castel in dieser Situation nicht für eine vorschnelle Auflösung sozialstaatlicher Sicherungssysteme in zivilgesellschaftliche Institutionen plädiert, sondern auf die Gefahren eines dualen Arbeitsmarkts und der Verstärkung gesellschaftlicher Ungleichheiten hinweist, ist ein Aspekt, der das Buch zu einer ernst zu nehmenden Lektüre macht.

Allerdings sind die starren fordistischen Regulationen, die im Zentrum des Sozialstaats stehen durch die Entwicklung der letzten fünfundzwanzig Jahre, wie auch Castel feststellt, (vgl. Castel 406) bereits überholt und aufgeweicht worden. Auf die gesellschaftlichen Entwicklungen und den strukturellen Bruch im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus wird zwar im Schlussteil des Buches kurz eingegangen. Der Begriff "negativer Individualismus", mit dem Castel die gesellschaftlichen Veränderungen und Wandlungen im Bereich der Arbeit zu beschreiben versucht, geht aber meiner Ansicht nach an der sozialen Realität dieser neuen Arbeitsformen vorbei. Die neuen Arbeitsformen auf eine Anomie und Mangellage (Mangel an Ansehen, Mangel an Sicherheit, Mangel an gesicherten und stabilen Beziehungen, u.a. Castel 404) im Hinblick auf die "Normalität" von durch Erwerbsarbeit festgelegten Statuspositionen in der Sozialstruktur zu reduzieren, greift sicherlich zu kurz. Eine ausführliche Analyse dieser neuen gesellschaftlichen Situationen bleibt Castel aber leider schuldig.

Eli Weber

1 Arbeit ist Castel zufolge eine Hauptstütze für die Verortung in der Sozialstruktur, die Bedingung für "gesellschaftliche Existenz". Das Herausfallen aus dieser Struktur bedeutet, dass die AkteurInnen als Handelnde gesellschaftlich nicht existent sind. "Im Prekärwerden der Beschäftigung und im Anstieg der Arbeitslosigkeit wird ein Platzmangel in der Sozialstruktur sichtbar, wenn Plätze als Positionen verstanden werden, an die gesellschaftliche Nützlichkeit und öffentliche Anerkennung geknüpft sind". Jenen, die in diese Struktur nicht einzuordnen sind, kommt die Position von "Überzähligen" zu, die in einem gesellschaftlichen "no man´s land" "herumtreiben" und die nicht "integriert" sind in dem Sinn, wie Durkheim Integration versteht als der "Zugehörigkeit zu einer ein Ganzes bildenden Gesellschaft" . (vgl Castel 13., 359)

Michael Rosecker: Zwischen Provinz und Internationale

Die frühe Arbeitervereinswelt am Beispiel Wiener Neustadt Vom Vormärz bis 1879

Neugründungen kleiner Verlage sind, vor allem auf der "linken Reichshälfte", selten geworden. Nach dem Boom der 60er und 70er Jahre sind ganz im Gegenteil die meisten linken Kleinverlage im deutschsprachigen Raum entweder gänzlich verschwunden oder in grösseren Verlagsgruppen aufgegangen. Da dies für Österreich besonders zutrifft, ist es umso erfreulicher, dass mit dem **Verein Alltag Verlag** ein neuer Verlag - noch dazu in der Provinz, mit welcher sich der Autor dieser Zeilen trotz "Emigration" nach Wien verbunden fühlt - das Licht der Welt erblickt hat.

Die erste Publikation des Verlags ist die historische Abhandlung **"Zwischen Provinz und Internationale"** von **Michael Rosecker**, der auch im Ver-

lag eine zentrale Rolle einnimmt. Sie beschäftigt sich - wie der Untertitel bereits verrät - mit der Konstitution des Proletariats als Klasse und legt dabei einen besonderen Schwerpunkt auf ökonomische und soziokulturelle Zusammenhänge einer Provinzstadt, eben Wiener Neustadt. Bezugnehmend auf die Besprechung von *Castel´s "Die Metamorphosen der sozialen Frage"* in diesem Heft kann das Buch von Rosecker als historisches, geographisches und methodisches (d.h. auf die Geschichtswissenschaft begrenztes) Destillat, eben keine "Chronik der Lohnarbeit", sondern eine "Chronik der Herausbildung der Lohnarbeit(er-Innenklasse) in einer niederösterreichischen Provinzstadt zwischen 1800 und 1879", gelesen werden. Dennoch tauchen auch in "Zwischen Provinz und Internationale" Situationsbeschreibungen auf, welche erstaunliche Parallelen zu heutigen "postfordistischen" Beschäftigungsverhältnissen aufweisen.

Die Trennung der bäuerlichen bzw. handwerklichen ProduzentInnen von ihren Produktionsmitteln, die Aufsprengung des rückwärtsgewandten mittelalterlichen Wiener Neustadt durch die Entstehung der ersten Industriebetriebe werden mit reichlich Quellenmaterial anschaulich dargestellt, ebenso die Verknüpfung der Alltagswelt der Menschen mit den zentralen Ereignissen von 1848 und die (Un-)Möglichkeit sozialdemokratischer Aktivitäten unter den "Sozialistengesetzen"

Interessanter Weise waren die Wiener Neustäder ArbeiterInnen in der Frühphase der ArbeiterInnenbewegung meist radikaler als das Wiener Proletariat, welches offensichtlich noch stärker mit dem ihnen "wohlgesonnenen" liberalen Teilen des Wiener Bürgertums verbunden war. Spätestens mit der massiven Konzentration der Industrie und somit des Proletariats im südlichen Wiener Becken Ende des 19. Jahrhunderts muss wohl die Bezeichnung "Provinz" für Wiener Neustadt verabschiedet werden (dieser Zeitraum wird in Roseckers Buch jedoch nicht mehr beschrieben) So ging selbst der Anstoß zum kriegsverkürzenden Jännerstreik 1918 von ArbeiterInnen der Wiener Neustädter Industriebetriebe aus, ebenso entstandten in und um Wiener Neustadt die ersten österreichischen ArbeiterInnenräte. Temporär war also Wiener Neustadt sowohl von ökonomischer Konzentration als auch vom Vorbildcharakter der Klassenkämpfe her eigentlich alles andere als *Provinz.* Mittlerweile ist die Stadt selbstredend dahin zurückgekehrt.

Detailliert geht der Autor auch auf die Flügelkämpfe der frühen ArbeiterInnenbewegung ein: "Eisenacher" gegen "Lasallianer", "Selbsthilfe" versus "Staatshilfe", Anarchismus gegen marxistisch Orientierte. Der Kampf um die Loslösung der ArbeiterInnenklasse aus dem politischen Feld der liberalen Bourgeoisie diente hierbei all den Richtungsstreitigkeiten als Basis. Neben diesem organisatorischen Bruch wurden jedoch bald die Divergenzen sichtbar, welche zwischen dem späteren reformistischen und dem revolutionären Flügel aufbrachen. Weiters kristallisieren sich auch die Auseinandersetzungen mit deutschnationalen Positionen sowohl außerhalb als auch innerhalb der Arbeiterinnenbewegung ebenso heraus, wie die zunehmend brisanter werdende "Nationalitätenfrage" in der k.&k.-Monarchie. In den Konflikten über die Organisationsfrage jedenfalls schimmert ständig der Widerspruch zwischen Selbstorganisation der ArbeiterInnenklasse und repräsentativer Politik im bürgerlichen Rahmen durch, ein Antagonismus, der sich in der österreichischen Sozialdemokratie schon bald zu Gunsten letzterer entscheiden sollte...

Leider geht Rosecker nicht auf die Auseinandersetzung Marxens mit den Gothaeer Programm bzw. mit dem sogenannten *ehernen Lohngesetz* Lasalles ein, obwohl gerade aus marxistischer Sicht diese Auseinandersetzung mit ihren politischen Implikationen von höchstem Interesse gewesen ist. Generell fällt an manchen Stellen die allzu sehr bemühte "Objektivität" des Autors auf: wenn das Interesse des Wr. Neustädter Marxisten Ludwig Theodor Neumayr an der I. Internationale als "beinahe fanatisch", der konsequente Revolutionär Neumayer als idealistischer, "rühriger Arbeiterführer" beschrieben wird, andererseits aber ausgerechnet dezitiert rechte, dem deutschnationalen Lager zurechenbare Historiker wie Wilhelm Brauneder oder Lothar Höbelt - wenn auch mit "unverfänglichen" Stellen - zitiert werden, ist das zumindest ärgerlich. Trotz diesen Wermutstropfen gibt das Buch nicht nur für "ProvinzlerInnen" einen interessanten Überblick über die Entstehungsphase der ArbeiterInnenbewegung, laut Rosecker´s Einleitung damals noch ohne "Innen". Auf weitere Veröffentlichungen des **Verein Alltag Verlag** darf gespannt gewartet werden.

pyrx

Michael Rosecker: Zwischen Provinz und Internationale. Die frühe Arbeitervereinswelt am Beispiel Wiener Neustadt. Vom Vormärz bis 1879. Vom Lebbar-Machen des Großen im Kleinen,

Wiener Neustadt 2002, 255 Seiten, Euro 19,90, zu beziehen unter Verlag.alltag@chello.at und in ausgewählten Buchhandlungen.

Manfred Füllsack, "Leben ohne zu Arbeiten?

Zur Sozialtheorie des Grundeinkommens" Avinus Verlag, Berlin 2002, 218 Seiten



Die Idee des garantierten Grundeinkommens wird zunehmend von den verschiedensten politischen Strömungen in die Diskussion eingebracht.[1] Da ich selbst dieses Konzept vertrete, freut es mich natürlich, dass Manfred Füllsack ohne Wenn und Aber für ein bedingungsloses garantiertes Grundeinkommen eintritt. Weniger überzeugend finde ich die Art, wie er dies tut, und den Standpunkt, von dem er aus argumentiert. Aber betrachten wir zuerst die positiven Seiten seines Buches.

Der Autor informiert kompetent über den Stand der akademischen Diskussion und nennt die wichtigsten VertreterInnen (etwa Philippe van Parijs) und deren Argumente. Er resümiert die historische Entstehung dieser Idee und gibt einen Überblick über die politische Debatte in den verschiedenen Ländern. Interessant ist besonders seine Aufarbeitung des von Europa aus schwer zu recherchierenden "New Jersey und Pennsylvania Negative Income Tax Experiment", in dem 1300 Familien zwischen 1968 und 1971 ein garantiertes Mindesteinkommen erhielten. Dieses Experiment wurde abgebrochen: *"Die Negative Einkommensteuer wurde infolgedessen vielfach als schlechthin zu teuer, als Arbeitsanreiz zerstörend und als familienfeindlich eingestuft."* (Füllsack 2002; 115) Ebenso zeigt er konkret die Handhabung des derzeit einzig real existierenden bedingungslosen Grundeinkommens in Alaska ("Alaska Permanent Fund") auf, das freilich 1999 nur bescheidene 1800 Dollar im Jahr betrug. Selbst KritikerInnen des Grundeinkommen sollten an jenem Informationsstand anknüpfen, den Füllsack bietet.[2]

Sieht man sich jedoch die Argumentation des Autors im Detail an, so häufen sich leider die Einwände. Mir keinem Wort geht Füllsack auf reale politische Bewegungen ein, die aus sich heraus die Forderung des Grundeinkommens erhoben haben. Für Deutschland ist die Entwicklung im Buch von Hans-Peter Krebs und Harald Rein, "Existenzgeld - Kontroversen und Positionen" (Münster, 2000) gut dokumentiert, und es war die französische Arbeitslosenbewegung, die André Gorz in der Frage Grundeinkommen vom Saulus zum Paulus wandelte. *"Die Forderung eines garantierten ausreichenden Grundeinkommens hat ihren utopischen, weltfremden Charakter verloren, seit sie im Winter 1995-96, im Verlauf großer Protestaktionen von französischen Arbeiter- und Arbeitslosenbewegungen übernommen wurde."*[3] Und als Wiener Autor hätte er die Arbeitsloseninitiative AMSand[4], die öfters diese Frage diskutiert hat, zumindest in einer Fußnote erwähnen sollen.

Der Ausschluß realer Bewegungen aus dem Betrachtungsfeld hat leider Methode. Ausgehend von seinem theoretischen Hintergrund, den ich grob durch die Namen Luhmann und Habermas andeuten möchte, insistiert der Autor darauf, dass die Frage des Grundeinkommens *"jenseits von links und rechts"* (Füllsack 2002; 9) anzusiedeln sei. Und an anderer Stelle heißt es, es empfehle sich *"... die Grundeinkommensfrage jenseits der klassischen Perspektiven ‚Links' und ‚Rechts' zu erörtern."* (Füllsack 2002; 126) Ich meine, dass Füllsack zwei Dimensionen der Grundeinkommensfrage durcheinanderwirft. Als Thema besitzt die Frage "Grundeinkommen ja oder nein?" ebensowenig einen unmittelbaren politischen Index wie etwa die Themen Lohn oder Arbeitszeit, der politische Index ergibt sich aus der Art der Beantwortung, aus dem Konzept, wie das Grundeinkommen durchgesetzt werden soll. Stellen wir uns zwei unterschiedliche Szenarien vor. Gehen wir einmal von einem Grundeinkommen in der Höhe von 300 Euro monatlich aus und verschärfen wir dieses Szenario noch dadurch, dass es keineswegs bedingungslos (wie Füllsack fordert) ausbezahlt wird, sondern an "Arbeitswilligkeit" gebunden wird. Weiters werden alle anderen Transferleistungen, inklusive Rente, gestrichen. Stellen wir dem eine Situation gegenüber, bei der das monatliche Grundeinkommen ohne Bedingungen 1000 Euro für alle beträgt und die besonders Bedürftigen (z.B. Schwerkranke) zusätzliche Sozialleitungen erhalten. In diesen Details steckt der Unterschied ums Ganze.

Füllsack hat freilich recht, wenn er darauf verweist, dass gegenwärtig VertreterInnen aus den verschiedensten politischen und religiösen Lagern für ein bedingungsloses Grundeinkommen in menschenwürdiger Höhe eintreten. Sicher, in den Reihen der katholischen Sozialakademie Öster-

reichs gibt es in der Tradition von Büchele und Wohlgenannt[5] stehende AktivistInnen (etwa Margit Appel), die mit teilweise wirklich guten Argumenten pro Grundeinkommen plädieren, ebenso schätze ich Einiges an der Argumentation von Volker Kier (ehemals Liberales Forum). Nur: Bei diesen Personen und Strömungen handelt es sich um extrem minoritäre Kräfte innerhalb der politischen Strömungen, denen sie angehören. Ebenso wenig wie Robert Owen repräsentativ für Denken und Handeln der Bourgeoisie stand, repräsentieren die von Füllsack zitierten VertreterInnen des Grundeinkommens ihren politischen und theoretischen Hintergrund.

Liest man politiknahe Arbeiten, also Arbeiten, die, aus der Perspektive der Politikberatung geschrieben, sehr konkret diskutieren, wie und unter welchen Bedingungen abgeschwächte Formen des Grundeinkommens hier und heute zu verwirklichen wären, sieht die Welt mit einem Schlage völlig anders aus. Kaltenborn etwa, der im Auftrag der deutschen Grünen eine Studie zur Grundsicherung erarbeitet hat[6], tritt letztlich nur für eine Summe kleiner Reförmchen ein und sorgt sich beständig um den notwendigen Arbeitsanreiz. Richard Hauser[7] (im Auftrag der SPD) will die Reform der Sozialhilfe am liebsten kostenneutral gestalten, und Mitschke (Vordenker der Liberalen) kommentiert sein eigenes Modell einer negativen Einkommensteuer (berechnet für Österreich auf der Datenbasis von 1994), welches 9000,- ATS (= 654,- EUR) pro Monat für jede in Österreich lebende Person vorsah, mit dem Worten, aus diesem Modell *"... errechnet sich in allen Varianten ein so nicht tragbarer Finanzbedarf."*[8]

Die systemtheoretische Perspektive, aus der Füllsack für das Grundeinkommen plädiert, führt ihn immer wieder zu, sagen wir, zumindest eigentümlichen Schlußfolgerungen. Auf der Umschlagseite der ersten Nummer der grundrisse zitierten wir Marx: *"Es genügt nicht, dass der Gedanke zur Verwirklichung drängt, die Wirklichkeit muß sich selbst zum Gedanken drängen."* Damit will Marx sagen, dass Prozesse der Emanzipation, Befreiung und Revolte an objektiven gesellschaftlichen Tendenzen anknüpfen müssen, um eine Chance auf Verwirklichung zu haben. Marx geht freilich von gegensätzlichen Interessen, von prinzipiellen Konflikten in der Gesellschaft aus. Aus systemtheoretischer Perspektive formuliert nun Füllsack: *"Normative Konzepte, wie die eines Garantierten Grundeinkommens, sollten sich von daher vielleicht nicht grundsätzlich gegen den Strom wirtschaftlicher Interessen stemmen, als vielmehr versuchen, zumindest teilweise in ihm zu schwimmen, um so eine Chance zu erhalten, ihn in die von ihnen angepeilte Richtung zu lenken."* (Füllsack 2002; 195) Und tatsächlich nennt der Autor die Freizeit- und Tourismusindustrie als *"mächtige Verbündete"* (Füllsack 2002; 196) für die Idee des Grundeinkommens. Seltsam, nach der Logik von Füllsack müsste das Kapital in der Abteilung II (Konsumgüterindustrie) von jeher für massive Lohnerhöhungen eingetreten sein, da schließlich der Verkauf von Massengütern zahlungsfähige Nachfrage voraussetzt. Geschieht aber nicht.

Entschieden tritt Füllsack dem populären, um nicht zu sagen vulgären Einwand entgegen, das garantierte Grundeinkommen würde Parasiten und Schmarotzer finanzieren. Da Füllsack offensichtlich die Marxsche These, wonach die Akkumulation von Kapital auf der Aneignung unbezahlter Mehrarbeit beruht, verwirft, kann er das Garantierte Grundeinkommen nicht als legitime Wiederaneignung ethisch rechtfertigen, sondern ist genötigt, umständlicher zu argumentieren. Soweit ich sehe, stützt sich Füllsack auf die Schwindel erregend abstrakte, um nicht zu sagen gekünstelte Argumentation von Van Parijs[9], andererseits favorisiert er zwei weitere Punkte. Erstens: Ein garantiertes bedingungsloses Grundeinkommen sei leicht zu administrieren und erfordere kaum büropraktischen Aufwand. Dieser Punkt ist zweifellos richtig. Andererseits: *"In realen Gesellschaften, in denen die Arbeitsplätze rar werden, läßt sich, so betonen viele Grundeinkommenstheoretiker, einfach nicht mehr eindeutig genug feststellen, ob jemand arbeiten will, aber nicht kann, oder ob er einfach grundsätzlich nicht will."* (Füllsack 2002; 140) Füllsack wirft weiters das naheliegende und richtige Argument ins Spiel, dass der Mensch anthropologisch betrachtet kein Faultier ist, also zu Aktivität und Arbeit strebt, setzt aber, wie mir scheint, stärker auf die Ununterscheidbarkeit von "nicht Können" und "nicht Wollen". Diese Unterscheidung bürokratisch prüfen zu wollen, würde nicht nur einen immensen bürokratischen Aufwand und sondern auch eine Art Gesinnungspolizei erfordern, so Füllsack.[10]

Füllsacks Argumentation beruht aber letztlich auf der fordistischen Unterscheidung zwischen Lohnarbeit und Nichtarbeit. Obwohl er die Diskussion um postfordistische Strukturen kennt, werden diese keineswegs systematisch berücksichtigt. Wenn der Autor von Arbeit und Arbeitswilligkeit spricht oder die rhetorisch Frage stellt: "Wer würde denn dann noch arbeiten?", meint er immer und durchgehend Lohnarbeit. Dem Autor entgeht weitgehend, dass jenseits der klassischen Lohnarbeit immer mehr Arbeit geleistet wird, die unbezahlt, schlecht bezahlt oder nur teilweise bezahlt wird, zugleich aber gesellschaftlich nützlich und notwendig ist. Historisch wurde diese Form der Arbeit zuerst als Hausarbeit wahrgenommen und diskutiert.

Heute ist Hausarbeit nur mehr ein Teil jener Arbeit, die jenseits der Lohnarbeit geleistet wird. Diese Schwäche in seiner Argumentation kommt jedoch nicht von ungefähr. Da Füllsack im Kapital kein gesellschaftliches Verhältnis erkennen kann (oder will), kann er auch nicht Arbeit (in welcher Form auch immer) ins Verhältnis zum kapitalistischen Verwertungsprozeß setzten, und in dieser Hinsicht Umbrüche und neue Entwicklungen auf den Begriff bringen.

Abschließend möchte ich noch auf einen positiven Punkt in seinem Buch verweisen. Obwohl der Autor auf eine quasi neutrale Systemlogik setzt, die von sich aus das Grundeinkommen einführen müßte, also eine klassen- und gruppenübergreifende Logik postuliert, konstatiert er, *"dass die Einführung eines bedingungslosen, existenzsichernden Grundeinkommens weniger eine Frage der Finanzierung, als viel mehr eine des politischen Willens ist."* (Füllsack 2002; 183) Richtig. Das Argument der Unfinanzierbarkeit wird nur von jenen vorgeschoben, die schlicht und einfach kein Garantiertes Grundeinkommen wollen. Aber auch bei diesem Punkt ist die Frage zu stellen: Und dieser Wille soll sich jenseits von politischen Interessen, Gegensätzen und Konflikten herstellen und gesellschaftlich wirksam werden?

Karl Reitter

1 "Die Forderung nach einem sozialen Lohn erweitert die Forderung, dass jede für die Kapitalreproduktion nötige Tätigkeit durch gleiche Kompensation Anerkennung findet, auf die gesamte Bevölkerung, so dass ein sozialer Lohn letztlich ein garantiertes Einkommen darstellt. Und da die staatsbürgerlichen Rechte allen zustehen, können wir dieses garantierte Einkommen als Bürgereinkommen bezeichnen, das jedem als Mitglied der Gesellschaft zusteht." Negri/Hardt, "Empire", dt. Übersetzung, Frankfurt/Main 2002, Seite 410

2 Als negatives Beispiel muß ich leider Ernst Lohoff nennen, dessen Artikel "Zuckerguß für eine bittere Pille - Zur linken Diskussion um das garantierte Mindesteinkommen" in: Weg und Ziel Nr. 1/1999, vor allem durch blanke Ahnungslosigkeit bezüglich der bürgerlichen und akademischen Debatte besticht.

3 Gorz, Andre, - "Arbeit zwischen Misere und Utopie", Frankfurt am Main 2000, Seite 126

4 Für unsere LeserInnen in Deutschland: AMSand ist ein schriftliches Wortspiel, AMS ist die Abkürzung für ArbeitsMarktService.

5 Beide AutorInnen initiierten bereits 1985 die Debatte um das Grundeinkommen mit dem Buch: "Grundeinkommen ohne Arbeit. Auf dem Weg zu einer kommunikativen Gesellschaft" Wien, München, Zürich 1985

6 Kaltenborn, Bruno, "Von der Sozialhilfe zu einer zukunftsfähigen Grundsicherung", Baden-Baden 1998

7 Hauser, Richard, "Ziele und Möglichkeiten einer sozialen Grundsicherung", Baden-Baden 1996

8 Mitschke, Joachim, "Grundsicherungsmodelle - Ziele, Gestaltung, Wirkungen und Finanzbedarf. Eine Fundamentalanalyse mit besonderem Bezug auf die Steuer- und Sozialordnung sowie den Arbeitsmarkt der Republik Österreich", Baden-Baden 2000, Seite 143

9 Die Stärke des belgischen Autors liegt für mich nicht in seiner Argumentation pro Grundeinkommen im engeren Sinne. Entscheidend ist, dass er radikal die Mängel der liberalen Sozialphilosophie erkennt und zu überwinden sucht. Van Parijs überschreitet in seiner Definition von Freiheit endgültig die Grenzen der traditionalen Gesellschaftskonzeption. Wirkliche Freiheit besteht für van Parijs aus der Kombination formaler Freiheiten und realer, tatsächlicher Möglichkeiten für alle, "to do whatever one might want to do." (van Parijs, Philippe, "Real Freedom for All. What (if anything) Can Justify Capitalism?" Oxford 1997, Seite 23)

10 Auch hier müsste der Autor einmal erklären, warum diese offensichtlich so unvernünftige Praxis tagtäglich vom AMS exekutiert wird. Macht scheinbar irrationale Repression doch Sinn?

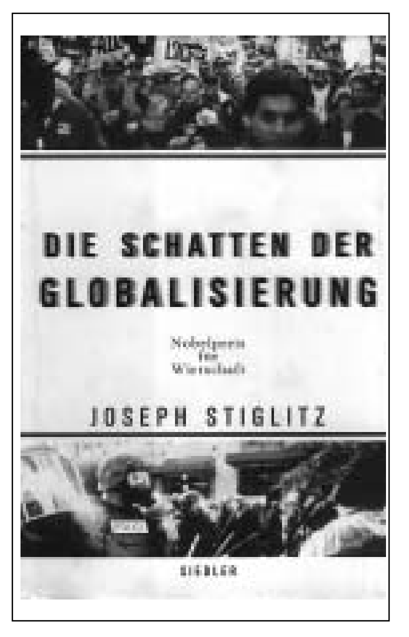
Joseph Stiglitz: "Die Schatten der Globalisierung"

Joesph Stiglitz, Wirtschaftsnobelpreisträger des Jahres 2001 hat nun ein auch für Nichtökonomen lesbares Buch vorgelegt, in dem er vor allem seine Kritik an der Politik des IWF darlegt. Insofern ist der Titel etwas zu weit gefasst. Das Buch dreht sich weniger um die Globalisierung im allgemeinen als um die verheerenden Folgen der Politik des IWF in Südostasien, Lateinamerika und Russland.

Stiglitz wurde in den letzten Jahren zu einem der prominentesten Kritiker von IWF und Weltbank. Seine Analysen sind insbesondere deswegen interessant, weil sie von einem "Insider" stammen: Stiglitz war von 1997 bis 1999 Chefökonom der Weltbank und hat daher hautnah erlebt, wie die Entscheidungsfindung in IWF und Weltbank funktioniert und welchen Interessen diese beiden Institutionen zum Durchbruch verhelfen bzw. welche unter die Räder kommen. Verwunderlich ist es aber, dass er die Politik des IWF erst erkannt hat, als er seine Tätigkeit im Dienst der Weltbank aufgenommen hat. So schreibt er, er *"hätte es sich nie träumen lassen, dass eines der größten Hindernisse für die Entwicklungsländer"* (S. 39) - der IWF sei. Als Stiglitz dies feststellte, konnte man schon auf eineinhalb Jahrzehnte verfehlter neoliberaler Strukturanpassungsprogramme des IWF in Lateinamerika zurükkblicken, die zwar den Staaten ein neoliberales Wirt-

schaftsmodell aufzwangen, nicht aber den Lebensstandard der Menschen verbessert oder die Verschuldung reduziert hätten.

Und so ist das Buch für jene, die sich bereits mit der Materie beschäftigt haben, keines, das neue Erkenntnisse bringt, weil Stiglitz aus seinen Erfahrungen jene Kritikpunkte schlussfolgert, die von der Linken seit zwei Jahrzehnten formuliert werden. Trotzdem ist das Buch lesenswert, weil es Details und Hintergrundinformationen über IWF und Weltbank "von innen" bringt. Die Tatsache, dass der IWF bei völlig unterschiedlichen Problemen immer dasselbe Programm vorgeschlagen hat, bringt Stiglitz pointiert auf den Punkt: *"Wenn man einem Papagei den Spruch ‚fiskalische Austerität, Privatisierung und Marktöffnung' beigebracht hätte, dann hätte man in den achtziger und neunziger Jahren auf den Rat des IWF verzichten können."*



Stiglitz analysiert, dass der IWF nicht (mehr) den Interessen der Weltwirtschaft, sondern denen der Finanzwelt dient. Anhand zahlreicher Beispiele zeigt er, dass die Kredite des IWF, die den von Finanzkrisen betroffenen Ländern gewährt wurden, stets den westlichen Gläubigern ermöglicht haben, ihr Kapital ohne große Verluste abzuziehen ("bail out"), während die verarmte Bevölkerung den Gürtel enger schnallen musste. Während etwa in Russland die Renten und Löhne nicht ausbezahlt wurden, landeten die IWF-Kredite auf den westlichen Konten der herrschenden Oligarchen. In der Asienkrise ordnete der IWF die Kürzung von Nahrungsmittelsubventionen für die verarmte Bevölkerung an, die Kredite ermöglichten den westlichen Investoren ihre Schafe ins trockene zu bringen. Für die Schuldenrückzahlung werden die dortigen Arbeitnehmer aufkommen müssen.

Obwohl Stiglitz zum Beraterstab von Clinton zählte, kritisiert er sehr offen die Politik der USA . So ist insbesondere seine Kritik an der Durchführung der Privatisierung in Russland sowie die Rolle und die Methoden, mit denen der Westen das Regime Jelzins absicherte, bemerkenswert. *"Zudem hat es den IWF und das US-Finanzministerium nie gestört, ein System zu unterstützen, dem die politische Legitimation fehlt und in dem es die Vermögenden durch Diebstahl und Klüngelei mit einem politischen Führer - Jelzin -, der seine Glaubwürdigkeit und Legitimation restlos verspielt hat, zu Reichtum gebracht hatten."* (S. 219)

Stiglitz hat sich lange mit "Marktversagen" beschäftigt und kann daher die Widersprüche neoliberaler Marktgläubigkeit profund widerlegen. Seine Alternativen bewegen sich aber alle im Rahmen einer Marktwirtschaft, in der der Staat versuchen soll, Marktversagen zu kompensieren. Er ist ein Befürworter von Privatisierungen, kritisiert aber die Art und Weise wie diese in Russland durchgeführt wurden, weil sie zur Bereicherung einer kleinen Schicht führte, die nicht in die Unternehmen investiert, sondern - ermöglicht durch die Deregulierung der Finanzmärkte - das angeeignete Vermögen ins Ausland transferiert. Als erfolgreiches Gegenmodell zum Desaster Russlands verweist er auf China, das seine Transformation zur Marktwirtschaft nicht unter dem Diktat des IWF und nicht überstürzt durchführte.

Die Tatsache, dass die völlige Unterdrückung demokratischer Rechte der chinesischen Bevölkerung und insbesondere der Lohnabhängigen vom Autor nicht erwähnt wird, zeigt, dass das Buch eher durch die Analyse des IWF als durch das Weisen fortschrittlicher Alternativen zu überzeugen vermag. Stiglitz schlägt - wie viele andere - einen dritten Weg vor. Dieser Begriff lässt allerdings nicht auf sein Programm schließen. Diejenigen, die einen dritten Weg weisen, postulieren, dass sich die Wirklichkeit davor auf zwei Wege reduzieren ließ, denen nun originellerweise ein dritter als Alternative hinzugefügt wird. Schon die Unzahl der dritten Wege, die mittlerweile proklamiert wurden, zeigt, dass das ein falsches Verständnis darstellt.

Während Schröder und Blair einen dritten Weg zwischen keynesianischem Wohlfahrtsstaat und neoliberalem Thatcherismus vorschlagen (aber nicht gehen), will Stiglitz einen Weg zwischen Sozialismus und neoliberalem "laisser-faire" einschlagen. Er steht damit auf einer Position, die mehr an Systemkritik zulässt, als die neoliberal gewendete Sozialdemokratie. Aber aus dieser in weiten Bereichen zutreffenden Kritik wird keine Alternative formuliert, die der antikapitalistischen Bewegung "wissenschaftliche Assistenz" liefern könnte.

David Mum

Ich bestelle hiermit ein

☐ Abonnement (18 Euro)

☐ Förderabonnement (ab 30 Euro)

der zeitschrift **grundrisse** für 4 Nummern, ab Nr.:

Name:

Adresse:

e-mail:

Unterschrift:

bitte ausreichend frankieren

An die Redaktion der grundrisse
c/o K. Reitter

Antonigasse 100/8
A - 1180 Wien

Austria

Ein Abo der **grundrisse** kostet nur 18 Euro weltweit und gilt für 4 Nummern. Bestellungen entweder an

grundrisse@gmx.net

oder Postkarte ausschneiden und absenden.

grundrisse im netz: www.grundrisse.net

Alles hat ein Ende auch die Grundrisse